



Universität Sarajevo
Philosophische Fakultät Sarajevo
Abteilung für Germanistik

MASTERARBEIT

Sprache der Berichterstattung zur AfD und NPD

Jezik medijskog izvještavanja o AfD i NPD

ZAVRŠNI MASTER RAD

Verfasserin:

Nejra Elkaz

nejra363@gmail.com

Betreuer:

Prof. Dr. Vedad Smailagić

Sarajevo, 2018

INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG	3
2. Massenmedien	5
2.1 Funktionen und öffentliche Aufgaben der Massenmedien	7
2.2 Presse als Massenmedium	8
2.3 Pressewesen in Deutschland	10
2.4 Tageszeitungen	11
2.4.1 Die Tageszeitung (TAZ)	11
2.4.2 Die Süddeutsche Zeitung (SZ)	12
3. Sprache der politischen Berichterstattung	13
3.1 Lexik	15
3.2 Metaphorik	16
3.3 Argumentation	18
4. Sprache und Ideologie	19
5. Parteien in Deutschland	20
5.1 Rechtsextremismus in Deutschland	22
5.1.1 Alternative für Deutschland (AfD)	23
5.1.2 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	25
5.2 Politische Öffentlichkeit und die Rolle der Medien	26
6. Analyse der Berichterstattung zur AfD und NPD	27
6.1 Das Untersuchungskorpus	28
6.2 Akteure in der Berichterstattung zur AfD und NPD	29

6.3 Wortschatz in der Berichterstattung zur AfD und NPD	31
6.3.1 Bezeichnung der Parteien in der Berichterstattung	31
6.3.1.1 Explizite Nennung der Parteien	31
6.3.1.2 Implizite Nennung der Parteien	32
6.3.2 Sprachliche Formulierungen für AfD und NPD	37
6.3.2.1 AfD	37
6.3.2.2 NPD	45
6.3.3 Kollokationsanalyse	47
6.3.3.1 Kollokationen zu AfD	47
6.3.3.2 Kollokationen zu NPD	53
6.4 Metapherngebrauch	56
6.4.1 Krieg-Metapher	57
6.4.1.1 Krieg-Metapher in der Berichterstattung zur AfD	57
6.4.1.2 Krieg-Metapher in der Berichterstattung zur NPD	59
6.4.2 Jagd-Metapher	60
6.5 Argumentation in der Berichterstattung zur AfD und NPD	62
6.5.1 Der Bedrohung-Topos	62
6.5.2 Der Extremisten-Topos	64
7. ZUSAMMENFASSUNG	66
8. LITERATURVERZEICHNIS	69

1. EINLEITUNG

Die Presse ist das älteste publizistische Massenmedium. Ihre Aufgabe ist es, ausgewählte Ereignisse zu mediatisieren und sie zu inszenieren. Das wird in Rahmen einer Berichterstattung durch Sprache erzeugt. Diese wird aufmerksam verwendet und den Rezipienten in bestimmter Form angeboten. Die Presse als Massenmedium hat eine bestimmte Art mit der Sprache umzugehen, um bestimmte Sachverhalte darzustellen, sie zu bewerten oder sie mit ideologischen Konzepten zu beschreiben und in Verbindung zu bringen. Deshalb ist es notwendig, eine Analyse durchzuführen, um zu erfahren, welche sprachlichen Mittel dabei verwendet werden.

In dieser Masterarbeit werde ich mich mit der Analyse der Sprache der Berichterstattung zu den politischen Parteien Alternative für Deutschland (AfD) und Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) beschäftigen. Sie stehen im Mittelpunkt medialer Berichterstattung gerade deshalb, weil sie zum rechten politischen Spektrum Deutschlands gehören und radikale Tendenzen aufweisen. AfD ist eine rechte, national-konservative und euroskeptische deutsche Partei, die 2013 gegründet wurde. NPD ist eine rechtsextreme, neonazistische Partei, die 1964 gegründet wurde. Beide Parteien werden in der Presse als Bedrohung der freiheitlichen Demokratie in Deutschland angesehen und deswegen oft kritisiert. Ziel dieser Arbeit ist es, anhand der Analyse ausgewählter Zeitungsartikel zu erfahren, durch welche sprachlichen Mittel diese zwei Parteien in der Presse dargestellt werden, wieso sie zum rechten politischen Spektrum gezählt werden und mit welchen ideologischen Konzepten sie in Verbindung gebracht werden. Das Untersuchungskorpus dieser Arbeit besteht aus 149 Zeitungsartikeln (insgesamt: 135 295 Token) aus den zwei deutschen Tageszeitungen: "Die Tageszeitung" (TAZ) und die "Süddeutsche Zeitung" (SZ). Diese wurden genommen, weil sie politisch-meinungsbildende überregionale Zeitungen sind und als linksliberal gelten. Weitere Zeitungen wurden nicht dazu genommen, weil es den Rahmen der Arbeit sprängen würde. Als Untersuchungszeitraum wurde folgender genommen: für die AfD: 01.03.2013 – 30.09.2013 und 01.08.2017 – 31.10. 2017, für die NPD: 01.08. 2005 – 31.10. 2005. Eine genauere Erläuterung und Darstellung des Korpus wird im Kapitel 6.1 gegeben. Die Arbeit besteht aus zwei Teilen: theoretischer und empirischer Teil. Im theoretischen Teil werden in Kapiteln 2. Massenmedien und ihre Funktionen und öffentlichen Aufgaben dargestellt. Es wird ein besonderer Bezug im Kapitel 2.2 zu Presse als Massenmedium gemacht mit dem Fokus auf das Pressewesen in Deutschland im Kapitel 2.3. Im Rahmen dieses Kapitels werden auch die zwei Tageszeitungen TAZ und SZ vorgestellt. Im Anschluss daran wird im Kapitel 3. die Sprache der politischen Berichterstattung in Bezug auf drei Bereiche, Lexik, Metaphorik und Argumentation, näher erläutert. Nach diesem Kapitel folgt die Beschreibung der Verbindung zwischen Sprache und

Ideologie und wie durch Sprache bestimmte ideologische Konzepte mit ausgewählten Sachverhalten verbunden werden, um ein bestimmtes Bild in der Öffentlichkeit zu konstruieren. Das wird im Kapitel 4. erläutert. Abschließend zum theoretischen Teil wird das politische System und die Parteien in Deutschland im Kapitel 5. dargestellt. Der Fokus liegt auf den rechten Parteien AfD und NPD, die im Fokus der medialen Berichterstattung der ausgewählten deutschen Tageszeitungen liegen. Nach dem theoretischen Teil kommt der empirische Teil, der die Analyse der Sprache der Berichterstattung zur AfD und NPD ausmacht. Zuerst werden die Analyseschritte im Kapitel 6. erklärt, gefolgt von der detaillierten Beschreibung des Untersuchungskorpus im Kapitel 6.1. Danach werden die für die Berichterstattung relevanten Akteure im Kapitel 6.2 dargestellt. Im weiteren Schritt der Analyse wird im Kapitel 6.3 – 6.5 der zur Beschreibung, Bewertung und Darstellung der Parteien verwendete Wortschatz sowie die mit den Parteibezeichnungen AfD und NPD häufig vorkommenden Wörter gründlicher analysiert. Anschließend werden im Kapitel 6.6 die vorkommenden Metaphern, die verwendet wurden, um die AfD und NPD auf besondere Weise in einem bestimmten Umfeld darzustellen, analysiert. Abschließend werden bei der Analyse der Argumentation im Kapitel 6.7 diejenigen Argumente analysiert, die zu Charakterisierung der Parteien in der Berichterstattung vorkommen. Nach jedem dieser Analyseabschnitte wird eine Schlussfolgerung für diesen Teil gegeben, indem die Ergebnisse der jeweiligen Analyse zusammengefasst und kommentiert werden. Die statistische Erhebung der Daten und die Analyse der Kollokationen zu diesen zwei Parteibezeichnungen erfolgt durch das Programm AntConc¹.

Diese Arbeit bedient sich Methoden der linguistischen Korpusanalyse und Textsemantik und versucht, die dabei entstehenden Ergebnisse miteinander im Hinblick auf die Frage nach zugrunde liegenden Wissensbeständen zu verknüpfen. Die Analyse kann als eine quantitativ informierte qualitative Analyse verstanden werden. Sie geht aus der Untersuchung des Korpus heraus und wird durch die qualitative und quantitative Datenerhebung unterstützt. Sie ist strikt an das Textmaterial orientiert, jede Aussage im Korpus ist belegbar und es werden verschiedene Sprachebenen berücksichtigt.

Zum Schluss der Arbeit werden einige Aspekte noch einmal kurz zusammengefasst und es wird eine persönliche Einschätzung und Beurteilung zu diesem Thema gegeben.

¹ AntConc ist ein Korpusanalyseprogramm für Windows, Mac OS X und Linux Betriebssysteme und wurde von Laurence Anthony an der Waseda Universität in Tokio, Japan entwickelt. AntConc vereinigt eine Reihe von Einzeltools. Die wichtigsten sind ein Konkordanzprogramm, Häufigkeitsgeneratoren (Wortlisten; Keynesslisten zur direkten vergleichenden Analyse von Korpora), Tools für Kluster- und Kollokationsanalyse und ein "Worddistributionsplot"(Konkordanzplot). Das Programm ist für quantitative Textanalysen gedacht, die sowohl automatische als auch manuelle Arbeitsschritte erfordern.

2. Massenmedien

Sprache und Medien sind zwei Phänomene, ohne die man sich sein Leben nicht vorstellen könnte. Sie sind untrennbar miteinander verbunden und beeinflussen sich gegenseitig. Durch die Medien gewinnt die Sprache an Macht und Ereignisse, Personen, Institutionen usw. als Gegenstände der medialen Berichterstattung gewinnen an Wichtigkeit. Medien sind ein Phänomen, das in alle Sphären des menschlichen Lebens integriert ist. Unter Medien werden oft Massenmedien verstanden, die als öffentlich verbreitete Kommunikationsmittel definiert werden. Sie dienen zur Verbreitung von Inhalten in der Öffentlichkeit. Dazu gehören nicht nur gedruckte Medien, sondern auch die elektronischen. Medien sind also Mittel oder Verfahren, mit deren Hilfe Informationen in Form von Texten, Bildern und Tönen verbreitet werden können. Laut Schmitz (2004, S.12) sind Medien "komplexe institutionalisierte Systeme um organisierte Kommunikationskanäle von spezifischem Leistungsvermögen". In den vergangenen Jahrzehnten haben sich Angebot und Vielfalt der Massenmedien durch das Internet dramatisch verändert. Es ist eine starke Zunahme der Nachrichtenverbreitung zu verfolgen, die gekennzeichnet durch eine Fülle an Informationen und der Schnelligkeit ihrer Verbreitung sind. Was in den Medien veröffentlicht wird, beeinflusst die Menschen eben dadurch, dass es überhaupt veröffentlicht wird. Medien setzen die Thematik auf, die in der Öffentlichkeit herrscht. Die Art und Weise, wie sie die veröffentlichten Informationen versprachlichen, wird als Beeinflussung der Einstellung der Menschen zu einem bestimmten Thema angesehen (vgl. Herdeanu 2016, S. 317ff.). Die Eigenschaften des Mediums beeinflussen die Art seiner Verwendung und auch die Art des Sprachgebrauchs. Das gilt besonders für die Presse, die heute einen wichtigen Platz als Printmedium annimmt. Es sind Medien, die die Kommunikation organisieren, kreieren und transportieren. Schmitz unterscheidet zwei Arten von Medien, und zwar Massenmedien und interpersonale Medien. Zu den Massenmedien werden Presse, Hörfunk, Fernsehen und Teile des World Wide Webs gezählt. Sie fallen in den öffentlichen Bereich und werden von größeren lokalen bis globalen Institutionen erstellt. Zugleich verbreiten sie Informationen an ein großes Publikum. Die Kommunikation erübrigt sich fast nur in eine Richtung. In den seltensten Fällen erübrigt sich eine rückgerichtete Kommunikation in Form einer Antwort der Adressaten, so wie es der Fall bei Hotlines, Anruferaktionen im Radio und Fernsehen bei Gewinnspielen, Leserbriefe ist. Die zweite Gruppe sind die interpersonale Medien, die in der Regel darauf ausgelegt sind, meistens zwei oder auch mehrere Personen kommunikativ miteinander zu verbinden. Dies kann zeitgleich (z. B. durch das Telefon) oder zeitversetzt (durch SMS oder E-Mail) geschehen. Interpersonale Medien decken den privaten Bereich der Kommunikation ab (vgl. Schmitz 2004, S.12ff.).

Es stellt sich zunächst die Frage, wie die Sprache in, für und durch die Medien verwendet wird. Medien bzw. Massenmedien üben großen Einfluss auf die Sprache, die sich in einem öffentlichen Raum vollzieht. Das beste Beispiel ist die Erfindung des Buchdrucks oder des Fernsehens, womit die Sprache eingesetzt wurde, um der Menschheit eine bestimmte Wirklichkeit zu vermitteln, um damit ihre Meinung zu beeinflussen oder sie zu verändern. Sprache hat Auswirkungen auf unsere Wahrnehmung von Welt und unsere Wissensbildung gerade deswegen, weil sie ein Perspektivierungspotenzial in sich birgt, der es ermöglicht Personen, Gruppen, Ereignisse oder Sachverhalte als etwas zu bezeichnen, das positiv oder negativ sein kann, das wahr oder eine Lüge ist. So besteht ein großer Unterschied, ob ein Ereignis als Revolution oder als Protest bezeichnet wird (vgl. Burger 2005, S. 2ff.). Wir verwenden Sprache jeden Tag. Sie prägt unser Denken und unsere Weltbilder. Das machen auch die Medien durch Sprache. Wenn man die Sprache der Medien untersuchen will, kann man zunächst feststellen, dass es keine Sprache der Medien gibt. Aber Medien haben eine bestimmte Art mit der Sprache umzugehen, sie zu verändern und anzupassen. Die Medien müssen diese Sprache nicht immer aktiv formen, weil sie in ihrem sprachlichen Gestus von den öffentlichen Organen, wie z. B. der politischen Institutionen unterstützt werden. Die politischen Institutionen sind es von Anfang an, die ihre Sprache auf die Medien einstellen und in Hinblick auf sie kommunizieren. Komplexe Inhalte werden auf eine einfache Art und Weise dargestellt, um es in der Öffentlichkeit zu verbreiten, denn das Medienkonzept ist geprägt durch einen schnellen Konsum und gute Vermarktbarkeit. Die politischen Botschaften in den Medien müssen griffig, kurz und einprägsam sein. Medien haben also großen Einfluss auf das gesamte gesellschaftliche Leben und auf die Sprache selbst und gewinnen immer mehr an Einfluss.

Massenmedien dienen also zur Verbreitung der Informationen im öffentlichen Bereich und sind somit zugänglich für eine große Menge von Menschen. Im Prozess der Massenkommunikation sind sie Mittel der kontinuierlichen Informationsübermittlung an ein breites und kein eindeutig bestimmtes Publikum. Deswegen liegt ein besonderes Interesse an Massenmedien zugrunde, Sprache in bestimmter Form zu verwenden, um ausgewählte Sachverhalte darzustellen und sie zu beschreiben. Der Fokus dieser Arbeit liegt genau auf der Verwendung der Sprache in Massenmedien bzw. in der Presse, die als eines der einflussreichsten Massenmedien gilt. Bei der Presse handelt es sich um ein Massenmedium, das eine lange Geschichte in ihrer Entwicklung aufweist. Bevor etwas über die Presse als weltweites Medienphänomen gesagt wird, werden im folgenden Kapitel die Funktionen und öffentliche Aufgaben der Massenmedien näher beschrieben.

2.1 Funktionen und öffentliche Aufgaben der Massenmedien

Massenmedien sind nicht nur da, um Unterhaltung zu bieten. Sie nehmen eine entscheidende Rolle in demokratischen Entscheidungsprozessen und Willensbildung ein. Sie stellen die Öffentlichkeit her und durch sie erreichen bestimmte und ausgewählte Themen, Diskussionen und Entscheidung im Rahmen der Politik die Bürger.

Unterhaltung ist für viele Menschen eines der wichtigsten Motive der Medienzuwendung. Massenmedien werden zur Entspannung und Entlastung sowie als Mittel kreativer Freizeitgestaltung genutzt. Sie informieren über Ereignisse und Meinungen in Gesellschaft und Politik, sie sollen politische Entscheidungen und gesellschaftliche Vorgänge transparent machen und damit die Bildung einer öffentlichen Meinung ermöglichen. Sie unterstützen Bürger dabei, eine eigene politische Meinung zu bilden, die es ihnen ermöglicht, am politischen Entscheidungsprozess teilzunehmen (vgl. Kriesi 2001, S.1). Auf diese Weise tragen sie zur politischen Meinungs- und Willensbildung bei. Sie können Kritik ausüben und Missstände oder Amtsmissbrauch aufdecken. Durch ihre Unabhängigkeit vom Staat sind die Massenmedien eine wichtige kritische Instanz gegenüber Regierungen, Verwaltung, Rechtsprechung und Einrichtungen von öffentlicher Bedeutung. Sie spiegeln gesellschaftliche Normen, Werte und Verhaltensweisen wider und erleichtern daher den Menschen im Idealfall die Eingliederung in das soziale Umfeld. Außerdem tragen sie dazu bei, Kunst und Kultur zu vermitteln und überliefern, womit sie gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zur Weiterbildung erfüllen (vgl. Geyer / Kölbl 2014, S. 3ff.). Aus allen den genannten Eigenschaften können folgende Aufgaben der Massenmedien erschlossen werden. Diese sind: Weiterleitung von Informationen, Herstellen von Öffentlichkeit, Kritik- und Kontrollausübung, Beanspruchung der Integration und Sozialisation, Beitrag zur Kultur und Bildung sowie Unterhaltung. Aus den Aufgaben, die die Massenmedien haben, lassen sich bestimmte Funktionen herausleiten. Diese sind die Informationsfunktion (sie sollen so vollständig, sachlich und verständlich wie möglich über das öffentliche Geschehen berichten), die Meinungsbildungsfunktion (sie sollen ein Forum für die freie und offene Diskussion der Fragen von öffentlichem Interesse sein und durch eigene Kommentierung an der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung mitwirken), Kritik- und Kontrollfunktion (sie sollen sich an der Kontrolle der Politik beteiligen, indem Missstände aufgedeckt und kritisiert werden; ferner auf Missstände in Gesellschaft und Wirtschaft aufmerksam machen), Unterhaltungsfunktion (diese liegt im Angebot von emotional gehaltenen Inhalten; sie sollen Zerstreuung, Spaß, Entlastung bewirken oder auch Wirklichkeitsflucht (vgl. Chill / Meyn 1996, S. 2-5). Inwieweit Massenmedien die Funktionen der Information, Meinungsbildung, Kritik und Kontrolle tatsächlich wahrnehmen, hängt nicht nur von den Journalisten, Redaktionen und

Intendanten ab, sondern auch von den politischen, rechtlichen und sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen. In Deutschland ist ihre besondere Aufgabe als "vierte Gewalt" im politischen System wegen ihrer Kontrollfunktion umschrieben worden. Diese beobachtet, kritisiert und kontrolliert die anderen drei Gewalten: die Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung und verweist Machtanmaßungen in die Grenzen. Eine besondere Stellung in Rahmen der Massenmedien nimmt die Presse, der eine große Aufgabe für Verbreitung von Information und Bildung einer öffentlichen Kommunikation zugewiesen wird. Im Folgenden wird etwas mehr zur Presse als Massenmedium gesagt.

2.2 Presse als Massenmedium

Die Presse ist das älteste publizistische Massenmedium, das eine jahrhundertelange Tradition besitzt. Sie ist in fast jeder Region der Welt verbreitet und durchdringt alle öffentlich relevanten Bereiche der Gesellschaft. Sie berichtet von allen Teilen der Erde, ist fast überall zugänglich und erhältlich. Der Begriff der Presse wurde früher für alle Druckwesen, d. h. Printmedien und im Druckverfahren auf Papier gebrachte und vielfältige Schriftwerke verwendet. Dazu gehörten auch alle Bücher, Broschüren, Kalender, die heute als nichtperiodische Druckwerke nicht mehr zu Presse gehören. Erst im 19. Jahrhundert erfolgt eine gewisse Einengung auf Periodika, die als Gesamtheit aller regelmäßig erscheinenden Druckwerke bezeichnet werden und die im Wesentlichen in zwei Gruppen geteilt wird - Zeitungen und Zeitschriften. Der Begriff Presse (vgl. Pürer / Raabe 2007, S.9) ist über das französische Wort *le presse* in den deutschen Wortschatz gelangt. Die wahre Abstammung liegt im lateinischen Wort *premere* und dessen Partizipialform *pressum*, was auf Deutsch *drücken, bedrängen, pressen* bedeutet. Neben diesem engeren Verständnis von Presse als periodisches Printmedium gibt es noch eine weitere Bedeutung der Presse, nämlich als "gesellschaftliche Einrichtung der Öffentlichkeit herstellenden und die Allgemeinheit informierenden Massenmedien mit ihren Organisationen, Unternehmen und Akteuren" (Pürer/Raabe 2007, S.9). In diesem Fall spricht man von Presse als Institution. Als solche hat sie die Aufgabe spezifische Leistungen für die Gesellschaft zu erbringen. In totalitären Systemen war die Presse organisatorisch dem Staats- und Parteizentralismus eingefügt und sie war das zentrale Instrument zur Durchsetzung der herrschenden Ideologie. Die Sicherstellung dieser Leistung war durch die Lenkung und Kontrolle von Partei und Staat möglich, wie es z. B. der Fall in Deutschland in der Zeit des Nationalsozialismus und der DDR war. In pluralistischen und demokratischen Gesellschaften hat sich eine liberale und privatwirtschaftliche Presse entwickelt. Zentrale Funktionen der Presse in politischen Systemen, wie dem in der Bundesrepublik Deutschland, sind die gesellschaftliche Integration und das Herstellen von

Öffentlichkeit. Der Presse wird dabei eine öffentliche Aufgabe zugewiesen, die sie durch Information, Beitrag zu Meinungsbildung sowie Kritik und Kontrolle erfüllen soll. Pürer / Raabe (vgl. 2007, S.10ff.) differenzieren vier Merkmale, die die Presse kennzeichnen, und zwar: Publizität (Öffentlichkeit, allgemeine Zugänglichkeit); Aktualität (auf die Gegenwart bezogen, die gegenwärtige Existenz betreffend und beeinflussend, neu und gegenwärtig); Universalität (kein Thema ist ausgenommen, unbegrenzt Themenspektrum der Berichterstattung und thematische Vielfalt) und Periodizität (unbegrenzt, d. h. in regelmäßigen Abständen immer wiederkehrend). Alle diese Merkmale treten auch in modifizierter Form in anderen Medien wie Hörfunk, Fernsehen, Zeitschriften. Für die Printmedien, besonders die Tageszeitungen, geht ein weiteres besonderes Merkmal, nämlich das der Disponibilität (vgl. Pürer / Raabe 2007, S. 14). Das heißt, dass die Pressezeugnisse unabhängig von Ort und Zeit genutzt werden können. Der Leser kann das Tempo der Informationsaufnahme und die Auswahl der Inhalte individuell frei bestimmen. Diese Grundmerkmale der Presse machen deutlich, dass tägliche Ausgaben ein typisches Erscheinungsbild aufweisen, das gekennzeichnet durch die Art des Zeitungspapiers, Bogenfaltung im ausgewählten Zeitungsformat oder eine entsprechende Benennung ist. Innerhalb der Zeitungsgattung sind begriffliche Differenzierungen üblich und notwendig. So unterscheidet man Zeitungen nach der Vertriebsart (Abonnement- und Straßenverkaufszeitungen, Gratiszeitungen), dem Verbreitungsgebiet (Lokalzeitungen, Regionalzeitungen, überregional bzw. national verbreitete Blätter) der politischen Unabhängigkeit oder politischer oder weltanschaulicher Ausrichtung (unabhängige Tageszeitung und Parteizeitung), der journalistisch - redaktionellen Aufbereitung der Inhalte (Boulevardzeitungen) und nach dem Format und der Aufmachung (der nordische- 400 x 570, der rheinische – 360 x 530 und der Berliner Format – 315 x 470) (vgl. Pürer / Raabe 2007, S. 14-19). Unter allen Medien hat die Presse die längste Geschichte. Heute hat fast jede größere Tageszeitung auch ihr täglich oder häufig aktualisiertes Internetangebot. Sowohl Zeitungen als auch Zeitschriften erhalten stets eine Sammlung unterschiedlicher Textsorten. Sie bieten eine magazinartige Fülle verschiedener Texte an, die von dem Publikum in unterschiedlicher Weise selektiv genutzt werden können. Deren Anordnung und Erscheinungsbild sind durch verschiedene grafische Mittel organisiert (Zeitungsdesign, Layout, Text-Bild-Grafik, Gestaltung, Typografie). Im Laufe der Jahrhunderte ist solche visuelle Darstellung und Gestaltung immer wichtiger geworden. Nicht nur die Auswahl der Rezeption, sondern auch innere Form, Formulierung und Länge der Texte haben sich verändert. Die moderne Kombination von Text, Bild und grafischen Elementen hat der Zeitungskommunikation verholphen, sich weiter zu entwickeln. Die Zeitschriften unterscheiden sich von den Zeitungen dadurch, dass sie einen langsameren Erscheinungsrhythmus, höhere Bildanteile und besser geeignetes Papier sowie engere thematische Spezialisierung haben (vgl. Schmitz 2004, S.66-68). Das Pressewesen

ist heute weltweit verbreitet. Auch in Deutschland erscheinen zahlreiche Ausgaben unterschiedlicher Druckwerke, sei es täglich, wöchentlich oder monatlich. Weil im Rahmen dieser Arbeit auch die Presse aus Deutschland eine wichtige Rolle spielt (es wird die Sprache der Zeitungsartikel aus zwei deutschen Tageszeitungen analysiert), wird zunächst auch etwas über das Pressewesen in Deutschland gesagt und in Anschluss daran werden die zwei Tageszeitungen ("Die Tageszeitung" und die "Süddeutsche Zeitung") vorgestellt.

2.3 Pressewesen in Deutschland

Die Presse ist eine allgegenwärtige Erscheinung der modernen Gesellschaft. Sie ist ein weltliches Phänomen, das alle öffentlich relevanten Bereiche der Gesellschaft durchdringt. Es gibt nicht nur unterschiedliche Formate, Inhalte, sondern auch Typen, je nachdem, ob es sich um eine Zeitung oder eine Zeitschrift handelt. Da in dieser Arbeit Zeitungen bzw. Tageszeitungen relevant sind, wird ihnen mehr Achtung geschenkt. Auf eine ausführliche Auseinandersetzung mit Zeitschriften wird deswegen verzichtet.

Die Presse hat ihren Geburtsort in Deutschland, da dort Mitte des 15. Jahrhunderts die Technik des Drucks mit beweglichen Lettern erfunden wurde und Anfang des 17. Jahrhunderts die ersten periodischen (Wochen-)Zeitungen aufkamen. Aufgrund der territorialen Zersplitterung des Deutschen Reiches entstand eine Zeitungslandschaft mit einer regionalen Gliederung, die im Hinblick auf ihre Titelvielfalt und die ausgeprägte Lokalpresse zu einem weltweit einmaligen Pressesystem führte. Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte die deutsche Presse mehrere entscheidende Zäsuren in ihrer Entwicklung sowie auch in der Zeit nach dem Zusammenbruch der DDR. Daraufhin bezogen ist die gegenwärtige Struktur der Presse in Deutschland Ergebnis und Spätfolge tiefgreifender Einschnitte und Umbrüche in der Geschichte ihrer Entwicklung, die immer wieder von unterschiedlichen wirtschaftlichen, politischen, sozialen und technischen Faktoren beeinflusst wurde (vgl. Pürer / Raabe 2007, S. 32f.). Die Gesamtheit der Zeitungen, die heute in Deutschland veröffentlicht werden, unterscheiden sich in vielen Punkten. Zur Verallgemeinerung dient eine Klassifizierung, nach der sich die Zeitungen nach der Erscheinungsweise (Tages-, Wochen- oder Sonntagszeitung), Vertriebsart (Abonnement- oder Straßenverkaufszeitung), Verbreitungsgebiet (lokal, regional oder überregional) unterscheiden lassen. In Deutschland wird der überwiegende Teil der Zeitungen nicht am Kiosk gekauft, sondern abonniert. Die Abonnementzeitungen stellen ungefähr drei Drittel der täglichen Auflage. Zu den Straßenverkaufszeitungen zählen in der Regel die sogenannten "Boulevardzeitungen" wie "Bild", "Abendzeitung", "Express", "BZ" (vgl. Pürer / Raabe 2007, S. 25). Die deutsche Tagespresse hat eine starke örtliche oder regionale Bindung. Die lokale und regionale Tagespresse ist im lokalen

Raum eines Landkreises, einer Stadt oder Gemeinde verbreitet. Zu den großen überregionalen Zeitungen zählen z. B. die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" und "Die Welt". Es gibt anspruchsvolle Zeitungen mit überregionaler publizistischer Geltung, die jedoch einen klaren regionalen oder lokalen Schwerpunkt ihrer Verbreitung haben. Dazu gehören die "Süddeutsche Zeitung" (München), die "Stuttgarter Zeitung", "Die Tageszeitung" (Berlin) und die "Frankfurter Rundschau". Zeitungen gelten dann als überregional bzw. national verbreitet, wenn sie den überwiegenden Teil ihrer Auflage außerhalb ihres Kernverbreitungsgebietes absetzen. Zum Zeitungsangebot zählen auch Wochenzeitungen, obwohl sie in den genannten publizistischen eingeschränkt sind und daher streng genommen eher den Zeitschriften zugeordnet werden müssen. Wochenzeitungen (vgl. Mast 2000, S. 20) leisten mehr Hintergrund als tagesaktuelle Berichterstattung und sind an längerfristiger Meinungsbildung orientiert. Die erfolgreichste politische Wochenzeitung ist "Die Zeit" (Hamburg). Ein ähnliches Konzept haben beispielsweise die Wochenzeitungen "Die Woche" (Hamburg) und "Freitag" (Berlin). Andere Wochenzeitungen stehen Parteien, Verbänden oder Religionsgemeinschaften nahe und sind auf deren finanzielle Zuschüsse angewiesen. In diese Gruppe fallen der "Bayernkurier" (München), das "Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt" (Hamburg) und der "Rheinische Merkur" (Bonn). Von besonderem Interesse für diese Arbeit sind zwei Tageszeitungen aus Deutschland, die im folgenden Kapitel näher dargestellt werden.

2.4 Tageszeitungen

Tageszeitungen sind für Menschen weltweit eine unverzichtbare und tägliche Lektüre. Mit ihnen verschafft man sich ein Überblick über die neuesten Meldungen aus Wirtschaft, Sport, Politik und Kultur. Dort kann man Kommentare von Fachjournalisten und redaktionelle Beiträge aus vielen weiteren Themenressorts finden. Zwei Tageszeitungen sind von großer Bedeutung für den empirischen Teil dieser Arbeit. Es handelt sich bei diesen Zeitungen um politisch-meinungsbildende überregionale Zeitungen, die als linksliberal gelten. Diese sind "Die Tageszeitung" (TAZ) aus Berlin und die "Süddeutsche Zeitung" (SZ) aus München.

2.4.1 Die Tageszeitung (TAZ)

Die TAZ, kurz für "Die Tageszeitung", ist eine überregionale Zeitung, die von Montag bis Samstag erscheint. Sie bietet Informationen aus dem Bereich der Politik, Wirtschaft, Sport und hat zusätzliche Regionalausgaben. Seit 1995 bietet die TAZ ihre Inhalte den Lesern auch in Netz an und ermöglicht es ihnen auf verschiedene Inhalte zuzugreifen. Sie wurde 1978 in West-Berlin als

alternatives, selbstverwaltetes Zeitungsprojekt gegründet und gilt als linksliberale Tageszeitung². Die TAZ profilierte sich 1879 als eine Institution der Gleichbehandlung. Sie sah sich demnach als Alternative zu den bisherigen bürgerlichen Zeitungen und wollte anders sein. Die Zeitung wurde aber seit ihrer Gründung mehrmals insolvent, was verschiedene Rettungsaktionen nach sich zog. Diese sind jedes Mal gelungen und so kann die Zeitung noch heute erworben werden. Da allerdings auch die TAZ vom Rückgang des Zeitungsmarktes betroffen war, versuchte sie immer neue Schritte, um die Verkaufszahlen wieder zu erhöhen. Seit dem Jahr 2005 ist sie daher mit einer großen Schlagzeile auf der Vorderseite erhältlich³. Sie soll insbesondere an Kiosken die Aufmerksamkeit der Leser auf sich ziehen und so für mehr Verkäufe sorgen. Die TAZ bietet als große Tageszeitung in Berliner Format aktuelle Informationen aus den Bereichen Wirtschaft und Politik. Sie informiert die Leser mit Hintergrundberichten über die Geschehnisse der Welt. Sie bietet mit Meinungen und Kolumnen Platz für kontroverse Diskussionen. Zusätzlich zu den genannten Bereichen bietet die TAZ auch Berichte in den Rubriken Gesellschaft, Kultur und Sport. Sie zeigen beispielsweise aktuelle kulturelle Entwicklungen auf, bieten die Spielergebnisse der Fußball Bundesliga und informieren über gesellschaftliche Highlights. Spezielle regionale Ausgaben informieren über aktuelle Vorkommnisse in Berlin und im Norden des Landes. In der Rubrik "Öko" wird gezielt die Umweltverschmutzung angeprangert und Lösungen aufgelistet⁴. Schließlich kann man sagen, dass die TAZ mit ihren verschiedenen Themengebieten ein umfassendes Tagesblatt ist, das nicht nur informativ, sondern gleichzeitig auch unterhaltsam ist.

2.4.2 Die Süddeutsche Zeitung (SZ)

Die SZ, kurz für "Süddeutsche Zeitung", gehört zu den wichtigsten deutschen Zeitungen, die sich den Nachrichten aus Wirtschaft, Politik und Sport widmet. Es handelt sich um eine Tageszeitung aus Süddeutschland, die sich den Neuigkeiten aus dem Bundesland Bayern und der bayerischen Landeshauptstadt München widmet. Sie wird von Montag bis Samstag herausgegeben und ist überregional vorhanden. Erst seit einigen Jahren ist sie auch online verfügbar. Die "Süddeutsche Zeitung" erscheint erstmals im Oktober 1945⁵. Die Inhalte der SZ wurden damals durch die Militärregierung oft kontrolliert und sie gehörte zu den Lizenzpressen. Die Krise auf dem Anzeigenmarkt, die viele Tageszeitungen betroffen hat, machte auch vor der "Süddeutschen Zeitung" nicht halt und sorgte seit 2000 für eine zusehende Verschlechterung der wirtschaftlichen

² vgl. <https://ef-magazin.de/2016/08/02/1761-uebersicht-politisch-meinungsbildende-zeitungen-und-zeitschriften-in-deutscher-sprache> (Stand: 30.05.2018)

³ vgl. <http://www.zeitung.de/medien/taz/> (Stand:26.04.2018)

⁴ ebd.

⁵ vgl. <http://www.zeitung.de/medien/sueddeutsche/> (Stand: 26.04.2018)

Lage. Die "Süddeutsche Zeitung" als linksliberale überregionale Tageszeitung⁶ hat sich den Neuigkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport verschrieben. Sie informiert ihre Leser sowohl in der gedruckten wie auch in der Onlineausgabe über relevante Themen aus Deutschland und der Welt⁷. Zusätzlich zu Wirtschaft und Politik werden auch alle Themen rund um den Sport bearbeitet, um die Leser über aktuelle Spielberichte und Ergebnisse zu informieren. Ein umfangreicher Kulturteil sowie Artikel aus den Bereichen Wissen, Digital und Leben runden das Angebot ab. Spezielle Angebote zu den einzelnen Landkreisen werden auch angeboten. Die "Süddeutsche Zeitung" gehört heute zu den einflussreichsten deutschen Leitmedien, die die Funktion haben, gesellschaftliche Kommunikation und Öffentlichkeit zu prägen.

Nachdem etwas über diese zwei Zeitungen gesagt wurde, ist notwendig zu betonen, dass die Sprache, die bei der Berichterstattung zur AfD und NPD verwendet wird, analysiert wird. Bevor ein Übergang zum empirischen Teil gemacht wird, muss die Sprache der politischen Berichterstattung sowie ihre Merkmale dargestellt werden.

3. Sprache der politischen Berichterstattung

Die mediale Vielfalt, die die moderne Gesellschaft charakterisiert, stellt den Journalismus sowie die Nutzer der einzelnen Medien vor neue Herausforderungen. Menschen, die die Medien nutzen, müssen lernen, die Informationsflut zu bewältigen und die Zuverlässigkeit und Wertigkeit von Informationen einzuschätzen. Drei zentrale publizistische Funktionen werden der Sprache der Presse zugeschrieben, nämlich Information, Meinungsbildung und Unterhaltung. Daneben gibt es auch verschiedene Stil- und Darstellungsformen sowie Darstellungsmuster, nach denen Zeitungstexte verfasst werden (vgl. Lüger 1995, S. 15ff.). In der Presse entstehen verschiedene Texte zu einem bestimmten Themenbereich. In dieser Arbeit wird auf eine ausführliche Auseinandersetzung mit den Textsorten in der Presse verzichtet, da es den Rahmen der Arbeit sprengen würde und weil der Fokus auf der Sprache und nicht auf den Texten in der Presse ist. Eine andere Weise die Sprache der Presse zu beschreiben ist durch das Konzept der journalistischen Aussageweisen. Durch Auswahl, Umfang und sprachliche Gestaltung der Informationen sind in Journalismus zwei Formen sprachlicher Präsentationen vorhanden, tendenziell repressive Aussageweisen und emanzipatorische Aussageweisen. Charakteristisch für tendenziell repressive Aussageweisen ist eine Sprache, die emotional, propagandistisch, pathetisch, kommerziell-werbend und affirmativ ist. Im Gegensatz dazu ist die Sprache bei den emanzipatorischen Aussageweisen entweder referierend oder bewertend (vgl. Lüger 1995,

⁶ vgl. <https://ef-magazin.de/2016/08/02/1761-uebersicht-politisch-meinungsbildende-zeit-ungen-und-zeitschriften-in-deutscher-sprache> (Stand: 30.05.2018)

⁷ vgl. <http://www.zeitung.de/medien/sueddeutsche/> (Stand: 26.04.2018)

S.20ff.). Für eine seriöse Berichterstattung (vgl. Thurich 2011, 96ff.) gelten mindestens zwei Grundsätze. Der erste wäre, dass ein Journalist eine sorgfältige Überprüfung der Informationen machen soll, um festzustellen, ob das, was er als Nachricht weitergibt, stimmt. Der zweite wäre, dass ein Journalist seine Meinung von der eigentlichen Nachricht trennen soll. Die Meinung gehört in einen getrennten Kommentar, aber die Meldung über ein Ereignis, auch wenn es dem Journalisten nicht passt, sollte so objektiv wie möglich erfolgen. In den Medien strukturieren und verzerren die Redakteure und Journalisten die Berichterstattung. Die Folge: Medien zeichnen ein künstlich dynamisches Abbild der Welt, das sich von der Wirklichkeit deutlich unterscheidet. Es enthält eher das Abweichende als das Normale, das Neue als das Bestehende, die Probleme als die Lösung (vgl. Mast 2000, S.44). Die verschiedenen tagtäglichen politischen Ereignisse werden kommentiert und bewertet. Die Medialisierung und Inszenierung von politischen Ereignissen liegt in Rahmen einer politischen Berichterstattung. In ihrem Mittelpunkt stehen vor allem im Wahlkampf die Parteien und ihre Kandidaten. Deren Beurteilung durch die Rezipienten hängt neben vielen weiteren Faktoren auch davon ab, wie positive und negative Darstellungen in den Medien verteilt sind. Das alles wird durch Sprache erzeugt. Diese wird aufmerksam verwendet und den Rezipienten in bestimmter Form gegeben. Durch Sprache kann man verschiedene Wirklichkeiten konstruieren und verschiedene Sichten auf die Wirklichkeit können ausgedrückt werden. Das ist besonders für diese Art von Sprache wichtig, weil dort sprachliche Mittel gezielt genutzt werden, um eine bestimmte Sichtweise durchzusetzen. Sie erfasst das Denken, verändert das politische Bewusstsein und somit auch das Spektrum von Handlungsmöglichkeiten (vgl. Girnth 2015, S.1). Die Sprache der politischen Berichterstattung bezieht sich auf den Gebrauch der Sprache bei der Diskussion über politische Fragestellungen (vgl. Burkhardt 1996, S.78). Sie ist für Burkhardt der Oberbegriff, der alle Arten des öffentlichen, institutionellen und privaten Sprechens über politische Fragen, alle politiktypischen Textsorten und die beim Sprechen über politische Zusammenhänge charakteristische Verwendung lexikalischer Sprachmittel beinhaltet. Sie hat als Ziel die monologische Kommunikation in dem Sinne, dass das Sprechen über politische Sachverhalte in der Presse, Rundfunk im Fernsehen zu einem Monolog geworden ist. Winfried Schulz fand für die politische Berichterstattung einige charakteristische Züge, die in allen Medien weitgehend übereinstimmen. Die berichteten Ereignisse sind überwiegend von relativ kurzer Dauer. Die Realität erscheint als einfach, eindeutig und klar konstruiert. Einzelne Ereignisse mit besonders hohem Nachrichtenwert werden komplexer und vielschichtiger dargestellt. Besonders starke Beachtung finden Personen mit hohem Status und Prestige. Politisches Geschehen wird durchweg nur im Handeln einflussreicher Personen sichtbar (vgl. Schulz 2008, S. 87ff.). Insgesamt besteht unter Journalisten ein großer Konsens darüber, welche Ereignisse zu Nachrichten werden und welche nicht. Schulz schließt daraus, dass die Medien durch die ihnen eigenen

Selektionsmechanismen die Welt für das Publikum und dessen Wünsche und Interessen konstruieren (vgl. Mast 2000, S.45). Im Gegensatz zur allgemeinen Berichterstattung hat die politische Berichterstattung als Aufgabe in einer demokratischen Gesellschaft die Grundlagen der Willens- und Meinungsbildung zu verschaffen. Sie bezeichnet die zentrale Quelle der politischen Informationen. Eine wichtige Voraussetzung ist, das Vertrauen der Rezipienten, das von individuellen Bedingungen geprägt ist (wie z. B. politisches Interesse), zu erlangen. Aufmerksame Mediennutzung kann einen Einfluss auf die affektiven Bewertungen von Objekten der Berichterstattung haben und in der Folge Handlungsmotive der Rezipienten aktivieren (z. B. sich an Diskussionen zu beteiligen).

Feststellbar ist, dass die Sprache der politischen Berichterstattung gezielt benutzt wird, um bestimmte politische Ereignisse oder Institutionen (z. B. Parteien) in einem besonderen Licht den Rezipienten zu zeigen und damit ihre Einstellungen beeinflussen. Dabei wird ein bestimmter Wortschatz, bestimmte sprachliche und stilistische Mittel sowie Argumente verwendet um sie darzustellen und bewerten. Das wird in den folgenden Kapiteln näher erläutert.

3.1 Lexik

Ziel einer Untersuchung im Rahmen der Sprache der politischen Berichterstattung besteht darin, zu analysieren, mit welchen sprachlichen Mitteln der Untersuchungsgegenstand bezeichnet wird. Wichtig ist Typisches im Sprachgebrauch zu finden und zu erkennen und eine qualitative Auswertung von Daten auszuführen, die dazu verholfen wurde, affirmative, neutrale oder kritische Verwendung von Lexemen zu sehen. Nicht nur die Frequenz des Vorkommens der einzelnen Lexeme (welche Ausdrücke in einem oder mehreren Korpora besonders mit einem bestimmten häufig vorkommen) ist wichtig, sondern auch die Lexeme, die häufig mit dem definierten Lexem (in dieser Arbeit unter dem definierten Lexem die Parteibezeichnung AfD und NPD zu verstehen) auftreten (Kollokationen) (vgl. Niehr 2014a, S.74f.). Neben dem verwendeten Wortschatz ist auch dessen Bedeutung ein wichtiger Aspekt. Die Bedeutung eines Wortes kann je nach der Verwendung unterschiedlich sein. Es gibt zwei Arten der Bedeutungen, die der Beschreibung der Wörter dienen. Die erste ist eine denotative (Grundbedeutung), die zweite eine konnotative (Nebenbedeutung) Bedeutung. Die Dinge, über die man spricht, werden nicht nur bezeichnet, sondern gleichzeitig auch bewertet. Dazu dienen wertende Wortarten wie Substantive oder Adjektive, die durch ihre Verwendung im besonderen Kontext verschiedene und spezifische Konnotationen bei den Rezipienten evozieren. Die Wiederkehr eines bestimmten Lexems hat thematische Bedeutung, weil sein häufiges direktes oder indirektes Vorkommen ein Zeichen für seine Relevanz im Korpus ist. Die Bezeichnung wird dann explizit (mit ihrem Namen) oder

implizit genannt. Als implizite Nennung lassen sich Bezeichnungskonkurrenzen verstehen, die ohne direkte Nennung verwendet werden (vgl. Niehr 2014a, S.136). Kennzeichnend für den Wortschatz der Sprache einer politischen Berichterstattung ist die Verwendung neuer Bezeichnungen, die in den gängigen Wörterbüchern nicht verzeichnet sind. Ursachen dafür liegen im ständigen Wandel technischer, sozialer, wissenschaftlicher Verhältnisse und Aufnahme neuer Wissensbereiche. Die Gebrauchshäufigkeit ist an bestimmte politische Zusammenhänge gebunden. Neben Fremdwörtern und Fachausdrücken sind für den Bereich der Wortbildung die Komposita, in manchen Fällen auch der Augenblickskomposita, wichtig, die häufig verwendet werden und mehrere komprimierte Informationen wiedergeben (Nomen + Relativsatz, Nomen + Präpositionalattribut, Nomen + Infinitivkonstruktion). Die Ursache für die Bildung der Komposita liegt im Bestreben nach Kürze. Häufig wird auf eine bestimmte Nominalgruppe mit einem verkürzten Kompositum Bezug genommen. Dieses Kompositum wird dann als anaphorisches Kompositum bezeichnet. Mit der Tendenz zur Ökonomie steigt auch die Schwierigkeit und Vagheit des Wortschatzes, die spezifisch in Preetexten ist. Besonders verbreitet ist das Phänomen der lexikalischen Varianz (Vermeidung der Wiederholung bei der Bezeichnung gleicher Sachverhalte). Auf der syntaktischen Ebene ist ein großer Anteil von Nominalisierungen, die Verwendung längerer vorgeschalteter Attributkomplexe, Häufung von Präpositionalkonstruktionen, Verwendung von Appositionen sowie Tendenzen zu längeren, verschachtelten Sätzen aufspürbar (vgl. Lüger 1995, S. 5ff.). Besonders charakteristisch ist die Bemühung, die Sachverhalte in einer originellen bildhaften Sprache darzustellen. Die Übertragung und Mischung verschiedener Bildbereiche sorgen für unterschiedliche Effekte. Das Vorkommen bestimmter Stilmittel, wie z.B. Metaphern, kann als Ausdruck besonderer sprachlicher Elaboriertheit zu interpretieren angesehen werden, wobei die Ausprägung und Häufigkeit spezifisch sind (vgl. Lüger 1995, S. 34-37). Das wird im folgenden Kapitel näher beschrieben.

3.2 Metaphorik

Medien liefern nicht nur Informationen und Wissen, sie beeinflussen unsere Gefühle, Einstellungen und unser Weltbild. Sie konstruieren, inszenieren und interpretieren unsere "Wirklichkeit". Das ist in der Presse möglich durch die Verwendung von Metaphern, die durch den Gebrauch in journalistischen Texten eine ganz bestimmte Funktion erfüllen. Sie erklären komplexe Sachverhalte, transportieren Emotionen und "Handlungsempfehlungen". Metaphern werden als kognitives Instrumentarium verstanden. Sie werden keineswegs beliebig verwendet. Die kognitive Metaphorik geht davon aus, dass unser Denken metaphorisch ist und dass wir

Metaphern beim Denken, Erkennen und Sprachhandeln gebrauchen. Nach der Auffassung von Lakoff/Johnson (vgl. 2000) haben Metaphern eine kognitive Funktion. Metaphern sind nicht nur Ornamente, die man als rhetorische Mittel einsetzt, sondern sie strukturieren unser Denken, Reden und Handeln in einer bestimmten Weise. Die Metapher, dass Argumentation Krieg ist, sehen wir durch Redewendungen. Diese Konzeptualisierung setzt voraus, dass eine Neigung herrscht, ein Konzept metaphorisch durch Begriffe eines anderen Konzeptes zu strukturieren (vgl. Böke 1996, S. 440). Sie heben bestimmte Aspekte eines Sachverhaltes hervor und verbergen gleichzeitig andere Aspekte. Dieses Phänomen umschreiben Lakoff und Johnson mit den Begriffen "highlighting und hiding" bzw. "Beleuchten und Verbergen" (Lakoff/ Johnson 2000, S.11; 2011, S. 18ff.). Im Gegensatz dazu sieht Weinrich (1976, S.311) die Metapher als ein textuelles Phänomen, welches vor allem in einem Text auftauchen kann, da es ihn als Kontext benötigt: "Eine Metapher [...] ist ein Wort in einem Kontext, durch den es so determiniert wird, dass es etwas anderes meint, als es bedeutet". Beide Theorien ähneln sich sehr in ihrer Struktur, obwohl sie Metaphern je als verschiedenartige Phänomene betrachten. Für die Sprache der politischen Berichterstattung sind Metaphern von besonderem Interesse, weil sich in ihnen ein Implikationspotenzial bündelt, das besonders geeignet ist, um kommunikationsstrategisch ausgebeutet zu werden. Metaphern haben auch eine andere Funktion, nämlich die der Konstruktion von Realität (vgl. Böke 1997, S.192). Für die Sprache der politischen Berichterstattung ist die Kampfmetaphorik von besonderer Wichtigkeit, denn

"politische Parteien und ihre Funktionäre KÄMPFEN um Wählerstimmen, RINGEN um Mandate. Parlamentarier liefern sich REDEDUELLE, um ihren Standpunkt zu VERTEIDIGEN und den politischen GEGNER zu SCHLAGEN" (Niehr 2014a, S. 146).

Diese Kampfmetaphorik ist wichtig für die Konzeptualisierung der Auseinandersetzung mit politischen Sachverhalten. Dabei sind sie über ein Netz von Assoziationen mit anderen Metaphern und Begriffen verbunden. Derartige Metaphern aktivieren also auch bei Nichtfachleuten eine Fülle von Vorstellungen und vor allem werden Emotionen mobilisiert. In diesem Kontext dienen die Metaphern dafür, komplexe Vorgänge bildlich darzustellen und sie können bei der Erklärung und Vermittlung komplexer Sachverhalte hilfreich sein. Da Metaphern Erklärungsmodelle, Emotionen und zugleich "Handlungsempfehlungen" transportieren, ist es keine Übertreibung, wenn man im "Kampf" um die öffentliche Meinung vor allem einen Kampf um die Durchsetzung bzw. Interpretation von "Metaphern" sieht. Zwischen Metaphorik und Argumentation herrscht eine enge Beziehung. Aus der Verwendung bestimmter Metaphern kann man Rückschlüsse darüber ziehen, wie Argumentationsrichtungen aussehen.

3.3 Argumentation

Argumentation ist kein Oberflächenphänomen, sondern ein rationales Mittel zur Klärung gesellschaftlich relevanter Fragestellungen. Argumentation ist auch im Alltag vorhanden (Kommentare in Medien, Streitgespräche, Debattenbeiträge) und geschieht auch in der Öffentlichkeit, wo gesellschaftlich relevante Fragen erklärt werden. Laut Klein (1980, S.19) handelt es sich bei der Argumentation um ein sprachliches Verfahren, das dazu dient, "etwas kollektiv Fragliches in etwas kollektiv Geltendes zu überführen". Das ist besonders wichtig bei der politischen Berichterstattung, bei der die von den politischen Korrespondenten verwendete Sprache den Zweck hat, Zustimmungsbereitschaft bei den Rezipienten zu erzeugen. Sie dient dazu, etwas aufzuklären, etwas zu kritisieren oder bewerten, zustimmende oder ablehnende Positionen zu einem bestimmten Sachverhalt zu äußern und sie dienen zur kollektiven Meinungs- und Willensbildung. Argumentation wird als "rationale Problemlösungsstrategie" bezeichnet (Niehr, 2014a, S.152). Von den politischen Korrespondenten erwartet man, dass sie relevante Argumente anführen und dass diese entsprechend klar und plausibel sind. Die Schlussfolgerungen, die gezogen werden, müssen daher optimal argumentiert und sofort erkennbar sein. Weil reale Argumente den Standards der realen Logik nicht genügen, müssen zu ihrer Analyse andere Instrumente hinzugezogen werden. In diesem Zusammenhang ist Stephen Toulmin wichtig (vgl. Niehr 2014b, S. 104). Er hat ein Modell entwickelt, mit dem es möglich ist, Argumentationsmuster zu verfolgen. Toulmin nimmt eine realistische Sicht auf tatsächliche Argumentationen und ist bemüht, keine unzulässigen Idealisierungen vorzunehmen. Das Modell besteht aus einem Argumentationsschema, das folgende Bestandteile hat: These/Schlussfolgerung, Schlussregel, Stützung, Operatoren (deshalb, deswegen, aufgrund von, wenn nicht) und Ausnahmebedingungen. Dieses von Toulmin entwickelte Schema soll die Struktur der Argumentationen darstellen. Das Schema kann man auf folgende Weise erklären: Eine strittige These wird durch Argumente begründet. Die Schlussfolgerung wird durch eine allgemein gehaltene Schlussregel ermöglicht, deren Relevanz für gleichartige Argumentationsgegenstände und Argumente gestützt wird (durch Normen, Regeln, Gesetze). Um den Wahrscheinlichkeitsgrad einer Schlussfolgerung zu stützen, kann man die Aussage mit Operatoren modifizieren. Um die Anfechtbarkeit der Schlussregel zu vermeiden, können im Rahmen der Argumentation Ausnahmebedingungen formuliert werden. Bei den Untersuchungen kann man sich auf argumentative Muster konzentrieren, die für oder gegen die verhandelten Positionen ins Feld geführt werden können. Diese Argumente werden in höchst unterschiedlichen Formulierungen präsentiert, aber sie lassen sich dennoch in den meisten Fällen auf eine überschaubare Anzahl von Topoi oder prototypischen Argumenten zurückführen. Aus der Argumentationsanalyse hat sich auf diese Weise eine Toposanalyse herausgebildet. Unter Topos

(Topoi) versteht man Argumentationsmuster, ein Schema von Schlussregel, Argument, Konklusion, so wie man es bei Toulmin findet. Topoi sind laut Wengeler (2007) "argumentative Gewohnheitswesen, die Bestandteil des jeweils gerade gültigen Wissens zu einem Thema sind (bilden einen Wissensrahmen) und die bei Emittenten und Rezipienten von sprachlichen Äußerungen ab- und aufgerufen werden". Topoi werden häufig mit Namen versehen. Mithilfe dieser Analyse kann man einen Überblick über die verschiedenen vertretenen Positionen verschaffen (vgl. Niehr 2014a, S. 156ff.). Es lassen sich inhaltlich bestimmte Argumente zu Mustern zusammenfassen, wenn sie auf einer bestimmten Abstraktionsstufe reformuliert werden. Eine solche Reformulierung von Argumenten umfasst dann eine Vielzahl vorkommender Argumente und gibt sie in einer prototypischen Formulierung wieder. Niehr unterscheidet zwischen impliziter und expliziter Argumentation, wobei die letztere eher der Fall ist, weil alle Leerstellen des Toulminschen Schemas nicht gefüllt werden können (man kann keine vollständigen Argumentationen finden) (vgl. Niehr 2014b, S. 100-111). An dieser Stelle muss betont werden, dass es sich bei der Analyse der Argumentation zu den Parteien AfD und NPD um keine Analyse im Rahmen eines Diskurses handelt (so wie es Niehr versteht), sondern um eine Darstellung und Erklärung der Argumentation, mit deren Hilfe Topoi über die zwei genannten Parteien entstehen und sichtbar werden. Diese Topoi dienen zu Charakterisierung dieser Parteien und ihrem Verständnis in der Berichterstattung. Alle drei Bereiche, die im empirischen Teil untersucht werden, sind miteinander verknüpft und spielen eine wichtige Rolle bei der Darstellung und Beschreibung der genannten Parteien.

Sprache wird auch oft als Instrument verwendet, um bestimmte Überzeugungen und Denkmuster zu verbreiten. Somit schafft sie Ideologien, die politisch von großer Bedeutung sind. Durch die Verwendung einer bestimmten Sprache können Medien eine bestimmte Ideologie an konkrete Sachverhalte binden und sie so verbreiten.

4. Sprache und Ideologie

Sprache und Ideologie stehen in einem Wechselspiel. Sprache beeinflusst das ideologiegebundene Denken und ideologische Inhalte werden durch Sprache vermittelt. Sprache ist ein Ort, an dem sich Ideologien manifestieren. Ideologien manifestieren sich als Bewusstseinsstatsachen, die sprachlich vermittelt werden. Sprache (vgl. Vološinov 1975, S. 55ff.) beeinflusst nicht nur das ideologisch gebundene Denken, sondern ideologische Inhalte werden sprachlich vermittelt. Ideologie kann demnach wertneutral als ein sprachlich vermittelter und beeinflusster Ideenkomplex verstanden werden oder negativ-wertende Bedeutungskomponenten haben. Die Beeinflussung von Ideologie durch Sprache liegt auf der Hand. Es ist klar, dass sich Ideologie in

der Sprache widerspiegelt. Diese Relation betrifft vornehmlich den Wortschatz und wie er verwendet wird. Die Sprache in der Presse kann auch ideologische Vorstellungen und Muster aufweisen. Lüger (vgl. 1995, S.10) nennt sprachliche Verfahren, die zur Bildung einer Ideologie verhelfen. Diese sind: Personalisierung und Dramatisierung gesellschaftlicher Tatbestände, privatisierende Informationen aus den öffentlichen Angelegenheiten, Fiktionalisierung, Vorführung von Traumwelten sowie Angebot von Angst provozierenden und Angst betäubenden Unterhaltungstoffen. Man kann also sagen, dass Sprache das ideologische Denken beeinflusst und gleichzeitig werden ideologische Inhalte durch Sprache vermittelt. Die Aufgabe der Medien ist es, bestimmte Ideologien zu verbreiten und sie der Öffentlichkeit vorzustellen. Wie das die Medien im Fall der Berichterstattung zur AfD und NPD machen, wird im empirischen Teil näher erläutert. Da in dieser Arbeit die genannten Parteien in Deutschland von Bedeutung sind, wird das politische System bzw. die Parteien in Deutschland, mit besonderem Fokus auf das rechte politische Spektrum, im folgenden Kapitel dargestellt.

5. Parteien in Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland ist heute eine etablierte Demokratie und ein bedeutendes Mitglied der europäischen und internationalen Staatengemeinschaft. Wie alle modernen Demokratien beruht die politische Ordnung der Bundesrepublik auf dem Prinzip der Volkssouveränität. Alle politische Macht muss sich vom in Wahlen ausgedrückten Willen des Volkes herleiten (vgl. Glaeßner 2006, S.359ff.). Das politische System der Bundesrepublik Deutschland zeichnet sich durch eine bemerkenswerte institutionelle Stabilität und personelle Kontinuität aus. Deutschland wird als eine Parteiendemokratie bezeichnet. Ohne Parteien ist das politische System der Bundesrepublik nicht vorstellbar. Diese haben eine besondere Aufgabe: die gesellschaftlichen Interessen im staatlichen Bereich zu vertreten. Sie verfügen über politische und ideologisch motivierte Zielvorstellung und entfalten ihre Wirksamkeit im Rahmen eines Parteiensystems, dessen Strukturen und mögliche Veränderungen ihre politischen Möglichkeiten wesentlich beeinflussen. Der Grad und Umfang ihrer Beteiligung an der politischen Willensbildung wird nicht nur durch die Anzahl ihrer Vertreter und die Größe der Partei, sondern auch durch ihre strategische Stellung im Parteiensystem bestimmt (vgl. Glaeßner 2006, S. 431ff.). Parteien vertreten die Interessen einer bestimmten sozialen Gruppe (z. B. der Arbeiterklasse oder der Katholiken) oder verhelfen einer bestimmten Weltanschauung in der Politik zu Einfluss. Erfolg und die politische Relevanz der jeweiligen Partei wird daran gemessen, wie groß die vertretene

soziale Gruppe oder wie verbreitet die Weltanschauung ist⁸. Ideologisch-politische Zugehörigkeit und Programmatik findet man in den meisten Fällen in der Selbstbezeichnung und Namensgebung der Parteien und besitzt damit einen übergeordneten Charakter. Die Zugehörigkeit der Parteien wird dabei entweder an inhaltlich-beschreibenden (konservativ, sozialdemokratisch, grün, katholisch) oder Richtungsbegriffen (rechts, links) festgemacht. Unter der Richtung versteht man die Zugehörigkeit einer Partei zu einem politischen Spektrum. Dieses dient zur Klassifikation der politischen Ideologie einer Partei. Traditionell wird es mit einer geometrischen Achse durch die Attribute links und rechts bezogen auf die Sitzordnung im Parlament beschrieben. Weil eine Vielzahl der Parteien im deutschen Raum vertreten ist, werden weitere Attribute eingeführt, wie radikal und extrem. Auf diese Weise hat sich folgendes Konzept verbreitet: linksextrem – linksradikal – links – Mitte – rechts – rechtsradikal – rechtsextrem. Weil dieses Modell nicht in der Lage ist, die Parteien umfassend zu beschreiben, werden auch weitere Attribute herangezogen, wie z. B. sozialdemokratisch, liberal, konservativ, rechtsradikal usw. Im Laufe der Geschichte Deutschlands wurden viele Parteien gegründet. Die Entwicklung der Parteien in Deutschland (vgl. Alemann 2018, S. 51-111) beginnt im 19. Jahrhundert, als es zur Aufteilung der Parteien in unterschiedliche Strömungen kam. Aus den vier Grundströmungen (Sozialdemokraten, Katholiken, Liberale und Konservative) haben sich in der Weimarer Klassik viele große und kleine Parteien herausgebildet. Die Entwicklung dauerte bis zum Aufstieg der NSDAP und dem Verbot aller anderen Parteien. Das Parteiensystem, so wie es in Deutschland heute ist, begann seine Entwicklung erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Zu dieser Zeit beginnt der Aufbau des Parteiensystems, das von neuen Entwicklungen geprägt ist. Nach einer Konzentration auf nur drei maßgebliche Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP) nahm die Vielfalt der Parteien in 1960ern und 1970ern wieder zu. Im Deutschen Bundestag sind seit der Bundestagswahl 2017 sechs Fraktionen und acht Parteien vertreten. Bei der Sitzordnung orientiert man sich am politischen Spektrum, das wie folgend aussieht und dem vorher genannten Konzept entspricht: Die Linke – SPD – Bündnis 90/Die Grünen – CDU/CSU – FDP – AfD. Neben den großen etablierten Parteien werden immer wieder neue Parteien gegründet und schaffen es in einigen Fällen auch, parlamentarische Mandate zu gewinnen. Aus diesen Parteien ist die AfD wichtig, die erst 2013 gegründet wurde und 2017 in den Bundestag einzog. Von den Kleinparteien hat die NPD große Bedeutung, weil sie in manchen Landtagen in Deutschland vertreten ist. Beide Parteien gehören dem rechten politischen Spektrum und werden mit Rechtsextremismus in Verbindung gebracht. Was darunter verstanden wird und welche Begriffe noch damit verbunden sind, wird in folgendem Kapitel näher erörtert.

⁸ vgl. <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/208456/in-der-vergangenheit-praegende-parteien> (Stand: 25.05.2018).

5.1 Rechtsextremismus in Deutschland

Seit dem Jahr 1990 ist eine steigende Zunahme rechtsextremer und neonazistischer Aktivitäten sowie ihre organisierte Ausdehnung und nationale und internationale Vernetzung beobachtbar. In verschiedenen Zeiten gab es rechtsradikale und rechtsextreme Parteien, die sich in den Wahlen immer wieder niederschlugen. In der politischen Szene des rechten Spektrums sind die NPD, die REP und die DVU die drei wichtigsten Parteien. Zu ihnen kommt noch die relativ junge AfD, die im Februar 2013 gegründet wurde. In der politischen Auseinandersetzung werden diese Parteien mit drei Begriffen (vgl. Glaeßner 2006, S. 466-470) in Verbindung gebracht, und zwar rechtspopulistisch, rechtsextrem und rechtsradikal, wobei eine Unterscheidung zwischen dem altrechten Extremismus, der Neuen Rechten und dem Rechtspopulismus sehr schwer ist. Der rechte Radikalismus hat seine ideologischen Wurzeln in völkischen, chauvinistischen und nationalistischen Ideologien und ist gekennzeichnet durch eine enge Affinität zum nationalistischen Gedankengut. Als rechtspopulistisch lassen sich Parteien bezeichnen, die sich auf extrem nationalistische und chauvinistische Ideen beziehen und unter populären Parolen Unzufriedenheit mit dem politischen System oder den Parteien auf ihre schlechten Seiten verweisen. Rechtsextreme Parteien und Gruppierungen verstärken ihre Vernetzung im europäischen Raum. Charakteristisch für sie ist dieselbe gemeinsame Ablehnung des europäischen Einigungsprozesses, der Kampf gegen "staatliche Repression", angebliche "kulturelle Überfremdung" und meist offen formulierter aggressiver Antisemitismus (vgl. Glaeßner 2006, S. 466ff.). Der Begriff "Neue Rechte" wurde als Antithese zur "Neuen Linken" ab 1969 von dem französischen Rechtsintellektuellen Alain de Benoist begründet. Unter dem Begriff "Neue Rechte" werden in der neusten Zeit kleinere Gruppierungen und interkulturelle Zirkel verstanden, die die Rolle Deutschlands als mitteleuropäischer Hegemonialstaat betonen und die der Verwestlichung, Einwanderung, Liberalismus und Individualismus entgegentreten. Dieser Begriff ist sehr kontrovers, weil es die Begriffe konservativ und rechts besetzen versucht (vgl. Eckert 2010, S. 26f.). Diese Bezeichnung hat sich noch nicht in der heutigen Öffentlichkeit durchgesetzt, weswegen die rechten Parteien entweder als extremistisch oder als populistisch beschrieben werden. Festzustellen ist, dass sich das rechte politische Lager radikalisiert und die Grenzen zwischen den Parteien und neonazistischen und gewaltbereiten Gruppierungen fließend werden. Das Bild der Rechtsextremen wird im öffentlichen Bewusstsein durch Medien bestimmt. In Zeitungen wird häufig mit Ablehnung und Abscheu von ihnen berichtet.

Im Folgenden werden zwei Parteien aus dem rechten politischen Spektrum vorgestellt, nämlich AfD und NPD.

5.1.1 Alternative für Deutschland (AfD)

Die Alternative für Deutschland (kurz: AfD) ist eine politische Partei in Deutschland, die am 14. April 2013 in Berlin gegründet wurde. Der eigentlichen Gründungsversammlung ging ein dreijähriger Gründungsprozess voraus, wobei die AfD-Gründung nach dem Politikwissenschaftler Niedermeyer (vgl. 2014, S.177) auf den 25.03.2010 zurückgeht. An dem Tag stimmte die Bundeskanzlerin das erste Rettungspaket für das damals in der Krise steckende Griechenland zu, obwohl das nicht geplant war. Diese Diskrepanz wurde mit dem Wort "Alternativlosigkeit" in Verbindung gebracht. Damit kann der Name der Partei "Alternative für Deutschland" erklärt werden. Eine wichtige Position vertritt damals der Professor für Volkswirtschaftslehre, Bernd Lucke, der im Herbst 2010 auf der Veranstaltung "Plenum der Ökonomen" gegen die Euro-Rettungspolitik gesprochen und sie kritisiert hat. Die Euro-Kritiker bildeten 2012 das "Bündnis Bürgerwille", nachdem der Bundestag zum europäischen Beschluss einer Euro-Rettungspolitik zugestimmt hat. Diese Sammlungsbewegung würde noch nicht als eine Partei verstanden, sondern als überparteilich, da sie sich als Aufgabe machte, die Euro-Rettungspolitik zu kritisieren sowie über gesellschaftliche Grundfragen durch unmittelbare Zustimmung der Bürger zu entscheiden⁹. Diese ordnungspolitische Kritik auf Resonanz in vielen Verbänden und etablierten Parteien gestoßen und das war es, was der späteren AfD-Gründern zu einer gesellschaftlichen Vernetzung und finanziellen Ressourcen, die für ihre Gründung notwendig waren, verholfen hat. Im Herbst 2012 kam es zur Gründung der Wahlalternative 2013. Dabei handelte es sich um einen Verein, der noch nicht an den Wahlen teilnehmen wollte und der mit den freien Wählern kooperierte. Nach dem Antritt bei der niedersächsischen Landtagswahl Anfang 2013 mit der Kandidatur von Bernd Lucke und Konrad Adam (beide Sprecher der damaligen Wahlalternative 2013) mit einem Wahlergebnis von 1,1 Prozent wurde beschlossen, den Verein in eine Partei zu entwickeln. Somit kam es zur Gründung der AfD am 6. Februar 2013. Bernd Lucke, Frauke Petry und Konrad Adam wurden Parteisprecher der eurokritischen Partei, dessen Mitgliederzahl innerhalb weniger Monate auf 20.000 stieg. Die noch junge Partei nahm einen raschen Aufstieg auf der bundespolitischen Ebene und in den Medien fand die Kritik der Partei viel Aufmerksamkeit, was ein wichtiger Anstoß für den Erfolg der Partei bezeichnete. Im Gründungsjahr im September¹⁰ fand auch die Bundestagswahl statt, bei der die AfD mit 4,7 Prozent knapp an der Fünfprozenthürde scheiterte. Die AfD hatte aber Erfolg bei der Wahl des Europäischen Parlaments im Mai 2014 sowie bei der Landtags- und Europawahl. Ende 2014 / Anfang 2015 ist durch einen Richtungsstreit innerhalb der Partei zwischen Lucke und Petry gekennzeichnet. Der rechte Flügel um Petry sucht Gespräche

⁹ vgl. <https://buendnis-buergerwille.de/grundkonsens-2012/> (Stand: 15.05.2018).

¹⁰ vgl. <http://www.dw.com/de/afd-die-geschichte-einer-kontroversen-partei/a-19402408> (Stand: 15.05.2018).

mit der Pegida-Bewegung und förderte den Rücktritt von Lucke. 2015 verlässt Lucke die AfD und mit ihm gehen auch 2000 Parteimitglieder. Doch die Partei profitiert von der Flüchtlingsdebatte und erholt sich rasch von der Austrittswelle, da viele Bürger unzufrieden mit Merkels Flüchtlingspolitik waren und sich somit der AfD wandten. Im Herbst 2015 organisierte Björn Höcke in Erfurt Demonstrationen gegen Merkels Flüchtlingspolitik, bei denen es mehrfach zu Ausschreitungen gegen Pressevertreter kommt¹¹. Im Januar 2016 sorgte Petry für einen Medienskandal, als sie den Einsatz von Waffen bei illegaler Grenzüberschreitung förderte, aber rief die Aussagen ein wenig später zurück. Im Mai 2016 äußerte sich Vizepräsident Gauland rassistisch gegenüber dem Fußballnationalspieler Jerome Boateng. Am 17. Januar 2016 hielt Höcke eine medial stark rezipierte und kritisierte Rede¹² bezogen auf das Berliner Holocaust-Mahnmal, weswegen ein Parteiausschlussverfahren gegen ihn beschlossen wurde. Man hat erwiesen, dass Höcke unter dem Namen Landolf Ladig in den NPD-Veröffentlichungen Artikel verfasst habe. Außerdem zeigte er "eine übergroße Nähe zum Nationalsozialismus", wodurch die AfD "diskreditiert" wurde¹³. Im April 2017 fand der Parteitag in Köln statt, bei dem eine Diskussion um die Spitzenkandidatur zur Bundestagswahl 2017 geführt wurde. Kurz vor dem Parteitag erklärte Frauke Petry ihren Verzicht auf eine Spitzenkandidatur. Als Spitzenkandidaten wurden Alexander Gauland und Alice Weidel gewählt. Bei der Bundestagswahl 2017 erhielt die AfD 12,6 Prozent der Zweitstimmen und somit 96 Sitze. Die Schwerpunkte in den Wahlkämpfen der AfD waren auf die Eurokrise, Familien-, Bildungs-, Energie- und Zuwanderungspolitik gesetzt¹⁴. Ihre Gründung erfolgte in direkter Reaktion auf die Entscheidungen zum Euro-Rettungsschirm. So wandte sich die AfD programmatisch zunächst gegen die damalige Europa- und Währungspolitik¹⁵. Mit den Parteislogan "Mut zur Wahrheit" und den Wahlplakaten zielten sie auf die Wählerstimmen von Menschen mit rechten Einstellungen. Die AfD ist inzwischen im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag, in Landes- und Kommunalparlamenten vertreten. Die AfD wurde als euroskeptische und rechtsliberale Partei gegründet, die seit 2015 als rechtspopulistisch mit rechtsextremen Tendenzen gilt, in der völkisch-nationalistische, rassistische, islamfeindliche und antisemitische Strömungen zu finden sind, die Verbindung zu neurechten Gruppierungen pflegen.

¹¹ ebd.

¹² vgl. <https://www.tagesspiegel.de/politik/vorwuerfe-gegen-thueringer-afd-chef-petry-hoecke-hat-unter-pseudonym-die-mpd-gelobt/19662990.html> (Stand: 15.05.2018).

¹³ vgl. <https://www.tagesspiegel.de/politik/parteiausschlussverfahren-afd-spitze-vergleicht-hoecke-mit-hitler/19633818.html> (Stand:15.05.218).

¹⁴ vgl. <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-indeutschland/211108/afd> (Stand: 15.05.2018)

¹⁵ vgl. <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/bundestagswahl-2017/25470/0/afd> (Stand: 15.05.2018)

5.1.2 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (kurz: NPD) ist eine rechtsextreme Partei in Deutschland, die von Friedrich Thielen am 28. November 1964 in Hannover gegründet wurde. Die meisten Parteimitglieder waren aktiv in der Deutschen Reichspartei (DRP) tätig, von der sie die Struktur übernimmt. Die Gründung der NPD kann man als eine Reaktion auf die fallenden Wahlergebnisse der DRP verstehen und gleichzeitig stellte sie einen neuen Versuch dar, noch vor der Bundestagswahl 1965 eine rechte Sammlungspartei auf den Weg zu bringen¹⁶. 1966 besetzte die NPD einige Plätze im Landesparlament von Bayern und Hessen, da sich wegen der stockenden Wirtschaft immer mehr enttäuschte Protestwähler der NPD anschlossen. Als 1967 Adolf von Thadden schließlich zum Vorsitzenden der NPD gewählt wurde, konnten sie weitere Erfolge erzielen. Bei den Landtagswahlen im April 1968 in Baden-Württemberg bekam die NPD 9,8 Prozent und bis 1971 war sie in fast 8 Landesparlamenten vertreten. Allerdings gelang ihnen im September 1969 nicht der Einzug in den Bundestag. Im Januar 1971 unter der Führung von Martin Mußgnug verlor die NPD Wähler und Anhänger und versinkt fast in die Bedeutungslosigkeit. Bei den Bundestagswahlen zwischen 1972-1990 kamen sie nie über 0,6 Prozent hinaus. Der Erfolg der NPD lies nach und konnte für lange Zeit in keiner weiteren Landtags- oder Bundestagswahl die Sperrklausel erreichen. Erst nach der Einheit Deutschlands kam es erneut zu Wahlerfolgen für die NPD¹⁷. Die schwierige Lage der Partei hatte nicht nur mit den internen Konflikten, sondern auch mit der Finanzlage zu tun. Deswegen kam es zu einer Spaltung. Der Parteivorsitzende Mußgnug verließ die NPD im Dezember 1990. 1991 wurde Günter Deckert zum neuen Vorsitzenden. Er konzentrierte die Parteipropaganda auf einen aggressiven Geschichtsrevisionismus, weswegen er 1995 eine mehrjährige Gefängnisstrafe antreten musste. Daraufhin wurde er als Parteivorsitzender abgesetzt und als Nachfolger wurde in März 1996 Udo Voigt ernannt. Unter seiner Führung kommt es zu einer programmatischen und strategischen Neuausrichtung, die sich von dem Antikommunismus ablöste und für einen nationalen Sozialismus war. Die neue ideologische Orientierung wandte sich explizit an Ostdeutsche. Die Betonung lag auf sozial- und wirtschaftspolitischen Themen und massiven Kapitalismus und Globalisierungskritik. Voigt hat auch ein neues Strategiekonzept (vgl. Brandstetter 2006, S.109) entwickelt, das bekannt als das Drei-Säulen-Konzept (Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe, Kampf um die Parlamente) ist und um eine weitere Säule (Kampf um den organisierten Willen) 2004 ergänzt wurde. Zwischen 2001 und 2003 stagnierte der Aufschwung der Partei während des ersten NPD-Verbotsverfahrens, das im März eingestellt wurde. Die Zahl der Mitglieder war unter Führung von Voigt auf 7200

¹⁶ vgl. <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/kleinparteien/42205/npd> (Stand: 25.05.2018)

¹⁷ vgl. <https://geschichte-wissen.de/blog/gilbert-jacoby/> (Stand: 25.05.2018)

gewachsen und galt damit als mitgliedstärkste Gruppierung am rechten Rand. 2005 schloss die NPD mit der DVU einen Deutschlandpakt, in dem beschlossen wurde, nicht gegeneinander zu kandidieren und bei den Wahlen auch Kandidaten der anderen auf die Listen zu setzen. Diese Verbindung dauerte nur bis 2009. Im April 2009 bekommt die NPD eine Millionenstrafe wegen Fehler in ihrem Rechenschaftsbericht 2007. Das Verfahren zog sich über Jahre hinaus und wurde auch Ende 2012 noch nicht beendet. Im September 2010 zog die NPD bei der Landtagswahl in das Landesparlament von Mecklenburg-Vorpommern. Im November 2011 kam es zum Wechsel an der Spitze der Partei. Holger Apfel übernahm die Spitze der NPD. Im Dezember 2012 kam es zu einem neuen Verbotsverfahren gegen die NPD¹⁸. Im Februar 2013 stellte der Deutsche Bundestag seine Zahlungen im Rahmen der staatlichen Parteifinanzierung an die NPD ein. Im Dezember 2013 stellte der Bundesrat beim Bundesverfassungsgericht den Antrag, die NPD aufgrund ihres verfassungsfeindlichen Zieles, ihres aggressiven Vorgehens bei der Verwirklichung dieser Ziele und ihrer Nähe zum Programm des Nationalsozialismus zu verbieten. Nach dem Rücktritt von Holger Apfel wird im November 2014 Frank Franz zu neuen Parteivorsitzenden gewählt. Ein zweites, von den Bundesländern angestregtes Verbotsverfahren gegen die NPD wurde vom Bundesverfassungsgericht am 17. Januar 2017 als unbegründet zurückgewiesen, da die Partei zwar verfassungsfeindlich sei, jedoch aktuell keine Bedrohung für die freiheitlich demokratische Grundordnung darstellt¹⁹. Die NPD weist Kernelemente eines rechtsextremen Welt- und Menschenbilds auf. Charakteristisch für die NPD (vgl. Brandstetter 2007, S.317) ist ein ausgeprägter Nationalismus verbunden mit einem Geschichtsrevisionismus, dann auch rassistisches Denken, Diffamierung von Ausländern, antisemitische und antiamerikanische Propaganda sowie die systematische Abwertung sozial unliebsamer Gruppen.

5.2 Politische Öffentlichkeit und die Rolle der Medien

Der Presse kommt ein entscheidendes Gewicht in der politischen Debatte und bei der Gestaltung der öffentlichen Meinung in einer demokratischen Gesellschaft zu. Durch die Medien und mit den Medien entsteht eine neue Form der Öffentlichkeit, die gekennzeichnet ist durch die Verbreitung und dem Konsum einer potenziell unendlichen Vielfalt von Informationen und medial vermittelten Eindrücken und Stimmungen. Erst in der Diskussion über das Wahrgenommene entstehen Meinungen, die Einfluss auf Politik und Gesellschaft haben. Die Öffentlichkeit wird dann zu einem "Forum der Kommunikation über Politik" (Neidhardt 1994, S.17). Der Charakter der Politik

¹⁸ vgl. <http://www.spiegel.de/fotostrecke/zeitleiste-die-geschichte-der-mpd-fotostrecke-90712.html> (Stand: 25.05.2018).

¹⁹ vgl. http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/bvg17-004.html;jsessionid=3F00ADCB94FD7F237E3F696ACA568EC1.2_cid370 (Stand 26.05.2018)

verändert sich unter dem Einfluss ihrer "Kolonialisierung durch das Mediensystem" (Meyer 2000, S.40). Der politische Stil der Mediengesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass sich die Politikdarstellung der medialen Vermittlung unterwirft und sich von den konkreten Entscheidungen und sozialen, wirtschaftlichen und politischen Problemen immer mehr entfernt. Medien (vgl. Moreau 2007, S. 42f.) informieren über Positionen der Parteien und haben so einen Anteil wie an ihrem Aufstieg so auch an ihren Niederlagen. Sie beschränken sich dabei nicht auf die Verbreitung von Informationen und Bildern, sondern fungieren als Nachrichtenfilter und Analyseinstanzen. Der Prozess ihrer Informationsauswahl birgt die Verbreitung negativer oder beunruhigender Nachrichten mit sich. Deswegen haben Medien ein hohes Verantwortungsbewusstsein. So ist es auch in der Berichterstattung zur AfD und NPD, wobei die Medien durch Sprache ein ganz bestimmtes Bild von ihnen konstruieren und sie der Öffentlichkeit darstellen. Welche sprachlichen Mittel sie dabei benutzen, um sie zu charakterisieren und bewerten und auf diese Weise der Öffentlichkeit darzustellen wird im folgenden Kapitel im Rahmen der Analyse festgestellt.

6. Analyse der Berichterstattung zur AfD und NPD

Der empirische Teil der Arbeit bezieht sich auf die Analyse der Sprache der Berichterstattung zur AfD und NPD. Zuerst wird das Untersuchungskorpus dargestellt. Dann werden die Akteure der Berichterstattung näher erörtert, also der sich im Rahmen der Berichterstattung äussernden Personen. Im weiteren Schritt der Analyse werden der verwendete Wortschatz zur Beschreibung, Bewertung und Darstellung der Parteien sowie die in seinem Umfeld häufig vorkommenden Wörter gründlicher analysiert werden. Danach werden die Metaphern, die verwendet wurden, um die AfD und NPD auf besondere Weise in einem bestimmten Umfeld darzustellen, analysiert. Abschließend werden diejenigen Argumente analysiert, die zu Charakterisierung der Parteien in der Berichterstattung vorkommen. Nach jedem dieser Abschnitte wird eine Schlussfolgerung gegeben, in der die Ergebnisse der Analyse zusammengefasst und kommentiert werden. Die Analyse kann als eine quantitativ informierte qualitative Analyse verstanden werden. Sie geht aus der Untersuchung des Korpus heraus und wird durch die qualitative und quantitative Datenerhebung unterstützt. Sie ist strikt an das Textmaterial orientiert, jede Aussage im Korpus ist belegbar und es werden verschiedene Sprachebenen berücksichtigt. Für die statistische Datenerhebung und Analyse der Kollokationen wird das Programm AntConc²⁰ verwendet.

²⁰ [http://www.laurenceanthony.net/software/ant conc/](http://www.laurenceanthony.net/software/ant%20conc/) (Stand: 15.05.2018).

6.1 Das Untersuchungskorpus

Um die Sprache der Berichterstattung analysieren zu können, wurde ein Korpus aus Zeitungsartikeln erstellt, die aus deutschen Tageszeitungen "Die Tageszeitung" (TAZ) und die "Süddeutsche Zeitung" (SZ) stammen. Die Zeitungen sind aus dem LexisNexis Portal²¹ (TAZ) und Süddeutsche Zeitung-Archiv²² entnommen worden und als Dateien im Text Format gespeichert, der es ermöglicht mit dem Programm AntConc zu arbeiten. Diese zwei Tageszeitungen sind linksliberale und politisch-meinungsbildende überregionale Zeitungen. An dieser Stelle muss betont werden, dass keine spezifischen Textsorten genommen wurden, da der Fokus nicht auf den Textsorten, sondern auf der Sprache, durch die die zwei ausgewählten Parteien dargestellt werden, liegt. Das Korpus besteht aus 149 Texten (135 295 Textwörter oder Token). Die gesamte Anzahl der Texte bzw. Artikel, die aus der TAZ stammen, ist 111 (111 013 Token), aus der SZ 38 (24 282 Token). Es ist festzustellen, dass die Mehrzahl der Artikel aus TAZ stammt, während diese Anzahl in der SZ deutlich geringer ist. Das Korpus ist wie thematisch (rechte Parteien: AfD und NPD) so auch zeitlich begrenzt. Es wurden drei Untersuchungszeitpunkte für die Berichterstattung gewählt, und zwar nämlich die Jahre 2005 (insgesamt 56 Artikel), 2013 (63 Artikel) und 2017 (30 Artikel), die durch die in diesen Jahren stattgefundenen Bundestagswahlen gekennzeichnet sind. Für die Berichterstattung zur NPD wurde der Zeitabschnitt vom 01.08.2005 bis zum 31.10.2005, für die AfD vom 01.03.2013 bis zum 30.09.2013 und vom 01.08.2017 bis zum 31.10.2017 gewählt. Das kann man alles auch tabellarisch auf folgende Weise vereinfacht darstellen:

Korpus	Anzahl der Texte (Artikel)	Anzahl der Token	Zeitabschnitte		
			2005 (01.08 – 31.10)	2013 (01.03. –30.09)	2017 (01.08. -31.10)
TAZ	111	111 013	54	41	16
SZ	38	24 282	2	22	14
∑	149	135 295	56	63	30

Tab.1: Das Untersuchungskorpus

Als notwendig wird betrachtet zu erklären, wieso diese Zeitabschnitte genommen wurden. Die AfD wurde in Februar 2013 gegründet, doch die mediale Berichterstattung beginnt erst einen Monat danach, weswegen als Anfangsdatum der 01.03.2013 genommen wurde und verfolgt wird ihr Weg zur Bundestagswahl im September 2013, bei der sie knapp mit 4,7 % den Einzug in den

²¹ <https://www.lexisnexis.de> (Stand: 21.04.2018)

²² <http://librarynet.szarchiv.de> (Stand: 21.04.2018)

Bundestag verfehlte, aber trotzdem ein gutes Ergebnis für eine neu gegründete Partei erzielte. Der zweite Zeitabschnitt bezieht sich auf die Bundestagswahl 2017, bei der die AfD mit 12,6 % in den Bundestag einzog und drittstärkste Kraft wurde. Der Zeitabschnitt für die Berichterstattung zur NPD bezieht sich auf die Bundestagswahl 2005, weil sie damals 1,6 % erreichte. Das wird eigentlich als ihr bestes Ergebnis seit der Bundestagswahl 1968 betrachtet.

Durch die Anzahl der Texte bzw. Artikel aus den bereits genannten Zeitungen kann festgestellt werden, dass die meisten Artikel aus der TAZ (AfD-57, NPD-54 Artikel) stammen und dort viel mehr über diese zwei Parteien berichtet wird als in der SZ (AfD-36, NPD-2). Zu beobachten ist auch das viel mehr über die AfD 2013, in ihrem Gründungsjahr, als 2017 berichtet wird. Weil Ziel dieser Arbeit die Sprache der Berichterstattung zur AfD und NPD zu analysieren ist, werden folgende sprachlichen Ebenen untersucht, nämlich Wortschatz (Lexik), Metapherngebrauch und Argumentation in Bezug auf die Charakterisierung der AfD und NPD. Die Belege für die Analyse werden auf folgende Weise angeführt: Name der Zeitung, Datum der Ausgabe, Seite. Das Korpus wird auf qualitative und quantitative Weise erhoben. Die Analyse ist daher eine quantitativ informierte qualitative Analyse. Die statistische Datenerhebung erfolgt durch das Programm AntConc, mit dem auch einige Aspekte analysiert werden. In dieser Arbeit werden Methoden der Korpuslinguistik und Textsemantik verwendet, um die Analyse des vorhandenen Materials durchzuführen. Die Analyseschritte wurden schon in Kapitel 6.1 genannt und erklärt, so dass in diesem Kapitel darauf verzichtet wird.

6.2 Akteure in der Berichterstattung zur AfD und NPD

Akteure sind wichtige Personen oder Gruppen, die politisch handeln und sich kommunikativ zu einem bestimmten Thema äußern, bestimmte Sachverhalte positiv oder negativ bewerten. (vgl. Gerhards/ Roose / Offerhaus 2004, S.19). Unter Akteuren werden in dieser Arbeit diejenigen Personen verstanden, die sich in irgendeiner Weise über die Parteien AfD und NPD äußern und ihre Meinung darüber geben, wobei besonders die politischen Korrespondenten als Akteure wichtig sind. Die Akteure werden nicht als Akteure eines Diskurses verstanden, da der Gegenstand der Untersuchung nicht der Diskurs über diese zwei Parteien ist, sondern die Sprache, die verwendet wird, um diese Parteien zu charakterisieren und zu beschreiben. Allgemein tauchen im Korpus Akteure aus der deutschen politisch-geografischen Ebene, die sieben unterschiedlichen Gruppen zugeordnet werden können. Diese sind: Politiker mit unterschiedlicher Parteienzugehörigkeit (AfD, Die Linke, CDU NPD SPD, Grüne und Die Piratenpartei), politische Korrespondenten, Regierung, Bildungswesen, wissenschaftliche Experten (Rechtsextremismusexperten, Politologen, Autoren, Soziologen und Historiker),

Vereine, Institute und Gewerkschaften, einzelne Bürger. Nach dieser Klassifikation der Akteure in sieben Gruppen wird deutlicher, dass über die Parteien AfD und NPD in allen Sphären der Gesellschaft gesprochen wird. Die zwei größten Gruppen bilden Politiker (51 %), die aus den Parteien AfD, NPD, Die Linke, CDU, Piratenpartei, FDP, Grüne und SPD kommen und Journalisten bzw. politische Korrespondenten (29 %), gefolgt von wissenschaftlichen Experten (7 %), Bürgern (5 %) sowie der Regierung, dem Bildungswesen und Vereinen, Instituten und Gewerkschaften mit je 2 %. Es ist klar, dass die meisten Parteien eigentlich Opponenten der zwei rechten Parteien sind und sie auf diese Art sie als Gefahr für das politische Bild in Deutschland betrachten und verstehen. Die wissenschaftlichen Experten wie Politologen, Historiker, Soziologen oder eben Rechtsextremismusexperten untermauern das nur mit ihren Aussagen. Die Regierung sieht sie als nationale Bedrohung, die Bürger sowie Vereine, Institutionen und Gewerkschaften als ein Problem, das sich auch auf die Wirtschaft auswirken kann. Daraus folgt, dass AfD und NPD nach den Auffassungen der Akteure Problem, Gefahr und Bedrohung darstellen. Für diese Arbeit sind eigentlich die politischen Korrespondenten wichtig, die sich als Akteure in der Berichterstattung zur AfD und NPD äußern. Sie werden in zwei Gruppen eingeteilt, nämlich die, die sich im Rahmen der TAZ äußern (Stefan Reinecke, Jens Berger, Matthias Lohre, Andreas Speit, Maik Nolte, Deniz Yücel, Sabine Reiner, Ambros Waibel, Simone Schmollock, Maite Krezfeldt, Hana Gersmann, Klaus Wolschener, Claus Leggowie, Jens Schneider, Thorsten Schmitz, Heribert Prantl, André Zuschalg, Jan Feddersen, Michael Ringel, Marthe Rudat, Nina Apin, Fedor Ruhose) und die aus SZ (Jan Heidtmann, Jens Schneider, Joachim Käppner, Jan Bielicki, Felix Lee, Klaus Peter Klingelschmidt, Astrid Geisler, Clemens Niedenthal, Claudia Lehnen, Holger Pauler, Pascal Beucker). Sie berichten in den Zeitungen über diese zwei Parteien und erschaffen in der Öffentlichkeit ein ganz bestimmtes Bild von ihnen. Dabei verwenden sie eine gezielte Sprache, um die Parteien auf bestimmte Weise den Rezipienten darzustellen und ihre Meinungen zu beeinflussen. Wenn man sich mit der Sprache der Berichterstattung beschäftigt, dann ist notwendig auch den dort vorkommenden Wortschatz bzw. die Lexik zu analysieren. Die Analyse bezieht sich aber nicht auf die Untersuchung der Wörter, mit denen die zwei Parteien bezeichnet, beschrieben und bewertet werden.

6.3 Wortschatz in der Berichterstattung zur AfD und NPD

6.3.1 Bezeichnung der Parteien in der Berichterstattung

6.3.1.1 Explizite Nennung der Parteien

Die Bezeichnung *Alternative für Deutschland* kommt in Teilkorpus 2013 und 2017 insgesamt 1038-mal (1,138 %) vor und wird durch die einfache Nennung des Namens der Partei wie folgend explizit realisiert:

- (1) Die Protagonisten der neuen, euroskeptischen Partei **Alternative für Deutschland (AfD)**, die am Wochenende in Berlin ihren offiziellen Gründungsparteitag abhalten, wird das freuen (TAZ, 13.04.2013, S. 19).
- (2) Die eurokritische **Alternative für Deutschland (AfD)** wurde im Februar gegründet und hat inzwischen nach Parteiangaben bundesweit 16 000 Mitglieder, viele kommen aus bürgerlichen Parteien, vor allem aus der CDU (SZ, 26.08.2013, S. 5).

In diesen Beispielen aus dem Teilkorpus, der das Jahr 2013 umfasst, wird die Partei explizit mit ihrem Namen *Alternative für Deutschland* genannt. Da es sich um eine neue, gerade gegründete Partei handelt, kommt immer nach dem vollständigen Namen der Partei die Abkürzung in Klammern vor (*AfD*). Dies ist so, weil die Partei noch nicht der Öffentlichkeit namentlich bekannt ist und deswegen werden sowohl der vollständige Name als auch dessen entsprechende Abkürzung verwendet, um sie zu verbreiten und der Öffentlichkeit auf diese Weise zu präsentieren. Genannt wird dabei ihre Gründung, die im Februar 2013 erfolgte. Im Gegensatz zu 2013, kommt die AfD in der Berichterstattung 2017 auf diese Weise vor:

- (3) Auf Bundesebene hält allein die **AfD** wissenschaftliche Erkenntnisse über den Klimawandel für "nicht gesichert". (SZ, 11.09.2017, S. 4).
- (4) Die **AfD** will eine "gesunde und artenreiche Umwelt, die die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftige Generationen darstellt" (SZ, 11.9.2017, S. 4).

Anders als bei den Beispielen aus 2013 wird die Partei 2017 nicht mit ihrem vollständigen Namen, sondern mit der entsprechenden Abkürzung, *AfD*, 870-mal (0,954 %) erwähnt, weil sie sich wie andere Parteien in der Öffentlichkeit etablierte und bekannt wurde. 2017 wird die AfD, wie es z.B. in diesen Belegen der Fall ist, im Kontext der Umwelt- und Klimaforschung erwähnt. Sie hat ihre eigene Klimapolitik entwickelt, die sich gegen den Klimaschutz wendet, und macht Forderungen zu einer gesunden Umwelt.

Bei der NPD ist es anders. Da es sich bei der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands um eine seit Jahren wirkenden und in der Öffentlichkeit etablierten Partei handelt, wird sie in der Berichterstattung aus 2005 296-mal (0,672 %) explizit durch ihre Abkürzung *NPD* bezeichnet. In diesen Belegen wird sie in Kontext der Landtagswahlen erwähnt und ihr Einzug in den Sächsischen Landtag wird besonders als erfolgreich herausgehoben:

- (5) Zu guter Letzt gab es noch die Hitleranbeter von der **NPD**. Ihren größten Erfolg hatten sie zuletzt in Sachsen verbucht und kameradeten seitdem im Landtag in Dresden herum (TAZ, 17.09.2005, S. 24).
- (6) In Sachsen sitzt die **NPD** im Landtag (TAZ, 15.09.2005, S. 12)

Bei der expliziten Nennung werden die Parteien AfD und NPD direkt mit ihren Namen oder der Abkürzung genannt. Bei der AfD ist festzustellen, dass sie in ihrem Gründungsjahr mit vollständigem Namen in der Berichterstattung vorkommt. Offensichtlich kann daraus Folgendes geschlossen werden. Wenn neue Parteien auftauchen, werden sie mit ihrem vollständigen Namen in den ersten Monaten der Berichterstattung auf diese Weise der Öffentlichkeit präsentiert. Wenn sich der Name der Partei etabliert hat und einer breiteren Masse schon bekannt ist, ist darauf zu schließen, dass die für die Partei stehende Abkürzung verwendet wird, wie es auch der Fall bei der NPD 2005, der AfD 2017 ist.

Viel interessanter für diese Arbeit ist die implizite Nennung der zwei Parteien und die impliziten Aussagen, die darüber gemacht werden. Denn auf diese Weise kann man die politisch gewichtete Sicht zu diesen Parteien in der Berichterstattung sehen und dann entsprechend analysieren.

6.3.1.2 Implizite Nennung der Parteien in der Berichterstattung

Die AfD wird auch indirekt im Korpus unterschiedlich bezeichnet. Dabei kommt sie z. B. 2013 als *die neue Partei* 21-mal (0,023 %) im Korpus vor:

- (7) Vor zehn Tagen startete **die neue Partei** ihre Website, kurz danach haben sich nach Luckes Angaben rund 2700 Mitglieder angemeldet (SZ, 18.03.2013, S. 6).
- (8) Angela Merkel hat nicht einfach nur die Wahl gewonnen; die CDU-Kanzlerin hat etwas geschafft, was vor ihr nur SPD-Kanzler geschafft haben: Sie hat die Geburt **einer neuen Partei** befördert. Sie hat damit nicht nur **die neue Partei** und FDP-Konkurrenz befördert, sie ist auch deren Taufpatin (SZ, 24.09.2013, S. 7).

In diesen Beispielen aus der Berichterstattung 2013 wird die AfD indirekt angesprochen durch die Nominalphrase (NP) *die neue Partei*. Dadurch wird gesagt, dass die Partei erst vor Kurzem gegründet wurde. Folgende Verweise, dass es sich um die AfD handelt, werden gegeben: Im Beispiel (7) wird durch die Nennung des Namens *Lucke* mit der vorher erwähnten Bezeichnung auf die AfD verwiesen, weil er einer der Gründer *der neuen Partei* ist. Im Beispiel (8) wird die AfD mit der *CDU-Kanzlerin Angela Merkel* in Verbindung gebracht, weil aufgrund ihrer Eurorettungspolitik zu Griechenland AfD als Protestpartei gegründet wurde. Zudem werden noch die Substantive *Geburt* und *Taufpatin* verwendet, die Hinweis dafür sind, dass jemand oder in diesem Fall etwas "geboren" wurde bzw. eine neue Partei gegründet ist, dessen *Taufpatin Merkel*

ist (diejenige, die Mitverantwortung für ihre Durchsetzung trägt). Anders als 2013 wird AfD 2017 folgendermaßen bezeichnet:

- (9) **Die Rechtspopulisten** sind gefährlich. Vor allem ist es für alle etablierten Parteien bequem, vor der AfD zu warnen statt selbst Alternativen zu entwickeln (TAZ, 08.09.2017, S. 11).
- (10) Hochrechnungen zufolge haben **die Rechtspopulisten**, die erstmals 2013 bei der Bundestagswahl antraten, den Einzug mit über 5 Prozent geschafft (TAZ, 16.10.2017, S. 4).

In diesen Beispielen kann man sehen, dass AfD 2017 durch die Kollektivbezeichnung *die Rechtspopulisten* 16-mal (0,018 %) im Korpus benannt wurde. Diese Bezeichnung ist ein Name für eine ganz bestimmte Gruppe, die mit der Ideologie des rechten Populismus verbunden werden, beschrieben. Die AfD wird in den Medien mit *Rechtspopulismus* verbunden und deshalb wird die Partei als Gruppe von *Rechtspopulisten* dargestellt. Mit Adverb *rechts* bezeichnet man die Parteien, die dem rechten politischen Spektrum angehören oder, wie es im Duden - Deutsches Universalwörterbuch (2016, S. 10432) steht, "politisch zur Rechten gehörend", wobei unter der Rechten die "Gesamtheit der Parteien, politischen Gruppierungen, Strömungen [stark] konservativer Prägung, die dem Kommunismus und Sozialismus ablehnend gegenüberstehen" gemeint ist. *Populismus* (Holtmann vgl. 2000, S. 552) ist ein Begriff abgeleitet von lat. *populus* (Volk) und wird zumeist abwertend verwendet. Es wird zuerst als eine "aus dem Volk hervorgehende spontane politische und soziale Bewegung" verstanden. Heute steht es als Bezeichnung für "die Selbstaktivierung bzw. gezielte Mobilisierung gängiger Ängste, Vorurteile, Emotionen, die in (vorgeblich) einfache Problemlösungen umgesetzt und gerade deshalb populär werden". So wird, wenn man auf die AfD durch die Kollektivbezeichnung *Rechtspopulisten* verweist, auf eine politische Gruppierung verwiesen, die dem rechten politischen Spektrums gehört, konservativ ist, die populär ist, weil sie gezielt Emotionen, Ängste und Vorurteile nutzt, um einfache Problemlösungen zu geben. Über ihren Einzug in den Bundestag wird als Erfolg für sie, aber Gefahr für andere Parteien berichtet. Dass es sich um die AfD handelt, kann man anhand folgender Verweise sehen: In dem Beispiel (9) wird zuerst die Kollektivbezeichnung genannt, danach wird direkt gesagt, wer diese *Rechtspopulisten* sind, nämlich die AfD. Es handelt sich damit um einen Vorverweis auf die AfD. Dazu wird noch spekuliert, was würde passieren, wenn sie in den Bundestag einziehen würde, da zu dieser Zeit die Bundestagswahl war und AfD dabei antrat. Im nächsten Beispiel (10) ist klar, dass es sich um die AfD handelt, weil mit dem Relativsatz *die erstmals 2013 bei der Bundestagswahl antraten* das Bezugswort *die Rechtspopulisten* erklärt und es wird unterstrichen, dass sie 2013 zum ersten Mal bei der Bundestagswahl angetreten ist. Das entspricht dem Wissen über die AfD, nämlich, dass sie 2013 als neue Partei gegründet wurde und in diesem Jahr zum ersten Mal bei der Bundestagswahl mitgemacht hat.

Die NPD wird indirekt mit der Kollektivbezeichnung *die Rechtsextremen* 20-mal (0,045 %) in der Berichterstattung aus 2005 erwähnt. Folgende Beispiele dienen als Belege dafür:

- (11) 26 **NPD**-Wähler - das klingt nicht viel. Und dennoch machen sie 11,4 Prozent aus, die in diesem Ortsteil **den Rechtsextremen** ihre Stimme gegeben haben (TAZ, 23.09.2005, S. 22).
- (12) Fast verdreifacht hat die NPD ihren Stimmenanteil **im Vergleich zur Bundestagswahl von 2002**, interpretiert Landeswahlleiter Andreas Schmidt von Puskás das Ergebnis. **Vor drei Jahren** seien die **Rechtsextremen** mit 11.260 Stimmen auf 0,6 Prozent gekommen (TAZ, 23.09.2005, S. 22).

Dass das Substantiv als Kollektivbezeichnung *die Rechtsextremen* eine Bezeichnung für die NPD ist, kann man dadurch sehen, dass erstens in allen oben genannten Beispielen zuerst die Partei, also *NPD* explizit genannt wird, dann folgt die Bezeichnung *die Rechtsextremen*. Dadurch werden sie als eine bestimmte Gruppe profiliert und in Verbindung mit Rechtsextremismus gebracht. Aus der Erklärung des Wortes *Rechtspopulismus* ist bekannt, dass unter Adverb *rechts* politische Gruppierungen dem rechten politischen Spektrum gehörend gemeint sind. Dieses Wort wird mit einem weiteren in Verbindung gebracht, nämlich mit dem Substantiv *Extremismus*. Die Bezeichnung *Extremismus* ist umstritten, weil darunter unterschiedliche politische Richtungen fallen, wie Rechtsradikalismus, Neofaschismus, Neonazismus oder Autoritarismus. Es herrscht eine unscharfe begriffliche Unterscheidung besonders zwischen Extremismus und Radikalismus. Im Politik-Lexikon von Holtmann (2000, S. 167) werden unter *Extremismus*

"politische Einstellungs- und Verhaltensmuster, die für die Operationalisierung politischer Orientierungen übliche Links-rechts-Skala an den äußeren Polen angesiedelt sind. Im allgemeinen politischen Sprachgebrauch in der Bundesrepublik werden mit Extremismus gegen den Kernbestand der Verfassung, die freiheitliche demokratische Grundordnung, gerichtete Einstellungen"

bezeichnet. Weiterhin führt Holtmann (2000, S. 572) spezifische Charakteristiken des rechten Extremismus bzw. *Rechtsextremismus* an. Darunter werden "solche Bestrebungen als rechtsextremistisch bezeichnet, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes richten und in nationalistischem, rassistischem und volksgemeinschaftlichem Denken wurzeln" verstanden. Die NPD, in Verbindung gebracht mit *Rechtsextremismus* und als *Rechtsextreme* in der Berichterstattung bezeichnet, wird als eine Partei des rechten politischen Spektrums angesehen, die sich gegen liberale und sozialistische Tendenzen richtet, in deren Mittelpunkt ein völkisch fundierter, ethnozentrischer Nationalismus als oberstes Grundprinzip steht, die universale Menschenrechte missachtet oder ablehnt und als Partei, in der Gewalt und Ideologie der Ungleichheit herrschen. Zweitens sieht man, dass NPD im Kontext der Bundestagswahl 2005 erwähnt wird, bei denen sie großen Erfolg hatten. Darauf wird im Beispiel (12) mit der Präpositionalphrase (PP) *im Vergleich zur Bundestagswahl von 2002* und der Temporalangabe *vor drei Jahren* hingewiesen. In Beispiel (11) werden die *NPD-Wähler* erwähnt,

wobei die Bezeichnung *die Rechtsextremisten* als Rückverweis für die Partei und deren Mitglieder ist. Die NPD wird im Korpus auch in Bezug auf die Wahlkampfaktionen und Bundestagswahl 2005 auch auf folgende Art und Weise indirekt genannt:

- (13) Es sind Größen aus der **Neonazi-Szene** wie Thorsten Heise, Norman Bordin oder Marcus Winter, aber auch Alexander Neidlein (TAZ, 07.09.2005, S. 5).
- (14) "Die fortschreitende Verjüngung der **Neonazi-Szene** erzwang das Angebot", sagt Koch. In den letzten Jahren bemühte sich die NPD gezielt um 13- und 14-Jährige (TAZ, 19.09.2005, S. 24).

In diesen Beispielen wird auf die NPD mit dem substantivischen Kompositum *Neonazi-Szene* verwiesen. In der Berichterstattung aus 2005 kommt diese Zusammensetzung 32-mal vor, was 0,073 % des Korpus ausmacht. Dass es sich um die NPD handelt, kann man aufgrund dieser Formulierung sehen, die als Vorverweis im Beispiel (13) vorkommt. Durch die im Beispiel (12) genannten Personen, wie *Heise*, *Bordin*, *Winter* und *Neidlein*, die Mitglieder der NPD und bekannte Neonazis sind, kann man auch feststellen, dass sich das Kompositum *Neonazi-Szene* auf die NPD bezieht. Diese Zusammensetzung besteht aus drei Teilen, nämlich dem Präfix *Neo-/neo-* und dem Substantiven *Nazi* und *Szene*. Nach Fleischer / Barz (vgl. 2007, S. 121 und 204) ist das Präfix *Neo-/neo-* ein Fremdpräfix mit der Bedeutung neu. Es wird verwendet für die Bildung von Substantiven und Adjektiven. Nach Michael Kinne (281ff.) kann es mehrere Bedeutungen haben: "ganz / vollkommen neu (entstanden / gebildet); neu in der spezifischen Qualität, ggf. erneut, wieder aufgegriffen, wiederbelebt und somit aktuell und neu(est) entstanden / erfolgt in jüngerer Zeit, zuletzt". Die Verbindung mit *Neo-* wird in diesen Beispielen mit dem Substantiv *Nazi* (laut Duden – Deutsches Universalwörterbuch (2015, S. 1254) eine abwertende Abkürzung für Nationalsozialist, "einen Vertreter oder Anhänger des Nationalsozialismus, dessen Aktivitäten, nach dem Untergang des Dritten Reiches stattfinden" oder auch "Person mit rechter Gesinnung") verbunden. In dieser Zusammensetzung taucht auch das Substantiv *Szene* auf. In Duden-Deutsches Universalwörterbuch (2015, S. 1733) sind mehrere Bedeutungen aufgelistet, und zwar:

- a) "kleinere Einheit eines Aktes, Hörspiels, Films, die an einem speziellen Ort spielt und durch das Auf- oder Abtreten einer oder mehrerer Personen begrenzt ist;
- b) Schauplatz einer Szene; Ort der Handlung;
- c) auffallender Vorgang, Vorfall, der sich zwischen Personen [vor andern] abspielt;
- d) [theatralische] Auseinandersetzung; heftige Vorwürfe, die jemandem gemacht werden;
- e) charakteristischer Bereich für bestimmte Aktivitäten;
- f) eine soziale Gruppe im Sinne einer bestimmten Art von Subkultur oder eines Milieus;
- g) -szene: in Verbindung mit Substantiven oder Adjektiven- bestimmter Bereich von etwas".

Auf diese Weise kann *Szene* auch als bestimmter Bereich, in denen sich geheime Aktivitäten im Hintergrund vorspielen, bezeichnet werden. In diesem Sinn wird NPD, wenn sie als *Neonazi-Szene* bezeichnet wird, als keine formale politische Gruppe verstanden wird, sondern eher als eine

organisierte soziale Gruppe, eine Gemeinschaft von neuen Nationalsozialisten, dessen Handeln durch die szenische Wiederaufnahme nationalsozialistischen Gedankenguts gekennzeichnet ist.

Abschließend zu diesem Kapitel kann Folgendes festgestellt werden. In Bezug auf die explizite Nennung werden die Parteien direkt mit ihren Namen genannt. Die Parteibezeichnung *Alternative für Deutschland* wird im Teilkorpus 2013 immer mit dem vollständigen Namen mit der dahinterstehenden in Klammern gesetzten Abkürzung *AfD* erwähnt. Das ist aber im Teilkorpus 2017 nicht der Fall, denn es wird nur die der Partei entsprechende Abkürzung verwendet. Die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* wird im Teilkorpus 2005 immer durch ihre Abkürzung *NPD* erwähnt. Daraus kann man schließen, dass in der Berichterstattung zu neuen Sachverhalten, in diesem Fall zu einer neuen Partei (AfD - 2013), in den ersten Monaten mit vollständigem Namen operiert wird, bis sie sich schließlich in der Öffentlichkeit durchgesetzt und als Partei des rechten Spektrums etabliert hat, wonach keine vollständige Nennung notwendig ist (AfD-2017; NPD - 2005). Bei der impliziten oder auch indirekten Nennung wird auf die AfD 2013 Rück- oder Vorweise mit der NP *die neue Partei* gemacht. Durch Nennung von Personennamen wie *Lucke* (einer der Gründer der AfD) oder *Merkel* (ihr politisches Handeln als Grund der Entstehung der neuen Partei), Substantiven wie *D-Mark-Nostalgie*, *Geburt und Taufpatin*, Temporalangaben sowie aus dem Betrachten des Kontextes kann man schließen, dass es sich um die AfD handelt. 2017 wird die AfD mit der Kollektivbezeichnung *die Rechtspopulisten* bezeichnet. Dass es sich um diese Partei handelt, sieht man durch Rück- und Vorverweise auf die Partei in Form von Komposita, aus den Relativsätzen, in denen Temporalangaben zu ihrer Gründung stehen sowie aus dem Kontext bezogen auf die Bundestagswahl 2017. Über die NPD wird in der Berichterstattung 2005 als von der *Rechtsextremen* oder der *Neonazi-Szene* gesprochen. Aus dem Kontext der Bundestagswahlen, Rück- und Vorverweisen auf die Partei mit dem entsprechenden Kompositum sowie Personennennung wie *Neidlein*, *Heise*, *Winter* usw., die große Persönlichkeiten in der NPD sind, kann man schließen, dass es sich um die NPD handelt.

Wie diese zwei Parteien weiterhin in der Berichterstattung versprachlicht werden und welche sprachlichen Formulierungen verwendet werden, um sie zu beschreiben oder benennen, wird im folgenden Kapitel detaillierter dargestellt und analysiert.

6.3.2 Sprachliche Formulierungen für AfD und NPD

Grundlegend für dieses Kapitel ist es zu erfahren, welche sprachlichen Formulierungen für die weitere Darstellung und Beschreibung der AfD und der NPD im Korpus verwendet wurden und was man daraus über diese zwei Parteien erfahren kann.

6.3.2.1 AfD

Aufgrund der Analyse der im Korpus vorkommenden Texte konnten folgende sprachliche Formulierungen für die Bezeichnung AfD festgestellt werden:

- (15) Knapp vor 5 Prozent für die AfD. Die **Eurogegner** scheitern bei ihrem ersten Anlauf wohl knapp an der Fünfprozenthürde (TAZ, 23.09.2013, S. 7).
- (16) Einer Analyse der Forschungsgruppe Wahlen zufolge setzten 67 Prozent der AfD-Wähler aus Frust über die etablierten Parteien ihr Kreuz bei **den Eurogegnern** (TAZ, 23.09.2013, S. 7).

Die Partei Alternative für Deutschland wird in diesen Beispielen mit dem substantivischen Kompositum *Eurogegner* bezeichnet. Es ist 0,011 % im Korpus vertreten. *Euro* als Währungsbezeichnung ist ein Substantiv, das mit anderen substantivischen Lexemen Komposita bilden kann. Zusätzlich wird es als Wortbildungselement verstanden. Nach Born (1995, S. 350) trägt die "Einschätzung von euro- als Präfixoid [...] dem internationalistischen Charakter dieses Wortbildungselementes eher Rechnung als die Deutung als ein abgekürztes Substantivkompositionselement". Im Gegensatz dazu wird in der Duden - Grammatik (1995, S. 411) etwas Anderes verstanden: "Um Zusammensetzungen handelt es sich z. B. bei Bioladen, Biorhythmus, Euromarkt, bei denen die attributiven Adjektive (biologisch, europäisch) gekürzt in die Wortbildung eingehen, ohne dass die Kurzformen als selbstständige Einheiten existieren". Daraus sieht man, dass es nicht immer eindeutig ist, ob es sich bei dem ersten Bestandteil um das Präfixoid *euro-* mit der Bedeutung "europäisch, Europa betreffend, aus Europa stammend" (Born 1995) oder um das Substantiv *Euro* handelt. Im Korpus treten Beispiele auf, bei denen *Euro* als Substantiv gilt. In dem oben genannten Beispiel, in dem die AfD als *Eurogegner* bezeichnet wird, ist *Euro* die Währungsbezeichnung und als Substantiv, das mit dem anderen Substantiv *Gegner* ein Nomen-Nomen-Kompositum bildet, zu verstehen. Das Substantiv *Gegner* hat nach Duden - Deutsches Universalwörterbuch (2015, S. 688) mehrere Bedeutungen, wie "jemand, der gegen eine Person oder Sache eingestellt ist [und sie bekämpft]; (Sport) Einzelspieler, -läufer o. Ä. als Konkurrent; Mannschaft der Gegenpartei, Feind". In diesem Sinne wird AfD als Feind des Euro, als Partei, die gegen den Euro eingestellt ist und ihn bekämpft, bezeichnet.

In folgenden Beispielen werden für Bezeichnung der AfD Komposita mit Bindestrich verwendet.

- (17) Was als reine Podiumsdiskussion gedacht war, wurde unvermittelt zu einer Art Auftaktveranstaltung für eine **Anti-Euro-Partei** mit dem Namen „Alternative für Deutschland“ (SZ, 18.03.2013, S. 6)
- (18) Die "Alternative für Deutschland" sieht sich als Hüterin bürgerlicher Vernunft in der Euro-Krise. 15.000 Mitglieder hat die "**Anti-Euro-Partei**" bereits, vor allem westdeutsche Männer über 50 (TAZ, 20.07.2013, S. 8).

Anti-Euro-Partei ist ein substantivisches Kompositum mit Bindestrich, das aus drei Bestandteilen besteht, und zwar aus dem Präfix *anti-*, *Euro* als Währungsbezeichnung und *Partei* und es kommt mit 0,026 % im Korpus vor. Betrachtet wird die Zusammensetzung von *Anti-* und *Euro-*. Laut Fleischer / Barz (2007, S.206) ist *anti-* ein Präfix mit der Bedeutung "gegen" oder "wider". Somit wird die AfD durch dieses Kompositum als eine Partei gegen Euro bzw. die Eurowährung bezeichnet.

Weiterhin wird die AfD als *Partei der Euro-Skeptiker* bezeichnet, also wieder mit einem substantivischen Kompositum mit Bindestrich, wobei das Substantiv *Euro* wieder als erster Bestandteil des Kompositums vorkommt.

- (19) **Die Partei der Euro-Skeptiker** war im Februar von einem kleinen Kreis gegründet worden, im April wählte ein Gründungsparteitag den Hamburger Ökonomen Bernd Lucke zu ihrem Sprecher (SZ, 27.04.2013, S. 7).
- (20) Fast jeder zweite Wähler der Alternative für Deutschland hat sich erst im letzten Augenblick dazu entschieden, **den Euro-Skeptikern** die Stimme zu geben (SZ, 24.09.2013, S. 5).

In diesem Beispiel ist das Substantiv *Skeptiker* in Zusammenhang mit *Euro* interessant. Unter *Skeptiker* wird ein "zu einem durch Skepsis bestimmten Denken, Verhalten neigender Mensch verstanden" (Duden - Deutsches Universalwörterbuch 2015, S. 1625). Es handelt sich dabei um eine Personenbezeichnung in Pl. mit einer nichtheimischen substantivischen Basis, also eine Ableitung mit dem Suffix *-er* (vgl. Fleischer/Barz 2007, S.154). Da es sich bei der AfD um eine Partei handelt, kann man sie in Bezug darauf als eine Gruppe von gleich gesinnten Menschen, die gegenüber dem Euro skeptisch eingestellt sind bzw. die Zweifel gegenüber Euro haben, verstehen. Diese Zusammensetzung kommt im Korpus mit 0,009 % vor.

Festzustellen ist das AfD mit den Bezeichnungen in Form von Komposita *Eurogegner*, *Anti-Euro-Partei* und *Euro-Skeptiker* als eine gegenüber dem Euro feindlich gesinnte Partei bezeichnet wird. Das wird durch die Verwendung von Substantiven wie *Gegner* und *Skeptiker* sowie dem Präfix *anti-* und ihrer Bedeutung, die sie einzeln und dann auch im Kontext aufweisen, unterstrichen. Auffallend ist die semantische Nähe, die durch die Bedeutung des

Substantivs *Gegner* und des Präfixes *anti-* entsteht, womit fast Gleiches gemeint ist. Das Substantiv *Skeptiker* ist, im Gegensatz zu den beiden anderen Bezeichnungen, milder ausgedrückt. Wenn jemand *skeptisch* gegenüber etwas ist, dann stellt er etwas infrage, aber wenn jemand als *Gegner* bezeichnet wird, ist er gegenüber etwas feindlich gesinnt und bekämpft es. In anderer Form wird die AfD in den nächsten Beispielen beschrieben. Das erfolgt mit Hilfe von attributiv verwendeten Adjektiven *euroskeptisch* und *eurokritisch*:

- (21) Die FDP und **die euroskeptische Alternative für Deutschland (AfD)** kämpfen mit der Fünfprozenthürde (TAZ, 23.09.2013, S. 2).
- (22) Die FDP scheidet zum ersten Mal seit 1949 an der Fünfprozenthürde, **die euroskeptische Alternative für Deutschland (AfD)** kämpft um den Einzug in den Bundestag (TAZ, 23.09.2013, S. 2).

Auch in diesem Beispiel haben wir es mit AfD als einer Partei, die skeptisch gegenüber dem Euro ist, zu tun. Doch anders als im bereits genannten Beispiel wird die AfD durch das attributiv verwendete Adjektiv *euroskeptisch* bezeichnet, was auch darauf hinweist, dass AfD Zweifel an Euro hat. Das Adjektiv *euroskeptisch* ist eine Zusammensetzung aus einem substantivischen Erstglied und einem Adjektiv.

Das ist auch der Fall in nächsten Beispielen, in denen die AfD als *eurokritisch* bezeichnet wird.

- (23) In wenigen Wochen haben sich 7500 Bürger **der eurokritischen Alternative für Deutschland (AfD)** angeschlossen (SZ, 13.04.2013, S. 6).
- (24) **Die von Bernd Lucke als eurokritisch gegründete Organisation** artikuliert ja auch immer all das, was die Parteien der Merkel-Republik nicht oder nicht mehr artikulieren (TAZ 08.09.2017, S. 11).

Die AfD wird mit dem attributiv verwendeten Adjektiv *eurokritisch* beschrieben (23), das wiederum aus zwei Bestandteilen besteht. *Euro* steht auch hier für die Währung. Als *kritisch* wird etwas "ablehnend oder negativ beurteilend" (Duden - Deutsches Universalwörterbuch 2015, S. 1071). Diese Kombination aus erstem substantivischen Bestandteil d. h. *Euro* mit Adjektiv *kritisch* verweist auf Verleihung von bestimmten Eigenschaften, d. h. es handelt sich um eine Partei, die eine ablehnende Einstellung gegenüber dem Euro hat und ihn negativ beurteilt. Im Beispielsatz (24) wird die AfD als *Organisation* verstanden, auf die durch das Partizipialattribut *die von Bernd Lucke als eurokritisch gegründete* referiert wird. Diese Konstruktion enthält bekannte Information, nämlich dass *Lucke* die Partei gegründet hat und dass sie *kritisch* gegenüber dem Euro ist. Durch diese Adjektive wird die Partei negativ bewertet, weil sie ein Feind und Gegner des Euro ist, was ein Problem in der Gesellschaft darstellt. Diese Bezeichnungen sind im Korpus mit 0,009 % vertreten.

In folgenden Beispielen wird die AfD mit den substantivischen Komposita *Protestpartei* und *Professorenpartei* bezeichnet:

- (25) Als letztes Bundesland bekommt Bremen einen Verband der **Protestpartei Alternative für Deutschland** (TAZ, 11.05.2013, S. 48).
- (26) Selbst falls die **Protestpartei** AfD nicht in den Bundestag einzieht, könnte ihr Aufkommen weitreichende Folgen haben (TAZ, 10.07.2013, S. 13).
- (27) Man hat über die AfD als **Professorenpartei** gespöttelt (SZ, 24.09.2013, S. 5).
- (28) Die Runde um den Ökonomen Bernd Lucke wollte eine Alternative zur Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung anbieten. Sie galt bald als **Professorenpartei** und war stolz darauf (SZ, 25.09.2017, S. 2).

In den oberen Beispielen wird die AfD mit den Komposita *Protest-* und *Professorenpartei* bezeichnet, die im Korpus mit 0,007 % und 0,005 % vorkommen. Es handelt sich um Nomen-Nomen-Komposita. Unter der Bezeichnung *Protestpartei* werden alle Parteien verstanden, die "Protest artikulieren und bündeln, der sich aus diffuser Unzufriedenheit mit Entwicklungen, Zuständen und etablierten Normen in Staat und Gesellschaft speist" (Holtmann 2000, S. 562). Die AfD als *Protestpartei* bezeichnet, ist als eine Partei zu verstehen, die aus Unzufriedenheit dem Euro und der Europolitik gegenüber Protest artikuliert. Die Bezeichnung *Professorenpartei* ist aus dem Kontext der analysierten Zeitungsartikel bekannt, weil die AfD-Mitglieder im Anfang eine Mehrzahl von Professoren waren und sie aus diesen Gründen als *Professorenpartei* bezeichnet wird.

Weil sie erst 2013 gegründet wird, wird die Partei in diesem Kontext in den Beispielen 29-31 versprachlicht.

- (29) Ihre erste Pressekonferenz hatte sich die „Alternative für Deutschland“ sicher anders vorgestellt: Bernd Lucke, Dagmar Metzger und Frauke Petry aus dem Vorstand **der neu gegründeten Partei** AfD in Berlin wollten gerade erklären, warum sie das Euro-Währungsgebiet auflösen und Austritte aus der Euro-Zone ermöglichen wollen, da kamen sie schon ins Straucheln (SZ, 19.03.2013, S. 5).
- (30) Anderthalb Monate vor dem 22. September dümpelt die SPD in den Umfragen bei 25 Prozent.⁴ Für den Wahlausgang werden zwei Fragen entscheidend sein: ob die FDP den Sprung über die Fünfprozenthürde schafft; und wie **die im Februar gegründete Alternative für Deutschland (AfD) abschneidet** (TAZ, 09.08.2013, S. 1).
- (31) Zur Erinnerung: **AfD, das ist jene Partei, die sich erst im Februar gegründet hat und jetzt bei der Bundestagswahl antritt** (TAZ, 05.09.2013, S. 4).

Im Beispiel (29) wird die AfD direkt durch die NP *neue gegründete Partei* bezeichnet. Diese Konstruktion besteht aus dem Adjektiv *neu*, dem Partizip II von *gründen* und dem Substantiv *Partei*. Die Häufigkeit ihres Vorkommens liegt bei 0,006 %. Diese NP steht vor der Parteibezeichnung AfD und ist als Partizipialattribut zu verstehen, Das ist auch der Fall im Beispiel (30), in dem das Partizipialattribut aus der Temporalangabe *im Februar* und dem Partizip II von

gründen besteht. Doch im Beispiel (31) wird AfD zuerst durch den Hauptsatz *das ist jene Partei*, der einen Relativsatz *die sich erst im Februar gegründet hat und die jetzt bei der Bundestagswahl antritt* einleitet, beschrieben. Mit dem Pronomen *jene* ist gemeint, dass die Partei schon vorher erwähnt wurde. Sogar im Relativsatz werden Informationen zur Gründung in Form von Temporalangaben und aktuelle Ereignisse bezogen auf die Partei gegeben, nämlich ihr Antritt bei der Bundestagswahl.

Die AfD wird in (32) und (33) mit der Bezeichnung *Einthemenpartei* beschrieben. Es handelt sich dabei um ein Kompositum, mit dem Parteien bezeichnet werden, die sich auf eng gefasste Zielgruppen und vernachlässigte Themenfelder von anderen Parteien konzentrieren. Sie entwickeln kein umfassendes Parteiprogramm, das größere Wahlgruppen ansprechen könnte und sie sind ideologisch motivierte Parteien, deren Mitglieder ihre politische Vorstellung nicht mit den großen Parteien oder Protestparteien mit zeitlich begrenztem Erfolg, aushandeln können²³. Als solche Partei wird AfD durch die Bezeichnung *Einthemenpartei* charakterisiert, weil sie am Anfang ihres politischen Wirkens nur ein kurzgefasstes Parteiprogramm aufstellte und das Thema um den Euro im Mittelpunkt stellte. Dieses Kompositum kommt 0,005 % im Korpus vor.

- (32) Kurz nach ihrem Gründungsparteitag hat die Alternative für Deutschland 10.000 Mitglieder. Schafft es doch eine **Einthemenpartei** in den Bundestag (TAZ, 13.05.2013, S. 14)?
- (33) Das ist auch nicht verwunderlich. Schließlich ist die AfD **eine Einthemenpartei** (TAZ, 25.04.2013, S. 12).

Die Alternative für Deutschland wird in folgenden Beispielen mit den Adjektiven *rechtspopulistisch* und *rechtsradikal* beschrieben und bewertet. Durch ihre Verwendung wird auf eine bestimmte ideologische Richtung verwiesen.

- (34) Bis zuletzt hatten die Umfragen offengelassen, ob es **die rechtspopulistische** Alternative für Deutschland (AfD) in den Bundestag schafft (TAZ, 23.09.2013, S. 7).
- (35) **Die rechtspopulistische** AfD war bei der Bundestagswahl mit 12,6 Prozent drittstärkste Kraft geworden und hatte 94 Sitze im Parlament bekommen (SZ, 23.10. 2017, S. 5).
- (36) Zum ersten Mal seit mehr als einem halben Jahrhundert zieht wieder **eine rechtsradikale Partei** in den Bundestag ein – die AfD wird auf Anhieb drittstärkste Kraft (SZ, 25.09.2017, S.2).
- (37) Nach mehr als einem halben Jahrhundert wird erstmals wieder **eine rechtsradikale Partei** in den Bundestag einziehen (SZ, 25.09.2017, S. 1).

Mit den attributiv gebrauchten Adjektiven, *rechtspopulistisch* und *rechtsradikal*, wird die AfD dem rechten politischen Spektrum zugeteilt. Mit 0,016 % und 0,010 % sind sie im Korpus vertreten. Diese Adjektive sind eigentlich Zusammensetzungen aus Adverb *rechts* als Erstglied

²³ vgl. https://www.das-parlament.de/2013/15_16/Themenausgabe/44083874/323024 (Stand: 23.07.2018)

(vgl. Fleischer / Barz 2012, S. 329) und Adjektiven *populistisch* und *radikal*. Mit *radikal* wird etwas, in diesem Fall die AfD, im Sinne der politischen Richtung bzw. Ideologie der äußersten Rechten bezeichnet. Laut Duden - Deutsches Universalwörterbuch (2015, S. 1433) sowie nach Holtmann (2000, S. 167) wird oft als Synonym für *rechtsradikal* auch *rechtsextrem* in der gleichen Bedeutung verwendet. Unter *rechtspopulistisch*, wie schon vorher anhand des Beispiels *Rechtspopulisten* erklärt, ist die gezielte Mobilisierung von Ängsten, Vorurteilen oder Emotionen, die in einfache Problemlösungen umgesetzt werden und deshalb populär sind. Mit diesen adjektivischen Komposita ist die AfD als eine Partei mit der Ideologie der äußersten Rechten beschrieben, die einfache Problemlösungen durch Manipulation der gesellschaftlichen Emotionen, Ängsten oder Vorurteilen anbietet. Zu beobachten ist, dass das Adjektiv *rechtspopulistisch* häufig in Kombination mit dem bestimmten Artikel zur Charakterisierung der Partei sowohl 2013 als auch 2017 verwendet wird, während das mit dem Adjektiv *rechtsradikal* nicht der Fall ist. Dieses Adjektiv in Kombination mit dem unbestimmten Artikel verweist auf einen semantischen Widerspruch zwischen der Bekanntheit der Parteibezeichnung und der Anweisung zu deren Verständnis (vgl. Weinrich 2003, S. 425). Deshalb wird auch der Kontext betrachtet, nämlich ihr Einzug in den Bundestag 2017. Dadurch wird klar, dass eigentlich an die Öffentlichkeit appelliert wird, dass *eine rechtsradikale Partei* in den Bundestag einzieht und dass es Probleme mit negativen Auswirkungen auf die Gesellschaft in der Zukunft geben wird.

In folgenden Beispielen wird die AfD als *Nazi-Partei* charakterisiert.

- (38) Und viele, die, wie Außenminister Sigmar Gabriel während des Wahlkampfs, vor "**Nazi-Partei in Bundestag**" warnten, ließen dabei durchaus offen, ob sie die Partei in Gänze oder individuelle Kandidaten meinten (SZ, 30.09.2017, S. 45).
- (39) Die AfD ist eine **Nazi-Partei**. Nichts anderes (SZ, 30.09.2017, S. 45).

Wie schon vorher erwähnt ist das Erstglied *Nazi* des Nomen-Nomen-Kompositums ein Kurzwort für *Nationalsozialist*. Durch die Bezeichnung *Nazi-Partei* wird die AfD indirekt mit dem *Nationalsozialismus* in Beziehung gebracht, dessen Anhänger *Nazis* sind. Darunter wird eine "rechtsextremistische Weltanschauung mit erklärtem Gegensatz zur sozialistischen Arbeiterbewegung und der Verfassungsidee des demokratischen Rechtsstaates sowie totalitäre Herrschaftsordnung des Dritten Reiches" (Holtmann 2000, S. 408) verstanden. Dadurch wird AfD als Partei, die aus Nationalsozialisten mit extremen Weltanschauungen besteht, charakterisiert. Diese Konstruktion ist im Korpus mit 0,008 % vertreten.

Schließlich sind noch bestimmte einzelne Belege zu nennen, die auch interessant für die Bezeichnung dieser Partei sind, wie z.B.:

(40) Die AfD ist **eine Wiedergängerin der NSDAP** (TAZ, 28.10.2017, S. 10).

Mit der NP *eine Wiedergängerin der NSDAP* wird die AfD wieder im Rahmen des Nationalsozialismus erwähnt, jedoch in Bezug auf die Partei unter Führung Adolf Hitlers, die radikale Leitideen und extremistische Weltanschauung propagierte. Mit dem Substantiv *Wiedergängerin* wird ein "erneut vorkommender oder erneut zum Vorschein kommender Geist" (Duden - Deutsches Universalwörterbuch 2015, S. 2023) der NSDAP gemeint, der in Form der AfD Gestalt annimmt.

(41) Professor für Makroökonomie an der Universität Hamburg. Und er sagte auch, dass die **AfD eine Partei neuen Typs** sei: Sie ist weder links noch rechts (TAZ, 14.08.2013, S. 21).

Eine Partei neuen Typs, wie die AfD charakterisiert wird, ist im Politik-Lexikon auf folgende Weise verzeichnet. Darunter werden

"neu entstandene Parteien bezeichnet, die sich ihrem Selbstverständnis nach von den im nationalen Parteiensystem etablierten Parteien dadurch unterscheiden, dass sie gegenüber den vorherrschenden Massen- und Apparateparteien an einer basisdemokratischen und inneren Ordnung und Funktion als nichthierarchisches politisches Sprachrohr neuer sozialer Bewegungen festzuhalten suchen" (Holtmann 2000, S. 466).

Nach dieser Auffassung gilt die AfD mit als eine Partei, die kennzeichnend für neue soziale Bewegungen ist, deren politisches Sprachrohr sie ist.

In dem nächsten Beispielsatz wird die AfD als eine Gruppe aus Westen kommender Nostalgiker mittleren Alters bezeichnet. Diese Beurteilung erfolgt durch das Verb *gelten* in Kombination mit der Konjunktion *als*, womit die AfD in eine bestimmte Weise eingeschätzt wird, nämlich als eine Partei die aus nicht mehr jungen aber auch nicht ganz alten Menschen aus Westdeutschland besteht. Das Substantiv *Westler* wird umgangssprachlich und oft abwertend für Bewohner Westdeutschland verwendet (vgl. Duden - Deutsches Universalwörterbuch 2015, S. 2015). Zusätzlich werden sie durch die Einleitung des Relativsatzes *die der alten Bundesrepublik nachtrauern* als Nostalgiker bezeichnet, die das alte System der Bundesrepublik vermissen oder deren Verlust sie sehr bedauern. Bei dieser NP handelt es sich um ein Subjektsprädikativ.

(42) **Die AfD gilt als Partei älterer Westler**, die der alten Bundesrepublik nachtrauern (TAZ, 20.07.2013, S. 8).

Eine weitere Beurteilung erfolgt durch das Verb *stehen* in Kombination mit der Präposition *für*, wodurch AfD zur Stellvertreterin eines konservativen Familienbildes, Zweifels am Klimawandel und einer restriktiven Einwanderungspolitik wird. Bei den genannten Gruppen

von Nominalphrasen handelt es sich um Präpositionalobjekte.

- (43) Daneben **steht die AfD für ein konservatives Familienbild, für Zweifel am Klimawandel und eine restriktivere Einwanderungspolitik** (TAZ, 08.09. 2017, S. 11).

In folgenden Beispielen wird die Partei mit einfachen Substantiven als *Produkt* und *Ort* bezeichnet:

- (44) Die AfD ist auch **ein Produkt aller anderen Parteien** (TAZ, 08.09.2017, S. 11).
- (45) Die AfD ist **ein Ort aggressiver Nostalgie und roher Bürgerlichkeit** geworden (SZ, 11.09.2017, S. 4).

Mit der NP ein *Produkt aller anderen Partei* wird gemeint, dass AfD ein Ergebnis des Zusammenkommens der Mitglieder anderer Parteien ist. Im Gegensatz dazu wird sie auch als *Ort aggressiver Nostalgie und roher Bürgerlichkeit* beschrieben. So gesehen, gilt AfD als ein bestimmter Platz, an dem Menschen versammelt sind, die gezielt-kräftig auf die Sehnsucht zum alten Staat gerichtet sind und sich gefühllos und grob gegenüber anderen verhalten.

- (46) Die anderen politischen Akteure im Bundestag tun dabei gut daran, **das Phänomen Alternative für Deutschland** nicht auf die leichte Schulter zu nehmen und als etwas Vorübergehendes zu behandeln (TAZ, 21.10.2017, S. 11).

In diesem Beispiel wird die AfD mit dem Substantiv *Phänomen* bezeichnet, das unmittelbar vor der Parteibezeichnung steht. Es handelt sich dabei um eine enge Apposition. Unter einer engen Apposition versteht Dürscheid (vgl. 2012, S. 43) ein Substantiv oder eine Substantivgruppe, die vor oder nach dem Bezugswort stehen und mit ihm syntaktisch und referenziell übereinstimmen. Mit *Phänomen* wird etwas "Außergewöhnliches oder Besonderes" (Duden - Deutsches Universalwörterbuch 2015, S. 1345) verstanden. Somit wird der AfD die Eigenschaft, etwas Außergewöhnliches zu sein, gegeben.

- (47) Das haben alle außer natürlich die AfD, **eine Sekte um 80 staatskohlefinanzierte Wirtschaftsprofessoren**, selbst verdient (TAZ 23.09.2013, S. 4).

Im Beispiel (47) wird AfD mit der lockeren Apposition *eine Sekte um 80 staatskohlenfinanzierte Wirtschaftsprofessoren* umschrieben. Dabei handelt es sich um eine lockere Apposition, die durch Kommas vom Bezugswort getrennt ist (vgl. Dürscheid, S. 43). Dadurch wird der AfD der Status einer *Sekte* zugeschrieben bzw. einer "Glaubensgemeinschaft" (Duden - Deutsches Universalwörterbuch 2015, S. 1598), die in radikaler einseitiger Weise bestimmte Ideologien oder religionsähnliche Grundsätze vertritt, die nicht den ethischen Grundwerten der Gesellschaft entsprechen. Die *Sekte* wird von *80 Wirtschaftsprofessoren* geführt, die vom Staatsgeld

finanziert wird. Sie wird nicht nur als *Sekte* bezeichnet, sondern als *Sekte*, die vom Staat finanziert wird. Mit der Beschreibung AfD als *Sekte* wird sie auch als eine Splitterpartei abgestempelt, da es sich bei der *Sekte* auch um eine abgespaltete Gemeinschaft, die andere als in der Gesellschaft vertretene Positionen betont und vertritt, handelt.

6.3.2.2 NPD

Wie schon bei den sprachlichen Formulierungen für die AfD wird auch die NPD als rechtextrem oder rechtradikal abgestempelt. Dazu werden explizit die Adjektive *rechtsextrem* und *rechtsradikal* benutzt, die, wie bei der Analyse zur AfD gesagt, synonymisch sind und die gemeinsam mit dem Substantiv *Partei* eine NP bilden.

Folgende Beispiele werden betrachtet:

- (48) Die **rechtsextreme Partei (NPD)** landete auf Platz drei hinter SPD und Linkspartei. Auch bundesweit wäre die NPD zwar in das "U18"-Parlament eingezogen, allerdings "nur" mit 6,66 Prozent der Zweitstimmen (TAZ, 15.09.2005, S. 7).
- (49) Wie viele kreuzten die **rechtsextreme Partei (NPD)** an, weil man die Lehrer damit ordentlich schocken kann? Wie viele haben im zarten Alter von 14 Jahren in ihren Köpfen, was Fachleute ein "geschlossenes rechtsextremes Weltbild" nennen (TAZ, 15.09.2005, S. 7)?
- (50) So versuchte **die rechtsradikale NPD** Anfang September, Schüler mit rechter Musik zu ködern (TAZ, 19.10.2005, S. 3).
- (51) Deren Ziel ist es, eine "demokratische Alternative" anzubieten und so die Protestwähler von der Wahl **der rechtsradikalen NPD** abzuhalten, wie der Sprecher der Linkspartei im Saarland, Thomas Lutze, in Saarbrücken erklärte (TAZ, 23.08.2005, S. 7).

Mit den Adjektiven *rechtsextrem* und *rechtsradikal* wird NPD als eine Partei, die zum rechten politischen Spektrum – dem äußersten rechten Rand - gehört, die radikal negierende Leitideen propagiert und eine extremistische Weltanschauung andeutet, abgestempelt. Das erste Beispiel, *die rechtextreme Partei (NPD)*, ist mit 0,041 %, während das zweite, *die rechtsradikale NPD*, mit 0,023 % im Korpus vertreten ist. Durch diese Adjektive bekommt die NPD Eigenschaften zugeschrieben, die in Verbindung zu Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus stehen.

Nennenswert und interessant sind auch einige Einzelbelege zu dieser Partei, wie folgende:

- (52) NPD gilt schon immer als **Sammelbecken von Rechtsextremisten, das auch bekennenden Neonazis Unterschlupf bietet** (SZ, 13.10.2005, S. 52).

In (52) wird wieder die Konstruktion *gelten als* gefolgt von dem Subjektsprädikativ *Sammelbecken von Rechtsextremisten* in Bezug auf die NPD verwendet. In übertragener Bedeutung ist gemeint, dass die NPD eine Sammelstelle oder Sammelplatz der Menschen mit

rechtsextremer Weltanschauung ist. Danach wird ein Relativsatz eingeleitet, mit dem das *Sammelbecken* bzw. die NPD näher beschrieben wird. Es ist nicht nur ein Ort, an dem sich sammelt, sondern auch ein Ort, an dem jemand (Neonazis) Schutz findet oder an dem sich jemand vorübergehend verbirgt (vgl. Duden - Deutsches Universalwörterbuch 2016, S. 1500).

- (53) Der NPD-Spitzenfunktionär Peter Marx baute die Partei im Saarland und in Sachsen auf. Vor den Landtagswahlen soll der Rechtsradikale auch in Rheinland-Pfalz für eine braune Renaissance sorgen - durch Etablieren **einer "gut bürgerlichen" NPD** (TAZ, 23.08.2005, S. 7).

Unter Anführungszeichen stehen die attributiv gebrauchten Adjektive *gut bürgerlich*. Dadurch, dass es auf diese Weise markiert ist, ist anzudeuten, dass das Gegenteil, also ironisch, gemeint ist und sie als keine *gut bürgerliche* Partei verstanden werden kann. Wenn man dazu noch den Kontext heranzieht und man weiß, dass sie als eine rechtsradikale und -extreme politische Partei abgestempelt wurde, kann man das auf diese Weise verstehen.

In folgendem Beispiel wird zu Bezeichnung der NPD die lockere Apposition *den neuen Nazis*, wobei *neue Nazis* unter Anführungszeichen stehen. Diese Art von Apposition stimmt syntaktisch und referenzieller mit dem Bezugswort überein und ist durch Kommas getrennt (vgl. Dürscheid 2012, S. 43). Durch die Angabe der Konstruktion in Anführungszeichen wird gesagt, dass die NPD eigentlich als Neonazis nicht ernst genommen werden und verachtet werden.

- (54) Aber halt! Anfechtung der Wahl! "Das gilt nicht!", ruft Jonas. "Da muss die NPD mit draufstehen." Ich beuge mich dem Souverän. Dritter Wahlgang. **Mit NPD, den "neuen Nazis"**, wie Jonas sagt (TAZ, 06.09.2005, S. 14).

In diesem Kapitel wurden nun die sprachlichen Formulierungen für die Parteibezeichnungen AfD und NPD analysiert. Folgendes konnte festgestellt werden. Die häufigsten Formulierungen, mit denen die zwei Parteien bezeichnet werden, sind substantivische oder adjektivische Komposita, die durch Einleitung von Relativsätzen oder durch engere und lockere Appositionen sowie auch durch einfache Substantive und attributiv gebrauchte Adjektive näher beschrieben werden. Festzustellen ist, dass diese sprachlichen Formulierungen, die verwendet wurden, um sie zu beschreiben, auf ihr politisches Handeln, Programm und Zugehörigkeit zum politischen Spektrum, ihre Mitglieder sowie Ideologie und Weltanschauung bezogen sind.

Nachdem in diesem Kapitel sprachliche Formulierungen für AfD und NPD analysiert wurden, ist es notwendig, das Auftreten von häufig vorkommenden Wörtern mit den Parteibezeichnungen AfD und NPD zu untersuchen, um der Frage nachzugehen, welches Verhältnis sie zueinander haben und ob sie dabei positiv oder negativ bewertet werden.

6.3.3 Kollokationsanalyse

In diesem Kapitel geht es um die Analyse der häufig vorkommenden Wörter mit den Parteibezeichnungen AfD und NPD und wie dadurch diese zwei Parteien in den Zeitungen von den politischen Korrespondenten, Autoren der Zeitungsartikel, bewertet werden. Die Untersuchung der sprachlichen Umgebung, in der diese zwei Begriffe vorkommen, ermöglicht, es etwas über die Bedeutung der jeweiligen Ausdrücke zu erfahren. Deshalb ist es notwendig, eine Kollokationsanalyse durchzuführen. Diese wird mithilfe des Programms AntConc bzw. des *Collocate Tools*²⁴ durchgeführt. Zunächst werden die Kollokatoren der Parteibezeichnung AfD, danach der NPD betrachtet. Indem erfasst wird, in welchen unmittelbaren Kontext diese auftauchen und welche anderen Lexeme mit ihnen in Verbindung gebracht werden, kann man Kenntnisse über positive oder negative Bedeutungsanteile erhalten. Das Kriterium für die Auswahl der zu analysierenden Kollokatoren ist neben der Signifikanz und Häufigkeit auch der Kontext, in dem sie vorkommen und aus dem erschlossen werden kann, auf welche Weise die Kollokatoren bei der Beschreibung und Beurteilung der Parteien verwendet werden und ob sie dabei positiv oder negativ bewertet sind.

6.3.3.1 Kollokationen zu AfD

Lexeme oder Ausdrücke kommen nicht isoliert vor, sondern sie sind in sogenannten "Ausdrücknetzen" (Niehr 2014b, S. 89) vorhanden. Kollokationsanalysen ermitteln solche Zusammenhänge systematisch und erlauben ihre Visualisierung. Deshalb werden die Kollokationen zu AfD in Folgenden untersucht. Dazu wird eine Liste von Kollokatoren erstellt, die signifikant häufig zusammen mit der Bezeichnung *Alternative für Deutschland* bzw. *AfD* auftreten. Eine Kollokationsanalyse zu dieser Parteibezeichnung hat im Programm AntConc gezeigt, dass folgende signifikante Substantive häufig zusammen mit dem oberen Begriff vorkommen: *Partei* (61-mal), *Euro* (33), *Lucke* (29), *Gründung* (23), *Skeptiker* (10), *Rechtspopulisten* (7), *Eurogegner* (7), *Professoren* (6), *Rechtspopulismus* (5). Die häufig vorkommenden Adjektive sind folgende: *rechte/n* (11), *neue/n* (10), *rechtspopulistische/en* (9), *euroskeptische/n* (9), *eurokritische/n* (8), *rechtsextreme/n* (7). Diese Kollokatoren sind also signifikant für die weitere Analyse der bewertenden Ausdrücke. Weil sie im AntConc nicht nacheinander aufgelistet sind, kann man nicht alle einzeln bildhaft darstellen.

²⁴ Das Collocate Tool zeigt die Kollokationen eines Suchbegriffs im eingespeisten Korpus an. Auf diese Weise ist es möglich, Wortmuster zu erkennen, die nicht durch die bloße Untersuchung von Wortabfolgen zu erkennen sind. Bei diesem Tool ist die Möglichkeit gegeben, nicht nur die direkten Nachbarwörter links und rechts vom Suchbegriff abzurufen, sondern auch eine beliebige, selbst zu wählende Größe an Wortmengen, die rechts und links des *Search Terms* von AntConc herausgefiltert werden sollen.

Deswegen wird auf die Darstellung aller Beispiele in mehreren Abbildungen verzichtet. Stattdessen wird anhand eines Beispiels gezeigt, wie diese Analyse in AntConc aussieht. Das angegebene und bildlich dargestellte Beispiel ist exemplarisch für das Verfahren und wird auch bei der Analyse der Kollokatoren zur Parteibezeichnung NPD genutzt. Diese Analyse wurde, wie schon gesagt mittels des *Collocate Tools* durchgeführt. Zuerst wird das Korpus im entsprechenden vom Programm unterstützten Text Format hochgeladen. Damit das Programm die Kollokationen auflistet, muss zuerst eine Liste aller im Korpus vorkommenden Wörter erstellt werden (Abb. 1). Das geschieht mithilfe der Option *Word List*. Die Wörter werden dann nach dem Vorkommen rangiert (z.B. *Rank 1, Freq 3870, Word die*). Daraus kann man sehen, wie das Vorkommen der einzelnen Wörter im Korpus ist (hier: TAZ und SZ 2013 und 2017 – AfD) angegeben. Im AntConc sieht es so aus:

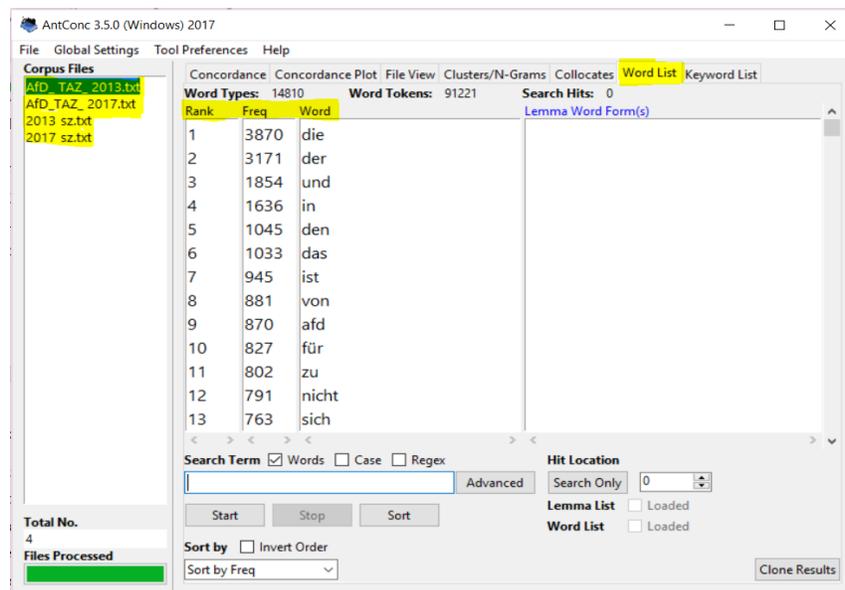


Abb. 1: Erstellung der Wortliste (Word List) im AntConc

Nachdem die Wortliste im AntConc erstellt wurde, kann man mit der Auflistung der Kollokationen (Abb.2) weitermachen. Dazu wird die Option *Collocate* benutzt. In das Feld *Search Term* gibt man den Suchbegriff ein, in diesem Fall Alternative für Deutschland. Durch die Einstellung der Anzahl der im Umfeld des *Search Terms* vorkommender Wörter wird die Suche näher spezifiziert. In diesem Fall werden die Wörter, die sich jeweils fünf Stellen links oder rechts vom angegebenen Suchbegriff befinden (*Window Span: from 5L to 5R*), gesucht. Weiter wird auch das minimale Vorkommen des Wortes spezifiziert, damit nicht nur einmal vorkommende Wörter im Umfeld des Suchbegriffes auftauchen, sondern ihr Vorkommen wird auf minimal drei beschränkt (also *Min. Collocate Freq. 3*). Somit wird die Kollokatorenliste mit dem *Search Term* Alternative für Deutschland erstellt, die alle in der angegebenen Spanne seines

Umfelds häufig vorkommenden Wörter auflistet (in diesem Beispiel kommt *eurokritische* fünfmal, *eurokritischen* dreimal links vom *Search Term* vor):

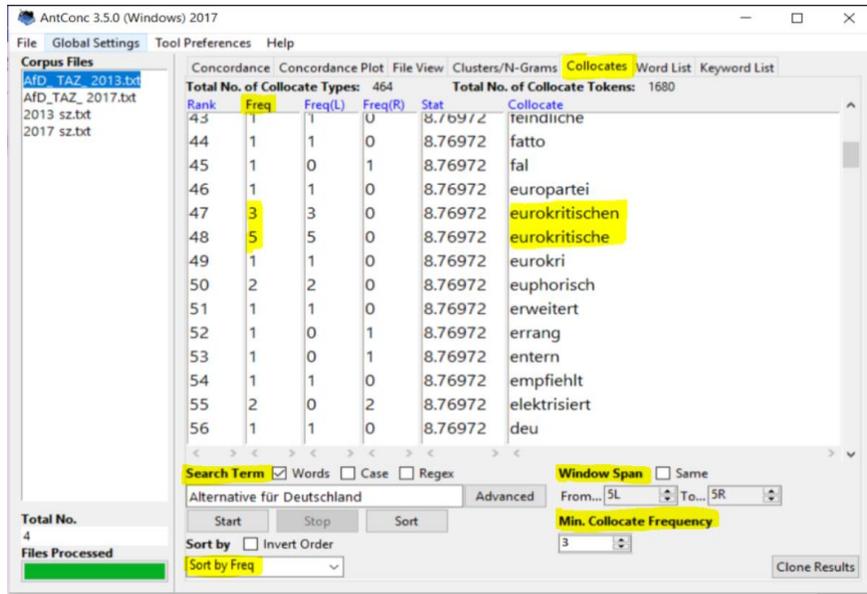


Abb. 2: Kollokationsliste: Kollokator eurokritische/n

Wenn das Programm die Kollokationsliste erstellt hat, kann man also sehen, welche Kollokatoren im Umfeld des *Search Terms* vorkommen. Durch das Anklicken des ausgewählten Kollokatoren kann man die Beispielsätze mit dem Kollokator und dem Suchbegriff, die im Korpus vorhanden sind, sehen (Abb.3). So hat man einen schnelleren Zugang zu den Korpusbeispielen. Neben den Beispielsätzen wird auch gezeigt aus welcher Datei sie stammen, womit weiterhin die Suche nach der Zeitung erleichtert wird. Auf diese Weise kann man auch auf Beispiele mit anderen Kollokatoren mit anderen gewählten Suchbegriffen zugreifen.

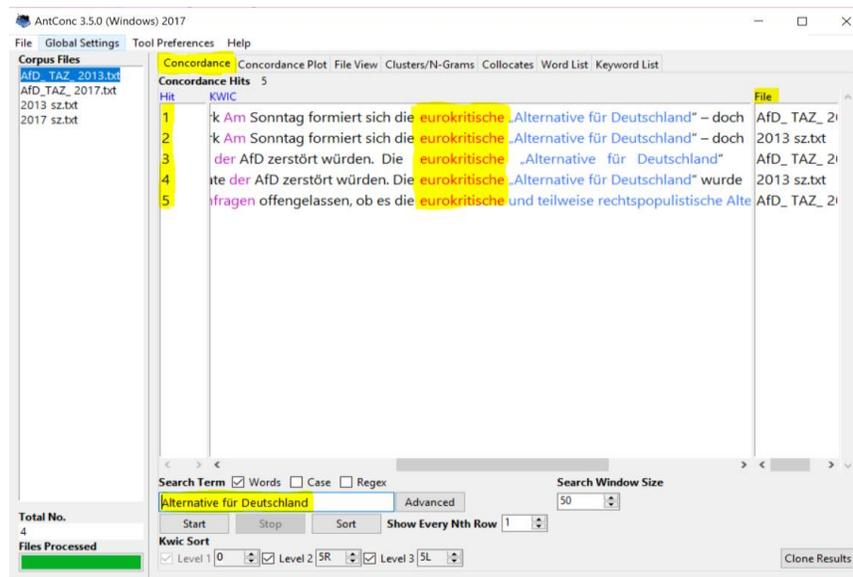


Abb. 3: Beispielsätze mit dem Kollokator eurokritische/n

Wie man schon aus der Analyse der expliziten und impliziten Nennungen sowie der sprachlichen Formulierungen gesehen hat, ist auch hier ein ähnliches Muster anhand der substantivischen Kollokatoren zu verfolgen. Die AfD wird anhand der substantivischen Kollokatoren als eine neue *rechte Partei* gesehen, die von (Bernd) *Lucke* gegründet wurde. Sie ist gekennzeichnet durch Zweifel gegenüber dem *Euro*, weswegen die Mitglieder, meistens *Professoren*, auch *Eurogegner* und *Euro-Skeptiker* bezeichnet werden. Die *Partei* hat also *euroskeptische* oder *eurokritische* Anschauungen. Weil sie der Ideologie des Populismus folgt und sich im rechten politischen Spektrum aufhält, werden ihre Anhänger auch als *Rechtspopulisten*, die Partei *rechtspopulistisch* und in ihrem Aussagen und politischen Handeln auch *rechtsextrem* bezeichnet. Es folgen einige Beispiele, um zu sehen, wie die Partei durch die verwendeten Adjektive bewertet wird, weil die Substantive einigermaßen in vorherigen Kapiteln analysiert wurden.

Unmittelbar vor der Parteibezeichnung AfD stehen die Adjektive: *rechte*, *neue*, *rechtspopulistische*, *euroskeptische*, *rechtsextreme* und *eurokritische*. Nach der Parteibezeichnung AfD kommt der Kollokator das Adjektiv *rechte/n*, das Teil der Nominalphrase *eine rechte Partei* oder Teil der Präpositionalphrase *am rechten Rand*, ist.

(55) Die AfD ist **eine rechte Partei** (SZ, 24.09.2013, S. 5)

(56) [...] wie die Leute feiern, mit denen erstmals seit mehr als fünf Jahrzehnten AfD, **eine rechte Partei**, in den Bundestag einzieht (SZ, 25.09.2017, S. 2)

Aus den Beispielen (55) und (56) kann gesehen werden, dass die Nominalphrase *eine rechte Partei* entweder als Subjektsprädikativ oder als lockere Apposition benutzt wird und taucht immer nach der Parteibezeichnung *AfD* auf. Nach Weinrich (vgl. 2003, S. 361 f.) dient diese Art von Apposition zur Identifikation und genaueren Kenntnis des Namensträgers. Die Partei wird damit als *eine rechte Partei* abgestempelt d.h. sie gehört zur politischen Rechten. Interessant ist, dass mit dieser Konstruktion, in dem der Kollokator *rechte/n* vorkommt, die Partei 2013 und 2017 beschrieben wird. Im Beispiel (56) aus 2013 wird sie der Öffentlichkeit als eine neue Partei, die zum rechten Flügel gehört, präsentiert. Das Beispiel (57) aus 2017 steht dem aus 2013 kontradiktorisch gegenüber, weil durch die Verwendung dieser Konstruktion in Kombination mit dem unbestimmten Artikel eine Vorstellung entsteht, dass sich die Partei entweder nach so langer Zeit eigentlich noch nicht als *eine rechte* in der Öffentlichkeit etabliert hat und deswegen durch diese Bezeichnung nicht ernst genommen wird oder, was eigentlich der Fall ist, es wird als eine Warnung an die Öffentlichkeit appelliert, dass *eine rechte Partei in den Bundestag einzieht* und es Probleme mit negativen Auswirkungen auf die Gesellschaft geben wird.

In den folgenden Beispielen (57) und (58) aus 2013 ist klar, dass sie rechtsorientiert ist. Der Kollokator *rechten* ist Teil der lokalen Präpositionalphrase *am rechten Rand*. Vor dieser PP steht häufig das Verb *fischen*, das auch substantiviert wird. Wenn also behauptet wird, dass die *AfD am rechten Rand fischt*, meint man, dass sie sich dort "herumtreibt" oder etwas dort sucht. Dadurch wird sie als *Randpartei* dargestellt. Das soll heißen, dass sie am rechten politischen Rand angesiedelt ist und marginale Bedeutung im politischen Entscheidungs- und Willensbildungsprozess hat (vgl. Holtmann 2000, S. 567). Zusätzlich taucht sie im Zusammenhang mit der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) auf, die als eine rechtsextreme Partei gilt und zum äußersten rechten Rand gehört. Da die NPD als *Original* bezeichnet wird, wird der AfD implizit die Eigenschaft einer Kopie gegeben. Auf diese Art und Weise wird ihr Wert entnommen und verringert. Somit wird sie im negativen Licht dargestellt:

- (57) Die NPD in Thüringen hatte **das Fischen** der AfD **am rechten Rand** derart irritiert, dass sie ihre Wähler bat, "das Original" zu wählen und nicht die AfD (SZ, 23.09.2013, S. 2).
- (58) Auch in Hamburg **fischt** die AfD **am rechten Rand** (TAZ, 13.08.2013, S. 21).

Bei den folgenden Beispielen handelt es sich um attributiv gebrauchte Adjektive, die die AfD als *neue, kritische, skeptische, extreme* und *populistische* Partei beschreiben und diese Kollokatoren kommen unmittelbar vor oder nach der Parteibezeichnung AfD vor.

- (59) **Die neue Partei** heißt Alternative für Deutschland (SZ, 18.03.2013, S. 6).
- (60) Alternative für Deutschland, **die neue Partei**, ist rechtspopulistisch (TAZ, 25.04.2013, S. 12).

Das Adjektiv *neu* ist Teil der Nominalphrase *die neue Partei*, die als lockere Apposition (60) oder als Subjekt (59) vorkommt und damit die Parteibezeichnung *Alternative für Deutschland* ersetzt. In diesem Kontext wird sie als etwas erst seit Kurzem Vorhandenes dargestellt und mit einem Namen versehen. Dadurch wird auf die Zeit ihrer Gründung verwiesen, womit implizit gesagt wird, dass die Partei weder lange besteht noch eine lange Geschichte hat, doch sie wird schon am Anfang zum rechten Flügel gezählt (60– *ist rechtspopulistisch*). Eine abwertende Einstellung gegenüber einer neuen Partei wird hier impliziert, da es sich um einen Populismus handelt, der extreme Positionen vertritt, die in der Gesellschaft inakzeptabel sind. Deswegen wird sie im folgenden Beispiel mit dem Kollokator als attributiv gebrauchten Adjektiv *rechtspopulistisch*, das häufig vor der Parteibezeichnung AfD auftaucht, bezeichnet. Ihr wird wieder die Eigenschaft, *rechtspopulistisch* zu sein, gegeben. Dadurch, dass Umfragen durchgeführt werden, ob sie in den Bundestag einzieht, wird spekuliert, was das für die Gesellschaft und Politik in Deutschland heißen soll, denn eine rechte Partei hatte nie so großes

Interesse erweckt. Der Erfolg einer rechten Partei wie der AfD wird als Problem charakterisiert und man hat Bedenken, wie man mit ihr umgehen soll. Das ist der Fall 2013, aber auch 2017:

- (61) Bis zuletzt hatten die Umfragen offengelassen, ob es **die rechtspopulistische** Alternative für Deutschland (AfD) in den Bundestag schafft (TAZ, 23.09.2013, S. 7).
- (62) **Die rechtspopulistische** Alternative für Deutschland erzielt 12,6 Prozent der Zweitstimmen (SZ, 30.09.2017, S. 8).

Mit ihrem großen Erfolg bei der Bundestagswahl 2017 wird die Darstellung der AfD weiter zugespitzt. Sie wird mit dem attributiv gebrauchten Adjektiv *rechtsextrem* beschrieben, der Teil der NP *eine rechtsextreme Partei* ist und die als lockere Apposition verwendet wird. Betont wird nicht nur ihre Eigenschaft als *rechtsextreme Partei*, sondern auch dass sie jetzt *drittstärkste Kraft im Bundestag* wird. Ihr Einzug in den Bundestag ist nicht positiv zu sehen, da die Partei in besonderer Weise Einfluss ausübende, ideologisch dem Rechtsextremismus ausgerichtete Gruppe von Menschen verstanden wird. Diese Apposition ist interessant, weil die Konstruktion *rechtsextreme Partei* in der Kombination mit dem unbestimmten Artikel *eine* vorkommt, was nichts Besonderes wäre, wenn es nicht in den Artikeln aus TAZ 2017 vorkäme. Laut Weinrich (vgl. 2003, S. 361 f.) dient diese Art von Apposition zur Identifikation und genaueren Kenntnis des Namensträgers bzw. in diesem Fall der Parteibezeichnung. Durch den Gebrauch des unbestimmten Artikels wird jedoch in solchen Beispielen suggeriert, dass sich diese Bezeichnung der Partei noch nicht etabliert hat und mit der Partei in Verbindung gebracht werden kann. Dabei besteht ein semantischer Widerspruch zwischen der Bekanntheit der Parteibezeichnung und der Anweisung zu deren Verständnis (vgl. Weinrich 2003, S. 425):

- (63) Mit 12,6 Prozent der Stimmen ist die Alternative für Deutschland (AfD), **eine rechtsextreme Partei**, drittstärkste Kraft im Bundestag (TAZ, 10.10.2017, S. 40).
- (64) Die AfD, **eine rechtsextreme Partei**, ist nicht Felsers erste Partei (TAZ, 23.10.2017, S. 4-5).

Bei den folgenden Beispielen handelt es sich wieder um attributiv gebrauchte Adjektive, die Teil einer Nominalphrase, die unmittelbar vor der Parteibezeichnung *Alternative für Deutschland* vorkommen. Laut Dürscheid (vgl. 2012, S. 43) sind das lockere Appositionen, weil sie syntaktisch und referenziell mit dem Bezugswort übereinstimmen und stehen entweder vor oder nach dem Bezugswort. In Kombination mit *Euro* als Währungsbezeichnung, das vorher im Kapitel zu sprachlichen Formulierungen erwähnt wurde, kommen die Adjektive *skeptisch* und *kritisch* vor. Negative Einstellung und Misstrauen zum Euro werden der Partei als Eigenschaften gegeben. Die Meinungen sind gespalten. Einige grenzen sich von der Partei gerade deswegen ab, weil sie mit ihren negativen Einstellungen über den Euro nichts zu tun haben (65), andere

sehen es genauso wie die Partei (66). Also kann man sagen, dass die Partei einen Zwiespalt in die Gesellschaft mit sich bringt, was man eigentlich nicht positiv bezeichnen kann:

- (65) In der CDU wird der Ruf nach einer deutlicheren Abgrenzung von **der euroskeptischen Partei** Alternative für Deutschland lauter (SZ, 13.05.2013, S. 6).
- (66) **Die euroskeptische Partei** Alternative für Deutschland (AfD) ist laut Meinungsumfragen auch für manche Linksparteiwähler eventuell wählbar (TAZ, 16.04.2013, S. 7).
- (67) Jeder kann sehen, dass der Sprecher **der eurokritischen Partei** Alternative für Deutschland (AfD) das weiß (SZ, 13.09.2013, S. 5).
- (68) **Die eurokritische Partei** Alternative für Deutschland (AfD) kann bei der Bundestagswahl in diesem Herbst antreten (SZ, 05.07.2013, S. 6).

Aus der Analyse der Kollokationen zu AfD ist zu sehen, dass die Partei in negativen Kontext auftaucht, dass sie als Bedrohung und Problem eingestuft wird und dass man nicht weiß, wie man mit einer solchen Partei umgehen soll. Sie erzeugt Zwiespalt in der Öffentlichkeit. Die häufig vorkommenden Wörter mit der Parteibezeichnung AfD sind einfache Substantive und zusammengesetzte attributiv gebrauchte Adjektive.

In dem folgenden Kapitel wird die Analyse der Kollokationen zur Parteibezeichnung NPD durchgeführt, um zu sehen, wie diese Partei dargestellt und bewertet wird.

6.3.3.2 Kollokationen zu NPD

Das gleiche Analyseverfahren und Umgang mit AntConc, das im vorherigen Kapitel dargestellt wurde, wurde auch für die Analyse der Kollokationen zur Parteibezeichnung *NPD* angewandt. Eine Kollokationsanalyse zur Parteibezeichnung *NPD* im Programm AntConc mit dem *Collocate Tool* hat gezeigt, dass folgende signifikante Substantive häufig zusammen mit der Parteibezeichnung *NPD* vorkommen: *Neonazi/s* (67-mal), *Partei* (43), *Szene* (38), *Kameradschaft/en* (19), *Rechtsextremismus* (13), *Nationaldemokraten* (9), *Rechtsextremisten* (8). Die häufig vorkommenden Adjektive, die signifikant im Zusammenhang mit *NPD* vorkommen, sind: *rechtsextreme* (34), *rechte/n* (21), *rechtsradikale* (16). Diese häufig vorkommenden Kollokationen signalisieren einerseits den vorherigen Kontext, in dem die *NPD* erwähnt und beschrieben wurde und andererseits welche Eigenschaften bekommt sie im Kontext in Kombination mit diesen Wörtern. Es handelt sich dabei nicht um die Frequenz des einzelnen Wortes, sondern ihres Auftauchens mit der vorgegebenen Parteibezeichnung, nämlich *NPD*. Durch die erhobenen Kollokatoren lässt sich Folgendes feststellen. Bei der *NPD* handelt es sich um eine Partei von *Neonazis*, die oft als *Szene*, *Kameradschaft* oder umschrieben wird und deswegen keinen formellen Charakter einer Partei bekommt. Weil sie der Ideologie des

Nationalsozialismus und Rechtsextremismus folgt, werden ihre Mitglieder *Nationaldemokraten* und *Rechtsextremisten* beschrieben. Sie gehört dem rechten politischen Spektrum und ist deswegen und in Bezug auf ihre Ideologiegebundenheit als *rechtsextreme* und *rechtsradikale Partei* zu verstehen. Es folgen Beispiele bezogen auf die vorher aufgelisteten adjektivischen Kollokatoren, um festzustellen, welche Eigenschaften dieser Partei gegeben werden und wie sie damit in den Zeitungen von den politischen Korrespondenten bewertet wird.

(69) **Am äußersten rechten Rand** bewegt sich die rechtsextreme Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) (SZ, 12.09.2005, S. 52).

(70) Doch **am äußersten rechten Rand** kann die NPD damit punkten (TAZ, 08.08.2005, S. 7).

Das attributiv gebrauchte Adjektiv *rechten* ist Teil der lokalen Präpositionalphrase *am äußersten rechten Rand*, die vor der Parteibezeichnung *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* bzw. *NPD* steht. Wie auch bei den Beispielen zur AfD ist auch hier zu beobachten, dass die NPD auch zum rechten politischen Spektrum gehört und dabei noch als extrem in den Beispielen (71) und (72) bezeichnet wird. Wenn jemand als extrem bezeichnet wird, dann wird damit gemeint, dass er bis an die äußerste Grenze geht und übertreibt (vgl. Duden - Deutsches Universalwörterbuch 2015, S. 567). Dadurch, dass sie sich *am äußersten rechten Rand* bewegt wird ihr das Konzept einer Randpartei zusammengebracht. Damit ist gemeint, dass sie am rechten politischen Rand angesiedelt ist und marginale Bedeutung im politischen Entscheidungs- und Willensbildungsprozess hat (vgl. Holtmann 2000, S. 567). Das wird auch bekräftigt durch das folgende attributiv verwendete Adjektiv, das unmittelbar vor der Parteibezeichnung *NPD* steht und sie näher beschreibt:

(71) Nur **die rechtsextreme NPD**, die hatte in der Bienertstraße nie eine Chance (TAZ, 19.09.2005, S. 7).

(72) Als im vergangenen Jahr **die rechtsextreme NPD** den Einzug in den Sächsischen Landtag schaffte und der Hamburger Neonazi Christian Worch die Faschisten Deutschlands zum nationalen Marsch gen Leipziger Völkerschlachtendenkmal aufrief, gab es in der Sachsenmetropole eine Handvoll Aufgebrachter, die etwas unternehmen wollten gegen die haarlosen Horden (TAZ, 01.10.2005, S. 1-2).

Wegen ihres übertriebenen und über die Grenzen gehenden politischen Handelns hat die NPD wenige oder fast keine Wähler (71), ihr wird 2002 keine Gelegenheit angeboten, sich zu beweisen. Damit wird suggeriert, dass sie die Wähler sie unwürdig zu wählen erklären. Und als sie in den sächsischen Landtag einzog, kam es zu Demonstration, was schließlich zu bedeuten hat, dass die NPD, als eine *rechtsextreme* Partei bezeichnet, gar nicht vom Volk akzeptiert wird und deshalb immer im negativen Licht gesehen wird. Ein weiteres Beispiel dafür ist ihre Bewertung als *rechtsradikale* Partei.

Mit dem vor der Parteibezeichnung *NPD* stehenden attributiv gebrauchten Adjektiv wird klar,

dass die Partei, als eine radikale bezeichnet, eine extreme politische, ideologische, weltanschauliche Richtung vertritt und gegen die bestehende Ordnung ankämpft (vgl. Holtmann 200, S. 572, 576):

- (73) Nur altgediente Landtagsbeamte können sich jedoch daran erinnern, dass ein Präsident, nämlich Rudolf Hanauer (CSU), diesen Knopf auch einmal bedienen musste: Ende der 60er Jahre, als **die rechtsradikale Nationaldemokratische Partei Deutschlands** im Landtag für Unruhe sorgte (SZ, 13.10.2005, S. 39).
- (74) Der Landesverband Berlin-Brandenburg distanziert sich von **der rechtsradikalen NPD** (TAZ, 30.08.2005, S. 7).

In Verbindung gebracht mit der *rechtsradikalen NPD* werden auch das Substantiv *Unruhe* und das Verb *distanzieren* gebraucht. Auf diese Weise wird impliziert, dass die *NPD* als eine Störung oder ein nicht gutes Gefühl, das Unsicherheit und Zweifel in sich trägt, bezeichnet wird. Das sorgt für ein Angstgefühl und Besorgnis in der Öffentlichkeit, weswegen die anderen politischen Handelnden davon Abstand nehmen und nichts damit zu tun wollen. Sie gilt als nicht wünschenswert und deswegen stößt sie immer wieder auf Abstand und Zurückweisung nicht nur bei den anderen Parteien, sondern auch in der Gesellschaft.

Die Analyse der Kollokatoren zur Parteibezeichnung *NPD* hat gezeigt, auf welche Weise und wie die Nationaldemokratische Partei Deutschlands in der Öffentlichkeit bewertet und dargestellt wird. Die Ergebnisse zeigen, dass auch die *NPD* genau wie die *AfD* im negativen Licht dargestellt wird. Sie wird als unwürdig zu wählen, inakzeptabel wegen ihrer übertreibenden ideologischen Einrichtung und unerwünscht in der Gesellschaft gehalten. Für ihre Bewertung werden einfache und zusammengesetzte Substantive und Adjektive verwendet.

Die Durchführung der Kollokationsanalyse für beide Parteibezeichnungen hat gezeigt, welche Ausdrücke in der Berichterstattung zur *AfD* und *NPD* vorhanden sind und wie sie damit beschrieben werden. Weil bestimmte Ausdrücke miteinander in unterschiedlichen Bedeutungszusammenhängen verwendet werden und sie dabei aus verschiedenen Bereichen Bedeutungskomponenten ausleihen, um Konzepte zu erschaffen, ist es notwendig, dass man auch diese Konzepte im Kontext der zwei Parteien untersucht. Das nächste Kapitel wird daher aus der Analyse dieser Konzepte bestehen, die man Metaphern nennt und die wichtig für die Erschaffung und das Verstehen eines bestimmten öffentlichen Bildes dieser Parteien sind.

6.4 Metapherngebrauch in der Berichterstattung zur AfD und NPD

Metaphern sind nicht nur Ornamente der Rhetorik, sie strukturieren das menschliche Reden, Denken und Handeln. Laut Lakoff und Johnson sind "menschliches Denken und Handeln grundsätzlich in Form von Gestalten strukturiert [...], die als Ganzes wahrgenommen werden, und zwar als Figur von einem Grund, von dem sich die Figur abhebt" (Spieß 2011, S. 376). Metaphern heben bestimmte Aspekte vor und gleichzeitig verbergen sie andere. Damit üben sie eine Filterfunktion aus (vgl. Niehr 2014b, S. 95). Genau in dieser gefilterten Darstellung von bestimmten Aspekten in Bezug auf bestimmte Sachverhalte spielen Metaphern eine große Rolle. Sie werden verwendet, um komplexe Sachverhalte der gesellschaftlichen Wirklichkeit vereinfacht darzustellen. In Massenmedien wird deswegen oft auf konventionelle Metaphern zurückgegriffen, weil sie auf Konzeptualisierungen, die bereits kulturell fest etabliert sind, verweisen. Somit treten keine Probleme bei ihrer Verständlichkeit auf (vgl. Skirl / Schwarz-Friesel 2007, S. 72 ff.). Doch nicht nur konventionelle, sondern auch unkonventionelle Metaphern werden in Massenmedien benutzt, wodurch ein Wechselspiel zwischen ihnen entsteht:

Metapher sind sprachliche Instrumente des Denkens, mit denen Altes neu gesehen und Neues alten Mustern zugeordnet wird. So vollzieht sich Metaphorisierung immerzu als Kampf um verfestigte Vorgabe (Ideologie) und umwälzende Infragestellung (Neusicht). Metaphern öffnen und schließen Perspektiven, sie erlauben neuartige Deutungen und kanalisieren vereinfachende Weltbilder. [...] So bewegen sich auch Metaphern in Massenmedien im dauernden Wechselspiel von Innovation und Befestigung (Schmitz 2004, S.116 f.).

Metaphern werden aber nicht nur verwendet, um Einsicht in komplexe Sachverhalte zu liefern, sondern auch die Aufmerksamkeit der Mediennutzer zu erregen. In der politischen Berichterstattung dienen die Metaphern dazu, Aussagen über politische Handlungen und relevante Vorgänge so zu treffen, so dass sie wesentliche Aspekte erfassen und auf anschauliche Weise verständlich machen. Die Metapher finden sich entweder in Überschriften der Artikel wegen ihrer Prägnanz und ziehen so Aufmerksamkeit auf sich, weil sie die Kernaussage des Artikels knapp zusammenfassen und in den Unterzeilen durch spezifische Informationen erläutert werden oder es finden sich metaphorischen Charakterisierungen in den Artikeln selbst. Das zweite kommt in dieser Analyse häufiger vor und liegt deswegen im Zentrum der Analyse. Die Verwendung der Metaphern in politischen Berichterstattungen ist nicht immer originell, weil bereits ein Reservoir von konventionellen, lexikalisierten Metaphern zu Verfügung steht. Wie auch bei der Analyse der Kollokatoren muss auch an dieser Stelle eine Auswahl getroffen werden, welche Metaphern untersucht werden. Folgende Kriterien gelten für die Analyse: genannter Gegenstand (als metaphorisierter Gegenstand) und Vorkommenshäufigkeit. Die Interpretation erfolgt auch über den situativen Kontext, der Aufschluss über die Zuordnung der einzelnen Metaphernrealisierungen zu den Konzepten und Bereichen gibt.

In der Berichterstattung zur AfD und NPD konnten folgende Bereiche, in dem die Metaphorisierung erfolgt, festgestellt werden. Diese sind Krieg und Jagd, wobei Jagd auch im Bereich des Krigen verwendet wird. Durch die Metaphernanalyse kann man erfahren, welche Rollen die zwei rechten Parteien in der Politik, die als Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzung gilt, haben. Der Kontext und die vorkommende Lexik sind entscheidend dafür, ob eine Metapher militärisch interpretiert wird.

6.4.1 Krieg-Metapher

Die militärische Lexik hat sich als produktiver Metaphernlieferant in der politischen Presseberichterstattung erwiesen, weil zwischen dem bildspendenden Feld des Kriegs und dem bildempfangenden Feld der Politik zahlreiche Analogieschlüsse möglich sind. Beide sind maßgeblich bestimmt, sich durch Kontroversen von Gruppen, Institutionen und ihren Willen durchzusetzen. Auf diese Weise entsteht ein gemeinsames analogisches Vokabular der beiden Bereiche (vgl. Harms 2008, S.68 f.). Nach Dornseiff (vgl. 2004, S. 217) wird der Wortschatz in 22 unterschiedliche Sachgruppen unterteilt. So gehört zu der Hauptgruppe Gesellschaft der Begriff Krieg, der um sich ein weiteres Feld von Wörtern hat. Unter anderem kommen auch Lexeme wie Kampf, kämpfen, bekämpfen, Front, Feldzug, Angriff, angreifen, rekrutieren, Truppe, Taktik. Wahrig (2000, S. 780) definiert den Begriff Krieg als "bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Staaten, Stämmen oder Völkern" sowie als "ständiger Kampf" oder "dauernde Feindschaft". Im Duden - Deutsches Universalwörterbuch (2015, S. 1067) ist eine ähnliche Definition gegeben. In Folgendem wird das Vorkommen von militärischer Lexik, mit deren Hilfe die Krieg-Metapher konzeptualisiert wird, in der Berichterstattung zur AfD und NPD näher betrachtet und erörtert.

6.4.1.1 Krieg-Metapher in der Berichterstattung zur AfD

In den ersten zwei Beispielen (75) und (76) wird das substantivische Kompositum *Wahlkampf* benutzt, um zu präzisieren, in welchen Bereich und aus welchem Grund der Kampf stattfindet:

- (75) Vor allem der Westen hat AfD gewählt: 6,0 Prozent in Reinickendorf, 5,8 Prozent in Spandau, 5,3 Prozent in Steglitz-Zehlendorf. Aber auch in Marzahn-Hellersdorf holte die Neupartei 6,4 Prozent. Dort hatte sie auch massiv plakatiert, während sie etwa Kreuzberg fast ganz aussparte. **Ihr Wahlkampf** kannte fast nur eine Forderung: raus aus dem Euro (TAZ 24. 09.2013, S. 23).
- (76) "Alternative für Deutschland" beklagt, dass Antifa und Grüne Jugend in Göttingen **ihren Wahlkampf** behindert hätten (TAZ, 14.08.2013, S. 21).

Damit ist klar, dass sich die AfD in einen Kampf befindet, bei dem eine Wahl getroffen werden

muss. Es gibt aber mehrere Parteien, die an der *Front* kämpfen, wobei ihre Kampfzüge nicht vorraussehbar oder zu überblicken sind. Dies wird mit den substantivischen Komposita *Frontverlauf* und *Parteifronten* ausgesagt:

- (77) Der **Frontverlauf** ist unübersichtlich. Der offensive Verdruss von Flügelkämpfern wie Lohmann und der Erfolg der Alternative für Deutschland deuten an, dass auch Merkels wundersame Fähigkeit, alles unter einen Hut zu zaubern, irgendwann zu Ende geht (TAZ, 28.09.2013, S. 7).
- (78) Gauland hat originelle Texte verfasst, auch schräg zu **Parteifronten** (TAZ, 31.08.2013, S. 14-16).

Die AfD setzt alle ihre Kräfte unter Einsatz um die Fünfprozenthürde zu erreichen, was in übertragenem Sinne durch das metaphorisch verwendete Verb *kämpfen*, angedeutet wird:

- (79) Die FDP und die euroskeptische Alternative für Deutschland (AfD) **kämpfen mit** der Fünfprozenthürde (TAZ, 23.09.2013, S. 2):
- (80) Die Liberalen **kämpfen mit** der Fünfprozenthürde, die Euro-Skeptiker der AfD auch (TAZ, 23.09.2013, S. 2).

Obwohl die AfD selbst noch alle Hände voll zu tun hat, um für die Fünfprozenthürde zu *kämpfen*, wird sie selbst von anderen angegriffen und das wird durch das Verb *bekämpfen* realisiert. Die AfD wird als bedrohlicher Gegner, den man angreifen sollte, angesehen. Benutzt werden wieder Wörter aus dem militärischen Bereich, wobei auch die Art und Weise, wie man sie *bekämpfen* soll (*offensiver*) erwähnt wird:

- (81) Die CDU-Fraktionsvorsitzenden aus Thüringen, Hessen und Sachsen – Mike Mohring, Christean Wagner und Steffen Flath– hatten in einem gemeinsamen Papier die Bundes-CDU aufgefordert, die **AfD endlich offensiver zu bekämpfen** (SZ, 14.05.2013, S. 6).
- (82) Nicht die AfD, sondern die Ursachen für deren Entstehen soll man **bekämpfen**. (SZ, 14.05.2013, S. 6).

Schließlich wird der Kampf auch eröffnet, und zwar durch das direkte Attackieren des Parteiführers (Lucke, einer der Parteigründer, wird von Feinden angegriffen):

- (83) Nach einem **Angriff** auf den Bundesvorsitzenden der eurokritischen Partei Alternative für Deutschland, Bernd Lucke, werden die Täter im linken Spektrum vermutet (SZ, 26.08.2013, S. 5).
- (84) Sturm aufs Podium. Vermummte **greifen** den AfD- Parteivorsitzenden **an** (SZ, 26.08.2013, S. 5).

Doch die AfD lässt sich nicht unterkriegen und auch sie startet eine schon lange geplante Offensive gegen ihre Gegner, die metaphorisch für ihre Wahlkampagne steht. Da sie in der Kampagne ein unterschätztes und vergessenes Themenfeld im Fokus setzen, ist die Überraschung auf ihrer Seite. Verbildlicht wird es mit dem Kompositum *Feldzug*:

- (85) Auch die AfD ist fleißig auf **Feldzug**, Pardon, Wahlkampftour (TAZ, 30.08.2017, S. 20).
- (86) Der Kampf gegen den Genderwahn ist ein zentrales, oft unterschätztes Thema in Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Selbst ernannte Männerrechtler aus der AfD haben diesen **Feldzug** seit

Genannt wird also der *Wahlkampf* als kriegerische Auseinandersetzung, bei dem es mehrere Gegner gibt, die man nicht überschauen kann. AfD wird gesehen als diejenige Partei, die mit etwas *kämpft* und gegen die ein Kampf geführt wird, also *bekämpft* wird. Um die Lage noch zuzuspitzen, wird die Führung der AfD *angegriffen*, doch gerade danach schlägt sie mit überraschender Strategie, die seit Jahren geplant war, zurück. Das Entstehen dieses Bildes wurde durch die Verwendung der militärischen Lexik (substantivische Komposita, Verben, Adjektive) ermöglicht.

Es bleibt noch zu sehen, wie dieses Kriegsbild in der Berichterstattung zur NPD konstruiert wird.

6.4.1.2 Krieg-Metapher in der Berichterstattung zur NPD

Kriegsvokabular wird vor allem in Wahlkämpfen und Debatten verwendet, weil dort Interessenkonflikte akzentuiert und ausgetragen werden. Zuerst wird mit dem Kompositum *Wahlkampf* Grund und Thema des Kampfes spezifiziert sowie Aktionen, die dabei vorgenommen werden:

- (87) Ungestört startet die **NPD ihre Wahlkampfaktion** "Schulhof-CD" vor einem Oberstufenzentrum im brandenburgischen Fürstenwalde (TAZ, 03.09.2005, S. 8).
- (88) Von der CD-Aktion der **NPD** abgesehen haben die Rechtsextremen ihr Bemühen um Nachwuchs **im Wahlkampf** nicht wesentlich verstärkt (TAZ, 08.09.2005, S. 21).

Die Gegner der NPD sehen es als Notwendigkeit, sie zu bekämpfen, weil sie eine Bedrohung darstellt. Damit die Gegnerschaft der NPD nicht das Wissen über ihr bisheriges Handeln als Vorteil ausnutzen kann, muss sie ihr bisheriges Handeln verändern und einen neuen Plan entwickeln. Deswegen wird das Substantiv *Taktik* in folgenden Beispielen verwendet:

- (89) Doch auch die NPD-Fraktion selbst hat ihre **Taktik** geändert (TAZ, 17.10.2005, S.6).
- (90) Vor allem aber hat die NPD spürbar ihre **Taktik** geändert (TAZ, 17.10.2005, S. 6).

Um sich in diesem Kampf zu verteidigen, starten sie einen Plan, ihre Streitkräfte auf die Suche nach Rekruten zu schicken. Diese Streitkräfte werden als *Truppen* bezeichnet und stehen metaphorisch für die Anhänger (Mitglieder) der Partei:

- (91) Kurz vor der Bundestagswahl will die NPD vor allem JungwählerInnen auf den rechten Weg bringen. Die Rechtsextremen planen am nächsten Montag, den 12. September, eine bundesweit koordinierte Propagandaaktion vor Schulen. "In Berlin werden **unsere Trupps** vor 10 bis 15 Oberschulen stehen", sagte

Landessprecherin Stella Palau gestern (TAZ, 22.10.2005, S. 1).

- (92) **Die Truppe von NPD** hatte gefordert, die weitere Verbreitung der Verfassungsschutzberichte 2002 bis 2004 zu untersagen, wenn nicht zuvor die Passagen über sie entfernt würden. (TAZ, 22.10.2005, S. 1).

Die NPD setzt ihren Plan durch und fängt an zu *rekrutieren*, womit sie auf eine Verjüngung ihrer Truppen zielt. Das geschieht im Internet und in den Schulen, die als Orte der Rekrutierung verstanden werden. Metaphorisch werden dabei das Verb *rekrutieren* und das Komposita *Nachwuchsrekrutierer* benutzt:

- (93) Die Rechten benutzen vor allem das Internet als Medium, dort **rekrutierten** sie ihren Nachwuchs. (TAZ, 31.08.2005, S. 2).
- (94) Vergangenen Donnerstag traten gleich zwei **NPD-Nachwuchsrekrutierer** vor die Waldorf-Klasse Sie bemühten sich **gezielt um 13- und 14-Jährige** (TAZ, 08.09.2005, S. 21).

Das Gebiet, auf dem sich die Kämpfe austragen und wo sich die fördernde Linie der kämpfenden Truppe wurde auf der rechten Seite bzw. im rechten politischen Spektrum erstellt und trotzdem will die NPD an Seite des Volkes kämpfen. Metaphorisch ausgedrückt wird das durch die Nominalphrase *Volksfront von rechts*:

- (95) Die von NPD gegründete "**Volksfront von rechts**", hatte ebenfalls keinen Erfolg (TAZ, 31.08.2005, S. 2).
- (96) Während die Parteien im Bundestag noch um die Regierung streiten, verfolgt die **NPD** bereits ihre zukünftige Strategie: **Als "Volksfront von rechts"** will sie weiterhin Stimmungen in der "Mitte der Gesellschaft" aufgreifen (TAZ, 26.09.2005, S. 24).

In der Metaphorisierung des Wahlkampfes als Krieg in der Berichterstattung zur NPD wurden einfache Substantive und substantivische Komposita, Verben und deren Substantivierungen aus dem Bereich der Militärlexik metaphorisch gebraucht. Es wird ein Bild des Kriegs erschaffen, in dem die NPD als bedrohlicher Gegner dargestellt wird und um sich zu wehren, muss sie ihre Truppen sammeln, sogar verjüngen und an der bürgerlichen Front kämpfen.

6.4.2 Jagd-Metapher

Einzelbelege in der Berichterstattung zur AfD und NPD zeigen auch das Vorkommen einer Jagd-Metapher.

- (97) AfD **verjagt** Merkel, das ist David gegen Goliath (TAZ, 20.04.2013, S. 6).
- (98) Die AfD kündigt an, diese Bundesregierung **zu jagen** (SZ, 25.09.2017, S. 1).
- (99) Seit Jahren **fischt** die AfD **in trüben rechten Gewässern** (SZ, 08.08.2017, S. 24).
- (100) Auch in Hamburg **fischt die AfD am rechten Rand** (TAZ, 13.08.2013, S. 21).
- (101) Die NPD in Thüringen hatte **das Fischen der AfD am rechten Rand** derart irritiert, dass sie ihre Wähler

bat, "das Original" zu wählen und nicht die AfD (SZ, 23.09.2013, S. 2).

- (102) Auch haben sich bei der Bildungsverwaltung noch keine Berliner Direktoren gemeldet, die von NPD-Auftritten berichteten. Dennoch ist das musikalische Machwerk bereits heiß begehrt, allerdings anders als von den **Rechtshetzern** gewünscht (TAZ, 08.09. 2005, S. 21).

Der Begriff Jagd gehört nach Dornseiff zur Sachgruppe Tierzucht. Weitere Lexeme, die zum Wortfeld Jagd gehören sind auch diejenigen, die in den Beispielen auftauchen, nämlich jagen, fischen, hetzen / Hetzer (vgl. Dornseiff 2004, S.19). AfD und NPD werden also im Kontext der Jagd erwähnt, natürlich in übertragener Bedeutung. Die Einzelbelege, die auf eine Jagd-Metapher hinweisen, kann man als eine Variante der Krieg-Metapher verstehen, denn auch im Krieg werden die Gegner gejagt und von ihrem Territorium vertrieben. Die politischen Parteien werden metaphorisch als "Jäger" verstanden, die ihre "Beute" (Merkel und ihre Regierung - 97 und 98) gewaltsam jagen und vertreiben. Ihre Mitglieder suchen sie im rechten Spektrum (99, 100, 101) oder diese stammen bereits von dort (103) und sind schon als Jäger tätig. Die verwendeten Verben und ihre Substantivierungen sowie Komposita werden metaphorisch gebraucht, um entweder den Wahlkampf als Jagd auf die Wähler darzustellen oder die Parteien als Jäger, die ihre Gejagten aus einem spezifischen Territorium zu verjagen und ihr Revier an sich zu reisen scheinen (die bestehende Regierung aus dem Bundestag vertreiben). Auffallend sind dabei die Beispiele, in denen das Verb *fischen* in Zusammenhang mit AfD vorkommt, die eine weitere und stärkere Konnotation mit sich bringen. Wenn die Konstruktion *im trüben fischen* (Fleischer 1997, S. 94) als Phraseologismus betrachtet, dann handelt es sich um eine Konstruktion, die aus einem Präpositionalgefüge und einem Verb besteht und die nach Fleischer die Bedeutung von "aus einer unklaren Situation Nutzen ziehen" hat. Im Gegensatz dazu wird dieser Phraseologismus laut Burger (1998, S.133) verwendet, "wenn man mit Leuten umgeht, die einander feindlich gesinnt sind". Damit wird impliziert, dass sich die AfD in einem für sie unbekanntem Gebiet bewegt (*rechte Gewässer* – rechtes politisches Spektrum) und versucht durch die feindliche Gesinnung den anderen Parteien oder einzelnen Personen gegenüber einen Nutzen für sich zu ziehen. Damit wird sie als eine feindsinnige und Nutzen ziehende Partei charakterisiert.

Durch die Analyse der in der Berichterstattung vorkommenden Metaphern ist klar, dass Politik als ein Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen gezeigt wird. Dadurch entstehen die Auffassung und das Bild der politischen Wahlen als Krieg, als Auseinandersetzung zwischen den politischen Gegnern, besonders zwischen den politischen Parteien, da deren Konkurrenzkampf von den Massenmedien vermittelt wird und zu einem großen Teil in ihnen stattfindet. Die Auseinandersetzung mit der AfD und NPD wird durch das kriegerische Bild, das durch die Verwendung bestimmter militärischer Begriffe konstruiert wird, dargestellt. Auf der politischen Bühne herrscht Krieg, weil diese Parteien mit allen Mitteln kämpfen und bekämpft werden.

Außerdem werden sie nicht nur als oppositionelle "Krieger", d. h. Feinde, betrachtet, sondern auch als "Jäger", die ihre "Beute" jagen und vernichten wollen.

6.5 Argumentation in der Berichterstattung zur AfD und NPD

Im Kapitel 6.2. wurden die Akteure aufgelistet und klassifiziert. Neben der Zuordnung der Akteure in bestimmte gesellschaftliche Gruppen lässt sich auch die Aufteilung in zwei weitere Gruppen kristallisieren, nämlich Akteure, die Aussagen über AfD und NPD machen und diese zwei Parteien bzw. ihre Mitglieder als Akteure. Der Fokus im Rahmen der Argumentationsebene liegt auf den Aussagen der Autoren der Texte bzw. politischen Korrespondenten, die sich dort über die AfD und NPD äußern und ihre Argumente in Bezug auf diese zwei Parteien liefern. Im Korpus wurden Argumentationsmuster erkannt, die zwei Topoi bilden (ein auf die AfD und der andere auf die NPD bezogen). Das Kriterium für die Auswahl dieser Topoi ist einerseits der thematische Zusammenhang, andererseits die Häufigkeit ihres Vorkommens (mindestens 10 Belege im Korpus). Diese Topoi werden mit Namen versehen, in diesem Fall der Bedrohung-Topos und der Extremisten-Topos. Der Bedrohung-Topos bezieht sich auf die Aussagen, die über die AfD gemacht und argumentiert werden. Festzustellen ist, dass sie als Bedrohung betrachtet wird, die Unruhe in die Gesellschaft bringt und eine Bedrohung für die derzeitige Regierung darstellt, weswegen sie gefährlich ist. Man weiß nicht, wie man mit einer solchen Partei umgehen soll. Der andere Topos, der Extremisten-Topos, bezieht sich auf die NPD als organisierte Gruppe von Rechtsextremisten, bekennenden Nazis und Gewalttätern, die man ignorieren oder bekämpfen soll, und wird deswegen Extremisten-Topos benannt. Auf diese Weise werden durch die Anführung bestimmter Argumente die zwei Parteien charakterisiert und negativ bewertet. Zu Veranschaulichung dieser zwei Topoi werden Beispiele aus dem Korpus gegeben.

6.5.1 Der Bedrohung-Topos

Der Bedrohung-Topos kann auf folgende Weise formuliert werden: Wenn eine Gefahr besteht oder naht, muss man sich wehren und ihre Ursachen bekämpfen.

- (103) **Ihre Forderungen aber bedrohen die einträglichen internationalen Beziehungen Deutschlands.** Auch Berufsgruppen wie die Ärzte, die in Umfragen große Sympathien für die AfD bekunden, bekämen die Folgen eines Zusammenbruchs des heutigen EU-Binnenmarkts zu spüren. Eine tiefe Rezession trifft nicht nur Menschen mit exportabhängigen Jobs, sondern alle. **Wer wählt eine Partei, die zwar die eigenen Affekte bedient, aber auch den Wohlstand gefährdet?** (TAZ, 10.07.2013, S. 13).

- (104) **Die Partei ist als Bedrohung für die Etablierten inszeniert.** Die AfD **kann** demnach, kaum gegründet, **sogar Merkel stürzen**. AfD verjagt Merkel, das ist David gegen Goliath. Und nebenher **kippt sie noch die Linkspartei aus dem Bundestag** (TAZ, 20.04.2013, S. 6).
- (105) Es war nur noch eine Frage der Zeit, dass auch das deutsche Parteiensystem durch eine bürgerliche Protestpartei rechts von der Union erweitert würde. Jetzt, mit der Alternative für Deutschland, scheint sie da zu sein. **Wer die AfD nur auf ihren Rechtspopulismus reduziert, verkennt die eigentliche ideologische Gefahr, die von dieser Partei ausgeht** (TAZ, 25.04.2013, S. 12).
- (106) Gerade die bürgerlichen Parteien spüren, dass **die AfD ihnen gefährlich werden könnte** (SZ, 07.05.2013, S. 5).
- (107) Kurz sah es so aus, als könne **die AfD Merkel doch noch gefährlich werden** (TAZ, 23.09.2013, S. 7).
- (108) **Besonders gefährlich** ist, dass die AfD all jenen eine Heimat biete, die mit Merkels Modernisierungskurs haderten (SZ, 13.05.2013, S. 6).
- (109) Zwar bietet keine der deutschen Großparteien eine Garantie gegen Antisemitismus und Rassismus, aber alle sind besser als die AfD. Als Bundestagspartei könnte die AfD gesellschaftliche Diskussionen noch intensiver beeinflussen. Die AfDler sind nicht die neuen Nazis, und wir stehen nicht vor einem neuen Holocaust. Trotzdem würde diese neue Situation **eine seit Jahrzehnten nicht gesehene Gefahr für das friedliche Zusammenleben in Deutschland bedeuten** (TAZ, 05.09.2017, S. 11).
- (110) **Der Einzug der Rechtspopulisten in den Bundestag kann durch eine höhere Wahlbeteiligung verhindert werden** (TAZ, 05.09.2017, S. 11).
- (111) Ausgerechnet hier also soll **die AfD, die rechtspopulistisch** zu nennen ja zunehmend eine Verharmlosung ist, **ihre nationalistischen, frauenfeindlichen, homophoben und rassistischen Thesen** verbreiten dürfen. Man muss sich nicht überlegen, wie man **die AfD** einbindet, sondern **wie man sie nach vier Jahren wieder aus dem Bundestag draußen hat** (TAZ, 28.10.2017, S. 10).
- (112) Man soll nicht die AfD, sondern **die Ursachen für deren Entstehen bekämpfen** (SZ, 14.05.2013, S. 6).

In diesen Beispielen sieht man, wie über die AfD als Bedrohung, die gefährlich ist, argumentiert wird und wieso sie auf diese Weise verstanden wird.

AfD wird also als Bedrohung für Gesellschaft und Regierung angesehen. Wenn etwas als Bedrohung angesehen wird, muss man es verhindern bzw. gegen die AfD muss etwas unternommen werden. Das politische Handeln der AfD, das inakzeptabel und unerwünscht ist, stellt eine *Gefahr für das friedliche Zusammenleben* (103, 109) und *Bedrohung* für die Regierung und andere Parteien dar (104-107). Sie wird als ein Problem gesehen, das man versucht zu lösen. Dazu werden Lösungsmöglichkeiten angeboten in Form *einer höheren Wahlbeteiligung* (111, 112). Notwendig ist, die *Ursachen ihres Entstehens zu bekämpfen* (111, 112), weil sie gefährlich wegen ihrer Politik, die sie betreibt und der damit zusammenhängenden Forderungen (103, 111), die sie macht, ist. Diese beruhen auf *Feindlichkeit gegenüber anderen Parteien und der Regierung sowie anderen Rassen, Frauen, Homosexuellen, Europa und Euro*. Sie ist stark nationalistisch orientiert. Besonders gefährlich ist sie, weil sie Protestwähler und Nostalgiker (Nazis) anzieht, die gegen die moderne politische Regierung, die von Merkel geführt wird, ihre

Stimme in der Öffentlichkeit erheben. Sie stellt eine ideologische Gefahr dar, die nicht nur auf ihren *Rechtspopulismus* reduzierbar ist, sondern stellt etwas *Radikaleres* dar (147, 151), was man mit allen Mitteln bekämpfen soll.

Der folgende Topos bezieht sich auf die Argumentation zur NPD, die als rechtsextremistisch bezeichnet wird.

6.5.2 Der Extremisten-Topos

Der Extremisten-Topos kann auf folgende Weise formuliert werden: Weil das politische Handeln der NPD dem Programm einer extremistischen Partei entspricht, nutzt sie dieser Partei, gefährdet somit langfristig das demokratische System und ist daher abzulehnen. In folgenden Beispielen kann man sehen, dass die NPD das Profil einer extremen Rechten bekommt. Das sieht man durch die Mitgliedschaft und ihr politisches Handeln innerhalb ihres Wahlprogramms:

- (113) NPD gilt schon immer als **Sammelbecken von Rechtsextremisten**, das auch **bekennenden Neonazis** Unterschlupf bietet (SZ, 12.09.2005, S. 52).
- (114) In der **NPD** besinnt man sich dieser Tage einer Tradition, die zum **Profil der extremen Rechten in Deutschland** gehört, wie das Duzen zum Umgangston unter linken Genossen - die der Führungsquerelen (TAZ, 11.10.2005, S. 9).
- (115) **Die 26 NPD-Wähler** so ziemlich genau dem Personenkreis entsprechen, die zum aktiven Kern der ihnen **bekanntesten Neonazi-Szene gehören**. Andererseits bleibt ein großer SympathisantInnenkreis bestehen, der bloß aus strategischen Gründen das Kreuz nicht **bei den Rechtsextremisten** gemacht hat (TAZ, 23.09.2005, S. 22).
- (116) Oschatz gehört nicht zu den berüchtigten rechtsextremen Hochburgen Sachsens. Von einer **organisierten rechtsextremen Szene und Neonazi-Umtrieben** blieb das 16.000-Einwohner-Städtchen bisher verschont. (TAZ, 15.09.2005, S. 7)
- (117) Die NPD hat am 18. September ihren Stimmenanteil mit 1,6 Prozent vervierfachen können, das ist auf Bundesebene ihr bestes Ergebnis seit 1969. Auch in den nördlichen Bundesländern legte die älteste Neonazipartei deutlich zu. Nun wollen **die Rechtsextremen gezielt vor Ort auf sozialpolitische Projekte und ökologische Initiativen zugehen** (TAZ, 26.09.2005, S. 24).
- (118) In ihrem **Wahlprogramm** wettern **die Rechtsextremen** gegen die angeblich steigende Gewaltkriminalität, fordern "Opferschutz statt Täterschutz" und dass Verbrechen sich nicht länger "lohnend" dürften. Unter den insgesamt 389 **Bundestagskandidaten der NPD** tummeln sich jedoch diverse Mochtegern-Parlamentarier, die mit ganz besonderen Qualitäten auffielen - **als Räuber, Schläger oder Söldner. Sie sind fremdenfeindlich eingestellt** (TAZ, 07.09.2005, S. 5).
- (119) **Die NPD** wolle doch nur **mit rassistischer Ausgrenzung** die wirtschaftliche Situation alleine für "Deutsche" ändern (TAZ, 08.08.2005, S. 24).
- (120) Seit dem Einzug in den Dresdner Landtag betrachte ein Großteil der Jugendlichen die **NPD** als ganz normale Partei, sagt Friedemann Bringt vom Kulturbüro Sachsen, das **mehrere mobile Beratungsteams gegen Rechtsextremismus** unterhält (TAZ, 15.09.2005, S. 7).
- (121) Es gilt die Regel "**Rechte müssen draußen bleiben**". Die **rechtsextreme NPD** bedient sich

ausländerfeindlichen Slogans (TAZ, 03.09.2005, S. 8)

- (122) Denn Geld hat der Staat für Opferberatungen oder **Initiativen gegen Rechts** immer dann übrig, wenn Parteien wie die NPD Wahlerfolge erringen konnten. Oder wenn **die Zahl rassistisch motivierter Gewalttaten mal wieder angestiegen** ist. Wenn **Neonazis** aber gerade mal unangenehm auffallen und als Dauerthema in den Medien **präsent sind, steigt die Bereitschaft, sich gegen neonazistische Strömungen zu engagieren** (TAZ, 19.09.2005, S. 24).

In diesen Beispielen kann man sehen, wie argumentiert wird, dass die NPD extremistisch bzw. rechtsextremistisch ist. NPD wird als eine organisierte Gruppe von *Rechtsextremisten* bezeichnet. Wenn bestimmte Gruppen gewalttätig sind und Feindseligkeiten zeigen, dann gehören sie zu den *Rechtsextremisten*. Weil sich die Öffentlichkeit von ihnen bedroht fühlt, soll etwas gegen Rechtsextremisten unternommen werden. Die NPD wird deswegen als extreme Rechte verstanden, weil ihre Mitglieder der Öffentlichkeit bekannte *Anhänger des Nationalsozialismus* sind (113, 114), aber auch Ex-Kriminelle, wie *Räuber, Schlägel, Söldner* (118). Später kandidieren sie sich zu Wahlen. Solche Gewalttäter bilden eine sogenannte *Szene* d. h. bestimmter Kreis, in dem geheime Aktivitäten stattfinden, die nur ihnen bekannt sind (115). In ihrem Wahlprogramm orientieren sie sich an eine *Gesellschaftspolitik* und *Natur* (159), sie führen eine *fremdenfeindliche Politik* und sind deswegen *rassistisch* gesinnt (117-119). Als solche werden sie weder von der Gesellschaft noch von anderen Parteien akzeptiert. Deswegen werden *Initiativen* gestartet, um sich gegen sie zu wehren (120-122).

Die Argumentationsanalyse hat gezeigt, dass AfD und NPD weit gefährlicher sind, als gedacht wird. Sie werden nicht nur wegen ihrer ideologischen Richtung als solche abgestempelt, sondern auch wegen der Politik und in diesem Zusammenhang ihres politischen Handelns. Diese sind oft gekennzeichnet durch eine gewisse Feindseligkeit gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen sowie der Regierung. Die zwei Parteien aus dem rechten Spektrum, AfD und NPD, sind in der deutschen Politik und Gesellschaft unerwünscht und häufig distanziert man sich von ihnen. Sie werden als rechtspopulistisch und rechtsextrem sowie radikal in ihrem Auftreten verstanden. Sie werden gebrandmarkt als radikale Opposition, die man entweder ignorieren oder sie aktiv bekämpfen soll.

Nach der Analyse der sprachlichen Mittel, die verwendet wurden, um diese zwei Parteien darzustellen, kann gesagt werden, dass beide Parteien Nazi-Denkmuster aufweisen. Deswegen wird von ihnen negativ berichtet und sie stoßen in der Öffentlichkeit an Abneigung und Hass, weswegen man sich von ihnen distanzieren will.

7. ZUSAMMENFASSUNG

Die zwei Parteien, Alternative für Deutschland und Nationaldemokratische Partei Deutschlands, wurden in der Berichterstattung stark medial rezipiert. Das konnte aus der Analyse der Berichterstattung gesehen werden. Ziel war es, herauszufinden, welche sprachlichen Mittel alles verwendet wurden, um die zwei Parteien zu beschreiben, bewerten, charakterisieren und sie schließlich im öffentlichen Raum darzustellen. Aus der Analyse der Sprache der Berichterstattung zur AfD und NPD hat sich Folgendes ergeben.

Die politischen Korrespondenten berichten in den Zeitungen über diese zwei Parteien und erschaffen in der Öffentlichkeit ein ganz bestimmtes Bild von ihnen. Dabei verwenden sie eine gezielte Sprache, um die Parteien auf bestimmte Weise den Rezipienten darzustellen und ihre Meinungen zu beeinflussen. Bei der expliziten Nennung werden die Parteien AfD und NPD direkt mit ihren Namen oder mit ihrer Abkürzung genannt. Die AfD wird in ihrem Gründungsjahr (2013) mit dem vollständigen Namen und der dahinterstehenden und in Klammern gesetzten Abkürzung genannt. Daraus kann Folgendes festgestellt werden. Wenn neue Parteien auftauchen, werden sie mit ihrem vollständigen Namen in den ersten Monaten der Berichterstattung genannt und auf diese Art und Weise der Öffentlichkeit präsentiert wird. Wenn sich der Name der Partei nach einiger Zeit etabliert hat und einer breiteren Masse schon bekannt ist, ist darauf zu schließen, dass die für die Partei stehende Abkürzung verwendet wird, so wie es auch der Fall bei der NPD 2005 oder der AfD 2017 ist. Charakteristisch für die AfD 2013 ist, dass es sich um eine neu gegründete Partei handelt, die als Reaktion auf das politische Handeln von Bundeskanzlerin Merkel in Bezug auf die Eurorettungspolitik entstand. Zur Beschreibung werden Nominalphrasen, die Adjektive beinhalten (*die neue Partei*) und Kollektivbezeichnungen als Komposita, die ideologisch aufgeladen sind, verwendet. Es wird von der AfD als einer *rechtspopulistischen* Partei gesprochen. Deswegen wird die Kollektivbezeichnung *Rechtspopulisten* verwendet. Es wird auf eine politische Gruppierung verwiesen, die dem rechten politischen Spektrum gehört, konservativ ist, die populär ist, weil sie gezielt Emotionen, Ängste und Vorurteile nutzt, um einfache Problemlösungen zu geben. Die NPD wird in Verbindung gebracht mit *Rechtsextremismus* (Kompositum - Kollektivbezeichnung) und dementsprechend wird sie als Gruppe bzw. Partei der *Rechtsextremen* in der Berichterstattung bezeichnet. 2005 ist sie als eine Partei des rechten politischen Spektrums zu sehen, die sich gegen liberale und sozialistische Tendenzen richtet, in deren Mittelpunkt ein völkisch fundierter, ethnozentrischer Nationalismus als oberstes Grundprinzip steht, als Partei, die universale Menschenrechte missachtet oder ablehnt und in der Gewalt und Ideologie der Ungleichheit herrschen. Wenn man über sie spricht, dann wird sie mit dem Kompositum *Neonazi-Szene* bezeichnet und damit als keine formale politische Gruppe verstanden, sondern eher als eine

organisierte Gemeinschaft von neuen Nationalsozialisten, dessen Handeln durch die szenische Wiederaufnahme nationalsozialistischen Gedankenguts gekennzeichnet ist. Beide Parteien werden als Parteien des rechten politischen Spektrums gesehen und werden immer wieder als solche in der Berichterstattung bezeichnet.

Aus der Analyse der sprachlichen Formulierungen für diese Parteien wurde Folgendes festgestellt. Zu Beschreibung und Charakterisierung der AfD wurden häufig substantivische Komposita (*Euro-Gegner, Anti-Euro-Partei, Euro-Skeptiker, Einthemenpartei, Professorenpartei, Protestpartei, Nazi-Partei*), attributiv gebrauchte Adjektive (*euroskeptisch, eurokritisch, rechtspopulistisch, rechstradikal*) oder Nominalphrasen, die aus Adjektiv und Substantiv bestehen (*die neu gegründete Partei, die neue Partei*), verwendet. Als Einzelbelege kamen engere und lockere Appositionen sowie einfache Substantive und substantivische Gruppen vor. In Bezug auf die NPD wurden attributiv verwendete Adjektive (*rechtsextrem, rechtsradikal*) sowie substantivische Komposita (*Neonazi-Szene, die Rechtsextremen*) verwendet. Als Einzelbelege kamen substantivische Gruppen, Relativsätze und lockere Appositionen. Alle genannten sprachlichen Formulierungen, die verwendet wurden, um sie zu beschreiben, sind auf ihr politisches Handeln, Programm und Zugehörigkeit zum politischen Spektrum, ihre Mitglieder sowie Ideologie und Weltanschauung bezogen.

Mit der Kollokationsanalyse kann festgestellt werden, dass die mit der Parteibezeichnung AfD häufig vorkommenden Substantive *Partei, Euro, Lucke, Gründung, Skeptiker, Rechtspopulisten, Eurogegner, Professoren, Rechtspopulismus* sind, während die häufig vorkommenden Adjektive *rechte, neue, rechtspopulistische, euroskeptische, eurokritische, rechtsextreme* sind. Zusammen mit der Parteibezeichnung NPD kommen häufig folgende Substantive vor: *Neonazi/s, Partei, Szene, Kameradschaft, Rechtsextremismus, Nationaldemokraten, Rechtsextremisten*. Die häufig vorkommenden Adjektive sind: *rechtsextreme, rechte, rechtsradikale*. Durch diese Substantive und Adjektive werden die zwei Parteien auf folgende Weise bewertet. AfD taucht im negativen Kontext auf und wird als Bedrohung und Problem gesehen. Man weiß nicht, wie man mit einer solchen Partei umgehen soll, da sie zwiespältige Meinung in der Öffentlichkeit erzeugt. Die NPD wird in demselben negativen Licht, wie die AfD, dargestellt. Sie gilt als unwürdig zu wählen, inakzeptabel und unerwünscht in der Gesellschaft wegen ihres übertreibend ideologisch gerichteten Handelns. Beide Parteien werden mit den Konzepten des rechten Radikalismus und Extremismus, AfD zusätzlich mit Populismus, in Beziehung gebracht und somit als rechtsextrem und rechtsradikal profiliert. Auf diese Weise erhalten sie Identität einer Randpartei mit extremistischen Tendenzen.

Durch die Analyse der in der Berichterstattung vorkommenden Metaphern entsteht die Auffassung und das Bild der politischen Wahlen als Krieg, als Auseinandersetzung zwischen den politischen

Gegnern, besonders zwischen den politischen Parteien, da deren Konkurrenzkampf von den Massenmedien vermittelt wird und zu einem großen Teil in ihnen stattfindet. In der Berichterstattung zur AfD und NPD kamen zwei Metaphern vor, die durch die militärische Lexik dem Bereich des Krieges bzw. dem Bereich der Jagd zugeordnet werden können. Die Jagd-Metapher kann als eine Variante der Krieg-Metapher gesehen werden, weil auch die politischen Feinde gejagt und vertrieben werden können. Zur Metaphorisierung wurden einfache Substantive, substantivische Komposita Verben und Adjektive verwendet. Die Auseinandersetzung mit der AfD und NPD wird durch das kriegerische Bild dargestellt, das durch die Verwendung bestimmter militärischer Lexik (*kämpfen, bekämpfen, angreifen, Wahlkampf, Fronten, Taktik, Truppe, Feldzug* usw.) und Lexik, die aus dem Bereich der Jagd (*jagen, Hetzer, fischen*) stammt, konstruiert wird. In der Beschreibung des Wahlkampfes als Jagd wird durch die Verwendung des Phraseologismus *in trüben fischen* eine zusätzliche Bedeutungskomponente eröffnet, nämlich "aus einer Situation den eigenen Nutzen ziehen". Auf der politischen Bühne herrscht Krieg, weil diese Parteien mit allen Mitteln kämpfen und bekämpft werden. Außerdem werden sie nicht nur als Feinde, betrachtet, sondern auch als Jäger, die ihre Beute (Opponenten und die Regierung) heraustreiben und vernichten und daraus einen Nutzen für sich ziehen wollen.

Die Analyse der Argumentation der politischen Korrespondenten in der Berichterstattung zur AfD und NPD zeigte, welches Verständnis und Bild in der Öffentlichkeit über diese Parteien herrscht. Im Korpus wurden Argumentationsmuster erkannt, die zwei Topoi bilden: Bedrohung-Topos und Extremisten-Topos. AfD und NPD weit gefährlicher sind, als gedacht wird. Sie werden nicht nur wegen ihrer ideologischen Richtung als solche abgestempelt, sondern auch wegen der Politik und in diesem Zusammenhang ihres politischen Handelns. Diese sind oft gekennzeichnet durch eine gewisse Feindseligkeit gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen sowie der Regierung. Sie werden als rassistisch, homophob, fremdenfeindlich, radikal, extrem und vor allem nationalistisch gesehen. Festzustellen ist, dass die AfD als Bedrohung betrachtet wird, die Unruhe in die Gesellschaft bringt und eine Bedrohung für die derzeitige Regierung darstellt, weswegen sie gefährlich ist. Man weiß nicht, wie man mit einer solchen Partei umgehen soll. Die NPD wird als organisierte Gruppe von Rechtsextremisten, bekennenden Nazis und Gewalttätern, die man ignorieren oder bekämpfen soll, betrachtet.

Die zwei Parteien aus dem rechten Spektrum, AfD und NPD, sind in der deutschen Politik und Gesellschaft unerwünscht und häufig distanziert man sich von ihnen. Sie werden als rechtspopulistisch und rechtsextrem sowie radikal in ihrem Auftreten verstanden. Sie werden als radikale Opposition gebrandmarkt, die man entweder ignorieren oder sie aktiv bekämpfen soll.

8. LITERATURVERZEICHNIS

1. Alemann, Ulrich von (2018): Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland - Eine Einführung. Springer VS.
2. Böke, Karin (1997): Die „Invasion“ aus den „Armenhäusern Europas“. Metaphern im Einwanderungsdiskurs. In: Jung, Matthias/ Wengeler, Martin / Böke, Karin (Hrsg.): Die Sprache des Migrationsdiskurses. Das Reden über „Ausländer“ in Medien, Politik und Alltag. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 164-193.
3. Böke, Karin (1996): Überlegungen zu einer Metaphernanalyse im Dienste einer "parzellierten" Sprachgeschichtsschreibung. In: Böke, Karin / Jung, Matthias / Wengeler, Martin (Hrsg.): Öffentlicher Sprachgebrauch: praktische, theoretische und historische Perspektiven; Georg Stötzel zum 60. Geburtstag gewidmet. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 431-452.
4. Brandstetter, Marc (2006): Die NPD im 21. Jahrhundert. Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten. Marburg: Tectum Verlag.
5. Brandstetter, Marc (2007): Die Programmatik der NPD – Vom Deutschnationalismus zum Neonationalismus? In: Backes, Uwe / Steglich Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
6. Burger, Harald (1998): Phraseologie. Eine Einführung am Beispiel des Deutschen. Berlin: Erich Schmidt Verlag.
7. Burger, Harald (2005): Mediensprache. Eine Einführung in Sprache und Kommunikationsformen der Massenmedien. 3. Völlig neu bearbeitete Auflage. Berlin, New York: Walter de Gruyter.
8. Burkhardt, Armin (1996): Politolinguistik. Versuch einer Ortsbestimmung. In: Klein J./ Diekmannschenke, H. (Hrsg.): Sprachstrategien und Dialogblockaden. Linguistische und politikwissenschaftliche Studien zur politischen Kommunikation. Berlin: De Gruyter, S.75-100.
9. Chill, Hanni / Meyn, Hermann (1996): Funktionen der Massenmedien in der Demokratie. In: Informationen zur politischen Bildung, Heft 260, 3/1996. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S.2-5.
10. Dornseiff, Franz (2004): Der deutsche Wortschatz nach Sachgruppen. Berlin: Walter de Gruyter.
11. Duden-Redaktion (1995): Duden- Duden – Grammatik der deutschen Gegenwartssprache, 5. Auflage. Mannheim: Dudenverlag.
12. Duden-Redaktion (2015): Duden – Deutsches Universalwörterbuch. Berlin: Dudenverlag.
13. Dürscheid, Christa (2012): Syntax. Grundlagen und Theorien. 6., aktualisierte Auflage. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG.

14. Eckert, Roland (2010): Kulturelle Homogenität und aggressive Intoleranz. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 44/10. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
15. Fleischer, Wolfgang (1997): Phraseologie der deutschen Gegenwartssprache. 2., durchgesehene und ergänzte Auflage. Tübingen: Max Niemeyer Verlag.
16. Fleischer, Wolfgang / Barz, Irmhild (2007): Wortbildung der deutschen Gegenwartssprache. Tübingen: Max Niemeyer Verlag.
17. Gerhards/ Roose/ Offerhaus (2004): AttrEU: Die Europäische Union und die massenmediale Attribution von Verantwortung. Eine länder-, zeit-, und medienvergleichende Untersuchung. Leipzig. URL: http://userpage.fu-berlin.de/~gerhards/attribution/AttrEU_Codebuch.pdf (Stand: 15.07.2018).
18. Girnth, Heiko (2015): Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Berlin: De Gruyter.
19. Glaebner, Gert-Joachim (2006): Politik in Deutschland. 2., aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
20. Harms, Lisa-Malin (2008): Metaphern im Sprachenkontrast. Kriegsmetaphorik in der politischen Berichterstattung deutscher und französischer Tageszeitungen. Bochum.
21. Herdeanu, Clara (2016): *Sprache – Macht – Revolution. Konflikte und Konfliktlosigkeit in der medialen Berichterstattung zur Rumänischen Revolution vom Dezember 1989*. In: Luth, Janine / Ptashnyk, Stefaniya / Vogel, Friedemann (Hrsg.): Linguistische Zugänge zu Konflikten in europäischen Sprachräumen. Korpus – Pragmatik – kontrovers. Heidelberg: Winter, S. 317-337.
22. Holtmann, Everhard (2000): Politik-Lexikon. 3., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage. München: R. Oldenburg Verlag.
23. Kaempfert, Manfred (1990): Die Schlagwörter. Noch einmal zur Wortgeschichte und zum lexikologischen Begriff. In: Muttersprache 100. S. 192–203.
24. Kinne Michael (2000): Die Präfixe post-, prä- und neo-: Beiträge zur Lehn-Wortbildung. Tübingen: Gunter Narr Verlag.
25. Klein, Wolfgang (1980): Argumentation und Argument. In: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 38/3, S. 9-57.
26. Kriesi, Hanspeter (2001): Die Rolle der Öffentlichkeit im politischen Entscheidungsprozess: Ein konzeptueller Rahmen für ein international vergleichendes Forschungsprojekt, WZB Discussion Paper, No. P 01-701. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
27. Lakoff, George/Johnson, Mark (2000): Leben in Metaphern. Konstruktion und Gebrauch von Sprachbildern. 2., korrigierte Auflage. Heidelberg: Carl-Auer-Systeme.
28. Lakoff, George/Johnson, Mark (2011): Leben in Metaphern. Konstruktion und Gebrauch von Sprachbildern. 7. Auflage. Heidelberg: Carl-Auer-Systeme.

29. Lüger, Heinz- Helmut (1995): Pressesprache. 2., neubearbeitete Auflage. Tübingen: Max Niemeyer Verlag.
30. Mast, Claudia (2000): ABC des Journalismus. Ein Leitfaden für die Redaktionsarbeit. Konstanz: UVK.
31. Meyer, Thomas (2000): Die Inszenierung des Politischen: Zur Theatralität von Mediendiskursen. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
32. Moreau, Patrick (2007): Die extreme Rechte in Europa- Ein Vergleich. In: Backes, Uwe / Steglich, Henrik (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. S.33-54.
33. Neidhardt, Friedhelm (1994): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
34. Niedermayer, Oskar (2014): Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland. In: ders. (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013. Wiesbaden: Springer VS. S. 175-207.
35. Niehr, Thomas (2014a): Einführung in die Politolinguistik. Gegenstände und Methoden. Göttingen: Vandenhock & Ruprecht.
36. Niehr, Thomas (2014b): Einführung in die linguistische Diskursanalyse. Darmstadt: WBG.
37. Pürer, Heinz / Raabe, Johannes (2007): Presse in Deutschland. 3., völlig überarbeitete u. Erweiterte Auflage. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.
38. Geyer, Robby / Kölbl, Claudia (2014): Medien und Politik. 2. Auflage. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
39. Skirl, Helge / Schwarz-Friesel, Monika (2007): Metapher. Heidelberg: Universitätsverlag Winter.
40. Schmitz, Ulrich (2004): Sprache in modernen Medien. Einführung in Tatsachen und Theorien, Themen und Thesen. Berlin: Erich Schmidt Verlag.
41. Schulz, Winfried (2008): Politische Kommunikation – theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung. 2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
42. Thurich, Eckart (2011): Pocket Politik. Demokratie in Deutschland. Überarb. Neuaufl. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
43. Vološinov, Valentin N.; Weber, Samuel (Hrsg.): (1975): Marxismus und Sprachphilosophie. Grundlegende Probleme der soziologischen Methode in der Sprachwissenschaft. Weber, Samuel (Hrsg.): Frankfurt/M.: Ullstein.
44. Wahrig-Burfeind, Renate (2000): Wahrig. Deutsches Wörterbuch. München: Gütersloh.
45. Weinrich, Harald (2003): Textgrammatik der deutschen Sprache. 2., revidierte Auflage. Hildesheim: Georg Olms Verlag AG.

Internetquellen:

1. Bogner Laura (2016): AfD: Die Geschichte einer kontroversen Partei. In: dw.com. URL: <http://www.dw.com/de/afd-die-geschichte-einer-kontroversen-partei/a-19402408> (Stand: 15.05.2018).
2. Bundesverfassungsgericht (2017): Kein Verbot der NPD wegen fehlender Anhaltspunkte für eine erfolgreiche Durchsetzung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele. Pressemitteilung Nr. 4/2017. URL: http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilung/en/DE/2017/bvg17-004.html;jsessionid=3F00ADCB94FD7F237E3F696ACA568EC1.2_cid370 (Stand 26.05.2018).
3. Burgert, Julian (2016): Kleinparteien, Einthemenparteien, Nichtparteien – das breite Spektrum der Sonstigen. Berlin: Deutscher Bundestag. URL: https://www.das-parlament.de/2013/15_16/Themenausgabe/44083874/323024 (Stand: 23.07.2018).
4. Bündnis Bürgerwille (2012): Grundkonsens 2012. URL: <https://buendnis-buergerwille.de/grundkonsens-2012/> (Stand: 15.05.2018).
5. ef-magazin.de (2016): Politisch meinungsbildende Zeitungen und Zeitschriften. Düsseldorf: Lichtschlag Medien und Werbung KG. URL: <https://ef-magazin.de/2016/08/02/1761-uebersicht-politisch-meinungsbildende-zeitungen-und-zeitschriften-in-deutscher-sprache> (Stand: 30.05.2018).
6. Fiedler, Maria (2017): Vorwürfe gegen Thüringer AfD-Chef: Petry: Höcke hat unter Pseudonym die NPD gelobt. In: tagesspiegel.de. URL: <https://www.tagesspiegel.de/politik/vorwuerfe-gegen-thueringer-afd-chef-petry-hoecke-hat-unter-pseudonym-die-ncp-gelobt/19662990.html> (Stand: 15.05.2018).
7. Florack, Martin (2017): Bundestagswahl 2017. Alternative für Deutschland. In: bpb.de. URL: <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/bundestagswahl-2017/254700/afd>(Stand: 15.05.2018).
8. Jacoby, Gilbert (2013): Die Bundesrepublik Deutschland. Geschichte der NPD. In: geschichte-wissen.de URL: <https://geschichte-wissen.de/blog/gilbert-jacoby/> (Stand: 25.05.2018).
9. Opelland, Torsten (2015): Dossier: Parteien in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. URL: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/208456/in-der-vergangenheit-praegende-parteien> (Stand: 25.05.2018).
10. Opelland, Torsten (2017a): Parteien in Deutschland. Alternative für Deutschland. In: bpb.de. URL: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-indeutschland/211108/afd> (Stand: 15.05.2018).
11. Opelland, Torsten (2017b): Parteien in Deutschland. Nationaldemokratische Partei Deutschlands. In: bpb.de. URL: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/kleinparteien/42205/ncp> (Stand: 25.05.2018).
12. Portmann, Kai (2017): Parteiausschlussverfahren: AfD-Spitze vergleicht Höcke mit Hitler. In: tagesspiegel.de. URL: <https://www.tagesspiegel.de/politik/parteiausschlussverfahren-afd-spitze-vergleicht-hoecke-mit-hitler/19633818.html> (Stand:15.05.2018).
13. Spiegel online (2012): Geschichte der NPD: Propaganda, Hass, Verbote. In: spiegel.de. URL:<http://www.spiegel.de/fotostrecke/zeitleiste-die-geschichte-der-ncp-fotostrecke-90712.html> (Stand: 25.05.2018).

14. Wengeler, Martin (2007): Erklärung von Argumentationsmuster. Topoi. Düsseldorf: Heinrich-Heine-Universität. URL: <http://www.phil-fak.uniduesseldorf.de/germ1/migration/toposdef.html> (Stand 17.06.2018).
15. Zeitung.de- die Welt der Zeitungen (2018): Überregionale Zeitungen. Süddeutsche Zeitung- Geschichte, Themen und Abo. URL: <http://www.zeitung.de/medien/sueddeutsche/> (Stand: 26.04.2018).
16. Zeitung.de- die Welt der Zeitungen (2018): Überregionale Zeitungen. TAZ- Geschichte und Abo. URL: <http://www.zeitung.de/medien/taz/> (Stand:26.04.2018).

Quellenverzeichnis (zitierte Zeitungsausgaben):

1. Apin, Nina (2017): Carl Schmitt, der Informant und der HJ-Zwerg. In: Die Tageszeitung, 10.10.2017, S. 40.
2. Ascherson, Neal (2013): Es ist Wahlkampf und Mutti lächelt. In: Die Tageszeitung, 09.08.2013, S. 1.
3. Bartsch, Felix (2017): Ballistol statt Geldkrone. In: Die Tageszeitung, 30.08.2017, S. 20.
4. Bartsch, Michael (2005): Routinierter Umgang mit den Rechten. In die Tageszeitung, 17.10.2005, S. 6.
5. Beckers, Maja / Litschko, Konrad (2013): Dieses verdammte Zehntelprozent. In: Die Tageszeitung, 23.09.2013, S. 23.
6. Beucker, Pascal (2005): Pro Köln bleibt unter Beobachtung. In: Die Tageszeitung, 22.10.2005, S. 1.
7. Berger, Jens (2013): Die deutsche Tea Party. In: Die Tageszeitung, 25.04.2013, S. 12.
8. Bielicki, Jan (2005): Die hohen Herren sitzen auch höher. In: Süddeutsche Zeitung 12.09.2005, S. 52.
9. Die Tageszeitung: (2013): Die FAZ beschäftigt einen Goebbels, Rot-Grün hat wenig Hoffnung, und Benetton ist besonders verlogen. 13.05.2013, S. 14.
10. Die Tageszeitung (2013): Wie geht es uns, Herr Küppersbusch? 23.09.2013, S. 4.
11. Die Tageszeitung (2005): Keine Abgrenzung nach rechts. 30.08.2005, S. 7.
12. Droste, Wiglaf (2005): Nur die Katze kann Kanzler sein. Wie Deutschland dank einer ausgeklügelten Strategie zu einer guten Regierung kam. In: Die Tageszeitung, 17.09.2005, S. 24.
13. Dürrwechter, Michael (2005): Koalitionsgedöns. In: Die Tageszeitung, 15.09.2005, S. 12.
14. Ehrmann, Sarah (2013): Im Neuland verhaspelt. In: Süddeutsche Zeitung, 19.03.2013, S. 5.
15. Feddersen Jan (2017): Von der Nützlichkeit der AfD. Die Rechtspopulisten sind gefährlich. In: Die Tageszeitung, 08.09.2017, S. 11.
16. Gasterkamp, Thomas (2017): Getarnte Antifeministen. Rechte Männerrechtler versuchen, in progressiven Millieus Fuß zu fassen. In: Die Tageszeitung, 26.10.2017, S. 12.
17. Gaus, Betina (2013): Skepsis braucht keine Partei. In: Die Tageszeitung, 13.04.2013, S. 19.
18. Geisler, Astrid (2005): Rechtsextreme erteilen Musikunterricht. In: Die Tageszeitung, 03.09.2005, S. 8.
19. Geisler, Astrid (2005): Schießen, prügeln, kandidieren. In: Die Tageszeitung, 07.09.2005, S. 5.
20. Geisler, Astrid (2005): NPD punktet bei der Schülerwahl. In: Die Tageszeitung, 15.09.2005, S. 7.
21. Geisler, Astrid (2005): NPD kennt keine "Agentenzuhälter". In: Die Tageszeitung, 11.10.2005, S. 9.

22. Gersmann, Hanna (2013): Schwarzer Tag für die FDP, keine Chance für Rot-Grün. In: Die Tageszeitung, 23.09.2013, S. 2.
23. Götze, Susanne (2017): Die Braungrünen Die AfD will die Energiewende kippen und agitiert gegen Klimaforscher. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 209, 11.09.2017, S. 4.
24. Haarhoff, Heike (2005): Die Nichtwähler vom Ostufer. In: Die Tageszeitung, 19.09.2005, S. 7.
25. Heidtmann, Jan (2017): Historische Verluste für Union und SPD, AfD zweistellig. In: Süddeutsche Zeitung, 25.09.2017, S. 1.
26. Kahlweit, Cathrin (2017): Zerreißprobe für Ukip Islamfeindliche Kandidatin für den Parteivorsitz stößt auf erbitterten Widerstand. In: Süddeutsche Zeitung, 30.09.2017, S. 8.
27. Käppner, Joachim (2017): Der kühle Blick Ist die AfD eine Partei von Nazis? Wer so einfach argumentiert, geht den rechten Scharfmachern in die Falle. In: Süddeutsche Zeitung, 30.09.2017, S.45
28. Klingelschmitt, Klaus-Peter (2005): Der Marx im Dienste des Nationalen. In: Die Tageszeitung, 23.08.2005, S. 7.
29. Kreuzfeldt, Malte (2013): Knapp vor 5 Prozent. AfD Die Eurogegner scheitern bei ihrem ersten Anlauf wohl knapp an der Fünfprozenthürde. In: Die Tageszeitung, 23.09.2013, S. 7.
30. Langer, Armin (2017): Scheinheilige Freunde der Juden. In: Die Tageszeitung, 05.09.2017, S. 11.
31. Lehman, Anna (2017): Sozialdemokraten gewinnen ihre erste Wahl in diesem Jahr. In: Die Tageszeitung, 16.10.2017, S. 4.
32. Lee, Felix (2005): Resonanz auf dumpfe Sprüche. In: Die Tageszeitung, 23.09.2005, S. 22.
33. Lehnen, Claudia (2005): Hart wie Cox Orange. In: Die Tageszeitung, 01.10.2005, S. 1-2.
34. Lohre, Matthias (2013): Die neuen Konservativen. In: Die Tageszeitung, 10.07.2013, S. 13.
35. Lohre, Matthias (2013): Frau Petry und die Konservativen. In: Die Tageszeitung, 20.07.2013, S. 8.
36. Mersch, Sarah (2005): Leipziger Vererbungslehre in NS-Tradition. In: Die Tageszeitung, 08.08.2005, S. 7.
37. Nolte, Maik (2013): Keine Frauen? Kein Problem! In: Die Tageszeitung, 13.08.2013, S. 21.
38. Orde, Sabine (2017): Die netten Herren vom rechten Rand. Die Spitze der Fraktion bildet das neue Machtzentrum der AfD. In: Die Tageszeitung. 23.10.2017, S. 4-5.
39. Pauler, Holger (2005): Musikalische Lebenswelten am rechten Rand. In: Süddeutsche Zeitung, 19.10.2005, S. 3.
40. Pauler, Holger (2005): NRW bestraft Rechtsextreme. In: Die Tageszeitung, 31.08.2005, S. 2.
41. Pötter, Bernhard (2005): Kinder in Wahlkabinen. In: Die Tageszeitung, 06.09.2005, S. 14.
42. Prantl, Heribert (2013): Alternative dank Merkel. In: Süddeutsche Zeitung, 24.09.2013, S. 7.
43. Reinecke, Stefan (2013): Links von SPD ist noch viel Platz. In: Die Tageszeitung. 16.04.2013, S. 7.
44. Reinecke, Stefan (2013): Luxus und Langeweile. Warum immer mal wieder neue Parteien von Medien hochgejubelt werden. Und dann untergehen. In: Die Tageszeitung, 20.04.2013, S. 6.
45. Reinecke, Stefan (2013): Unter Denkmalschutz. In: Die Tageszeitung, 31.08.2013, S. 14-16.
46. Reinecke, Stefan (2013): Sind wir alle konservativ? In: Die Tageszeitung, 28.09.2013, S. 7.
47. Rossman, Robert (2013): Rüffel für Fraktionschef. In: Süddeutsche Zeitung, 14.05.2013, S.6.
48. Ruhose, Feder (2017): Kämpft heftig, aber ohne Tricks! In: Die Tageszeitung, 21.10.2017, S. 11.
49. Schmitz, Thorsten (2013): Ein Sieg schon beim ersten Spiel. In: Süddeutsche Zeitung, 23.09.2013, S. 2.

50. Schmitz, Thorsten (2013): Die Last-Minute-Partei. In: Süddeutsche Zeitung, 24.09.2013, S. 5.
51. Schmollack, Simone (2013): Volle Kraft zurück. In: Die Tageszeitung, 05.09.2013, S. 4.
52. Schnase, Simone (2013): Nicht viel mehr als eurokritisch. In: Die Tageszeitung, 11.05.2013, S. 48.
53. Schneider, Jens (2013): "Dann bilden sie einen sozialen Bodensatz." In: Süddeutsche Zeitung, 13.09.2013, S. 05.
54. Schneider, Jens (2013): Die Aussteiger Partei. Euro Gegner gründen die Alternative für Deutschland. In: Süddeutsche Zeitung, 18.03.2013, S. 6.
55. Schneider Jens (2013): Sturm auf das Podium. Vermummte greifen den AfD-Parteivorsitzenden Lucke an. 26.08.2013, S. 5.
56. Schneider, Jens (2013): Mission D-Mark. In: Süddeutsche Zeitung, 13.04.2013, S. 6.
57. Schneider, Jens (2017): Lohn der Wut Alexander Gauland sieht sich am Ziel: Als mächtigster Mann der AfD hat er alle Versuche blockiert, die Partei zum äußersten rechten Rand hin abzugrenzen. In: Süddeutsche Zeitung, 25.09.2017, S. 2.
58. Schulte, Ulrich (2005): NPD macht mal wieder Krach. In: Die Tageszeitung, 08.09.2005, S. 21.
59. Speit, Andreas (2005): Die wollen nur diskutieren. Von Neonazis auf einer ihrer Veranstaltungen lässt sich die Lüneburger Linkspartei überraschen. In: Die Tageszeitung, 08.08.2005, S. 24.
60. Speit, Andreas (2013): In: Wie recht sind die Eurogegner? In: Die Tageszeitung, 14.08.2013, S. 21.
61. Speit, Andreas (2005): Mein Kind ist ein Neonazi. In: Die Tageszeitung, 19.09.2005, S. 24.
62. Speit Andreas (2005): Die NPD nach den Wahlen. In: Die Tageszeitung. 26.09.2005, S. 24
63. Süddeutsche Zeitung (2013): Bundesweit bekannt. 27.04.2013, S. 7.
64. Süddeutsche Zeitung (2013): Warnung vor der AfD. 13.05.2013, S. 6.
65. Süddeutsche Zeitung (2013): AfD darf bei Wahlen antreten. 05.07.2013, S. 6.
66. Süddeutsche Zeitung (2005): Von Links- bis Rechtsaußen. 13.10.2005, S. 39.
67. Süddeutsche Zeitung (2017): 12000 Stimmen gegen Rassismus. Demonstration in Berlin richtet sich an die AfD-Parlamentarier. 23.10.2017, S. 5.
68. Völpel, Eva (2013): Eine linke Regierung ist möglich. In: Die Tageszeitung, 23.09.2013, S. 2.
69. Waibel, Ambros (2017): Dialog wird überschätzt. In: Die Tageszeitung, 28.10.2017, S. 10.

AntConc:

Anthony, Laurence: AntConc (Version 3.5.0 Dev) [Windows 64-bit]. Tokyo, Japan: Waseda University. URL: <http://www.laurenceanthony.net/> (Stand: 15.05.2018).

Tabellenverzeichnis:

Tab.1: Das Untersuchungskorpus (S. 28)

Bildquellen:

Abb. 1: Erstellung der Wortliste (Word List) im AntConc (S.48)

Abb. 2: Kollokationsliste: Kollokator eurokritische/n (S. 49)

Abb. 3: Beispielsätze mit dem Kollokator eurokritische/n (S. 49)